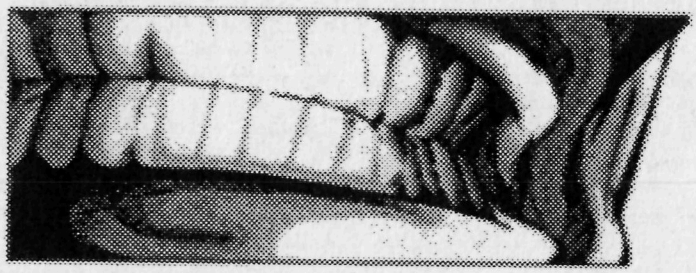
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta DURA

Nr. 9 /97 öS 25 / DEM 5 / sFr 5

Aus: Der Kuckuck - Die moderne Bildillustrierte des Roten Wien 41/1932

Terror in Offenhausen

Sozialer Faschismus

DKEG - Führer ins IV. Reich

Dichand in Jerusalem

DER KAMPF WIRD HÄRTER

Österreichische Normalität

Wir leben in einer total merkwürdigen Zeitung. Seit Wochen rauscht der bürgerliche Blätterwald - der Ingenieur als Bombenhirn, ein KGB-Agent, echte und falsche Bekennerschreiben, linke rechte Anschläge ... Allesamt reichlich verkorkste Mutmaßungen und schwächliche Indizien. Unsere „Lieblingstheorie" fand sich im „profil", dort wurde der Schwiegersohn des Ingenieurs als Ostagent geoutet, da er sich des öfteren in einigen Ländern des ehemaligen Ostblockes aufgehalten haben soll. Unser „Lieblingsmotiv", warum der Herr Ingenieur Bomben hätte verschicken sollen, wurde vom „profil" ebenfalls mitgeliefert: die schmerzliche Scheidung von seiner geliebten Ehefrau und die damit verbundene Trennung von seiner Tochter. Womit wieder einmal alle politischen Momente unter dem Tisch wären, nämlich v.a. das Naheverhältnis des Ingenieurs und seines Gefolgshaufens zur FPÖ.

Das Ersetzen der rassistischen Motive durch „linksextreme" nimmt die „Neue Kronenzeitung" nach einer Schrecksekunde wieder auf. Kurz sah es nämlich so aus, als ob der BBA-Terror doch rechtsextremen Ursprungs sei. Doch seit ein paar Tagen kann die „Krone" wieder mit jenem Neonazi aufwarten, der schon seit zwei Jahren behauptet, aus 60 Kilometer Entfernung vom Tatort mithilfe eines Fernglases polizeibekannte „Linksextremisten" zur Zeit des Anschlags von Stinatz (vorher glaubte er noch, bis nach Oberwart gesehen zu haben) ebendort erspäht zu haben.

Journalist: „Wie beurteilen Sie den anhaltenden Bombenterror?"
Minister: „Das ist einfach Unsportlichkeit! Eine kleine Minderheit kann es nicht ertragen, daß ein anderer Sportsmann gewinnt."
Journalist: „Sind Sie den Bombenlegern auf der Spur?"
Minister: „Aber gewiß, wir haben sie voll im Griff."
Journalist: „Aber der Bombenterror dauert nun schon 13 Jahre!"
Minister: „Tja, Anfängerglück!"
Journalist: „Vielen Dank, Herr Minister."
(aus dem Film *Brazil* von Terry Gilliam)

Szenenwechsel. Vor einigen Wochen wurde in Wien ein ausländischer Taxilenker von einem Rassisten erschossen, fast zur selben Zeit wurde im oberösterreichischen Wels ein Migrant Opfer eines Brandanschlages. Von beiden Tätern heißt es, sie seien betrunken gewesen - ein in Österreich üblicher Entschuldigungsgrund. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von „österreichischer Normalität" sprechen.

Zu dieser Nummer

Anläßlich des Protestes gegen das Treffen am Dichterstein in Offenhausen haben wir endlich unser Vorhaben, unterschiedliche Positionen zu linker Politik und Praxis abzudrucken, zu verwirklichen versucht. Ein Interview mit zwei Leuten von der Föderation autonomer antifaschistischer Gruppen (FAG), die maßgeblich an der Gegenmobilisierung beteiligt war, wird von einem Kommentar, mit dem wir inhaltlich übereinstimmen, kontrastiert.

Neben dem Dichterstein als rechtsextremem Sammelpunkt ist es v.a. auch das Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG), welches das Interesse von AntifaschistInnen verdient. Auch wir widmen uns in dieser Ausgabe wieder dieser zentralen Schaltstelle im organisierten Neofaschismus.

Um unserem Ruf in der Faschoszene als „ein (sic!) Art akademisches TATblatt" (so Pretterebners „TOP") erneutgerecht zu werden, wollen wir auch diesmal unsere theoretische Schürfarbeit zur Diskussion stellen. Tatsächlich bedarf der Kampf gegen Rechts eines Minimalkonsens darüber, mit wem oder was wir es dabei zu tun haben. Konkret geht es dabei v.a. um die Frage, ob es sich bei der FPÖ um eine faschistische Bewegung bzw. Partei handelt. Anknüpfend an unsere Kritik der Position des „FÖHN" (siehe Lotta DURA 4 und 6) stellt der Artikel „Soziale Frage - rechte Antwort" einen weiteren Versuch dar, den Feind analytisch zu fassen.

PS: Ganz viel Liebe und Kraft für all diejenigen, die uns beim Organisieren von Kohle helfen oder sonst wie unterstützen!

Wir grüßen alle kriminalisierten Zeitungsprojekte in der BRD, der Türkei und überhaupt überall:

Gegen Worte als Waren - wahre Worte! Radikal ins nächste Jahrtausend!!!

Impressum:
„Lotta DURA"
Grundlegende Richtung:
Zeitschrift für Antifaschismus und mehr
Erscheinungsweise:
4 x im Jahr
Herausgeber:
H. Obek, 1140 Wien
V.i.S.P.:
H. Obek
Druck:
Wojtyla-Press, Krakow
Made in Poland
Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Anzeigen für Broschüren, Bücher und Zeitungen bitte immer ein Rezensionsexemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.
Nachdruck:
Nur mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Inhalts VERZEICHNIS

NAZI-NETZWERKE

4 Führer in das IV. Reich: das DKEG
7 Anschlag auf KSV-Graz
8 „Einzeltäter" unterwegs

OFFENHAUSEN

9 3. Republik um den Dichterstein
10 Das Blöken der Schafe
11 „Widerstand ist nie umsonst"

REZENSIONEN

14 „In Lücken des Gedenkens"
14 Gladio

REPRESSION

15 Die verlorenen Ehre des RBH

UNIVERSITÄTEN

16 Die Geschichte des Stefan Karner
18 Der Ring Freiheitlicher Studenten

THEORIE

20 Soziale Frage - rechte Antwort

DIVERSES

25 Kurzmeldungen
26 Eine verhinderte Israelreise
28 Slowakei - Faschisten in der Regierung
30 Was die Rechten schreiben
31 Die Antifa-Edition

GESCHICHTE

32 Siemens Abschalten II
34 Lagergemeinschaft Ravensbrück

SCHLUSSPUNKT

35 Letzte Klarheit

Abonniert die Lotta DURA!

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 öS, 5 DM** bzw. **5 SFR.**
Ein **ABONNEMENT** kostet **100 öS, 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten, beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich's leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 öS** (aufwärts ohne Limit).
SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag.
Im **ERSTEN** Umschlag, der mit **H.MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt.
Dieser wird dann in ein **ZWEITES**, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfängerin **ÖH-GRUWI, POSTFACH 101, 1096 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und du zu deiner **Lotta DURA** kommst.

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar heraussspringen. Wer interessiert ist, sollte in der oben beschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten.

Ich bestelle

DIE LOTTA DURA BZW. VERLÄNGERE MEIN ABO ZUM PREIS VON:

○ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) oder

○ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) plus „Antifaschistische Quelle"

ICH BESTELLE FOLGENDE EINZELAUSGABEN:

○ 1/1994 Südtirolterror, Anti-Kommers in Innsbruck, Asylpolitik in Österreich, Medienrandale
○ 2/1995 Morde in Oberwart, Geschichtslügen der Nazis, Jüdischer Widerstand, Chronolgie des staatlichen Rassismus (danach in allen Heften) - Achtung! Dieses Heft ist vergriffen! Kopierexemplar um öS 30 erhältlich.
○ 3/1995 Ebergassing: die F geht in die Offensive, AUF-rechte Staatsschützer, Frauen und Rechtsextremismus
○ 4/1995 Briefbomben, „Junge Freiheit", Burschenschaften, Antifa-Gruppen, Haider-WählerInnen
○ 5/1996 Strategie der Spannung: Bomben, Gladio, HNA; Braunzone ÖVP, NS-Krankenpflegerinnen, Vergewaltigung, Braunes Vorarlberg
○ 6/1996 Werwolf-Terror, Was die Rechten schreiben (danach in allen folgenden Heften), Haider und die Waffen-SS, Teutonischer Urwald (Burschenschafter), Linker Antisemitismus
○ 7/1996 Political Correctness, Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen, Sichrovsky und Waldheim
○ 8/1997 DKEG - FundamentalistInnen des NS, Anti-Kommers in Wien, Krone und Rechtsextremismus, Siemens abschalten!, Wie deutsch ist Winnetou?, Antisemitismus in der Frauenbewegung

Name:
.....
Anschrift:
.....

.....

Führer in das IV. Reich

Das neonazistische Netzwerk des DKEG

UNBEHELLIGT VON DER ÖFFENTLICHKEIT IST IN GRAZ SEIT JAHREN EINE ZENTRALE DES MILITANTEN NEONAZISMUS TÄTIG: DAS DEUTSCHE KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) VON LISBETH GROLITSCH UND HERBERT SCHWEIGER. IHR PROGRAMM HEIßT RASSISMUS, FÜHRERKULT UND TERROR. IHRE ORGANISATION LEISTET VERNETZUNGSARBEIT ZWISCHEN VERBOTENEN NEONAZIGRUPPEN. IHRE AUFGABE IST DIE AUSBILDUNG DES NACHWUCHSES AUS DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH.

ZENTRALE AUS DER STADT DER VOLKSERHEBUNG

Schon in der letzten Augabe der LOTTA **dura** haben wir uns anhand interner Unterlagen mit der Verstrickung des DKEG in den deutschen Rechtsextremismus beschäftigt. Die Bedeutung dieser Organisation, verbunden mit ihrem Fanatismus und dem weiten Tätigkeitsfeld, machen es allerdings notwendig, sich noch ausführlicher mit den selbsternannten Erben des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.

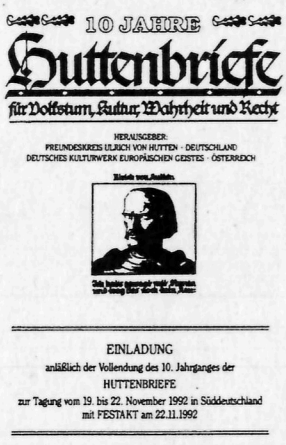
Das österreichische DEUTSCHE KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES, das sich seit den 70er und 80er Jahren in Personalunion mit der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT und parallel zu den namensgleichen deutschen Organisationen entwickelt hat, arbeitet heute von der Strauchergasse 23 in Graz aus. Unter der straffen Führung von Lisbeth **Grolitsch** und Herbert **Schweiger** verschickt das DKEG sein offen neonazistisches Propagandamaterial, organisiert Gästewochen und Tagungen, überzieht den deutschsprachigen Raum mit seinen Tarnvereinen und steht vielversprechenden Jungstars mit Beratung und ideologischer Schulung zur Seite.

„SIEGT DER JUDE ÜBER DIE VÖLKER DIESER WELT..."

So sehr das DKEG darauf achtet, seine organisatorischen Tätigkeiten unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu betreiben, so offen verkündet es allen seine Weltanschauung, die es interessiert. Die mehrmals im Jahr und unregelmäßig erscheinenden „Huttenbriefe" verbreiten unverhohlenen Neonazismus, antisemitische Hetzpropaganda, Holocaustleugnung, militanten Rassismus und Verherrlichung des 3. Reiches.

Als Autoren wetzen Johann Peter **Ney** (Rethem/Aller, BRD), „Rassespezialist" und Holocaust-Leugner aus Leidenschaft, und Gerd **Zikeli** (Bruckmühl, BRD), Mitglied der Europaburschenschaft ARMINIA in Zürich und Stammgast bei Neonazitreffen, ihre Schnäbel. Mit offenen Briefen an diverse Staatsoberhäupter und Anzeigen gegen „Volksverhetzer" ist regelmäßig der Arzt Eduard Peter **Koch** (Frankfurt; BRD) zur Stelle. Die Durchhalteparolen, Solidaritätserklärungen für gerade mal wieder mit dem Verbotsgesetz ringende Mitstreiter und die ideologischen Predigten kommen allerdings immer von Frau Grolitsch persönlich, die für sich die Schriftleitung dieses Blättchens in Anspruch nimmt.

Das Deutschland, dem das „Heil dir" der „Huttenbriefe" gilt, ist jenes des Nationalsozialismus: Schon 1987 phantasierte die DKEG-Truppe: „Das IV. Reich


10 JAHRE
Huttenbriefe
für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht
HERAUSGEBER:
FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN - DEUTSCHLAND
DEUTSCHES KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES - ÖSTERREICH
EINLADUNG
anläßlich der Vollendung des 10. Jahrganges der
HUTTENBRIEFE
zur Tagung vom 19. bis 22. November 1992 in Süddeutschland
mit FESTAKT am 22.11.1992

HUTTENBRIEFE

bleibt das Ziel der Deutschen. [...] Die großen Menschheitsfragen schreien unüberhörbar in der Zeit. Adolf Hitler hat Wege zu ihrer Lösung gewiesen." 1993 heißt es: „Ausländer ohne germanisch-deutsches Erbgut sind seelengesetzlich ein gefährliches Fremdelement in unserem Volkskörper." 1996: „Wem die Geschichte mehr ist als ein mit Jahreszahlen angefülltes Buch, dem ist klar, daß die dritte Schöpfung des Reiches [d.h. das Dritte Reich] mit aller Kraft eines geeinten Volkes die Vereinigung mit Österreich zum großdeutschen Reiche anstrebte. Noch einmal erleben wir den gemeinsamen Opfergang des ganzes Volkes. Der in einem Jahrtausend gehärtete und heroisierte Geist des Grenzvolkes stellt sich heldenmütig in Wien und an der Grenze der Steiermark zum letzten Gefecht..." Das „Wannsee-Protokoll" ist eine „Fälschung" (1995), die „Voraussagen" der „Protokolle der Weisen von Zion" sind „eingetroffen" (1992), der 2. Weltkrieg war der „deutsche Freiheitskampf" (1997) und die Hitler-Wehrmacht „das beste und edelste Soldatentum, geprägt von Manneszucht und hohen sittlichen Forderungen aus der Ordnung unserer Kultur und dem Lebensgesetz eigener Art" (1997). Im März dieses Jahres stellten die „Huttenbriefe" fest: „Aber während er [der deutsche Soldat] für die Lebensinteressen seines Volkes gekämpft hatte, läßt sich für sie [die alliierten Armeen] dasselbe nicht sagen. Die Heere unserer Feinde waren allesamt Söldnerheere im Dienste einer Macht... Daran hat sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts geändert." Ein Schriftstück aus den Arbeitsunterlagen des DKEG macht klar, wer diese „Macht" ist: „Siegt der Jude mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totentanz der Menschheit sein."

Der menschenverachtende Neonazismus der „Huttenbriefe" liegt auf der Hand. Dennoch haben die Staatsanwaltschaften in Graz und Wien fast alle Anzeigen gegen ihren Inhalt nach dem Verbotsgesetz zurückgelegt. So wurde zwar über Herbert Schweiger aufgrund seines Buches "Evolution und Wissen – Neuordnung der Politik" die Untersuchungshaft verhängt, die Bewerbung dieses Machwerks in den „Huttenbriefen" wurde dagegen vollkommen ignoriert. Bis 1995 druckte die Zeitung sogar ein SPÖ-nahes Unternehmen, als die Geschichte begann unangenehm zu werden, sprang der „Agath Druck", Karlauerstr. 59 in Graz, ein.

Noch immer werden die „Huttenbriefe" von dort an eine stattliche Adressenliste im deutschsprachigen Raum verschickt, darunter 11 Wiener Corps und Burschenschaften, bekannte österreichische Rechtsextremisten wie Walter **Lüftl** oder Gerhard **Pretzmann**, und an deutsche Verlage wie den Ahriman Verlag in Freiburg. Auf besondere Lebensumstände ihrer Kameraden nimmt das DKEG selbstverständlich Rücksicht: Gerd **Honsik** erhielt die „Huttenbriefe" an die spanische Exiladresse, und der Obmann des Vereins FREIHEITSBRÜCKE in Maribor/Slowenien, der in der Steiermark als Interessensvertretung der deutschsprachigen

Minderheit hofiert wird, bekommt die Ware in „neutralen Umschlägen". Daß die LeserInnen im Gegensatz zur Blindheit der Behörden wissen, was sie da abonnieren, beweisen ihre Zuschriften: „Heil" und „Heil Kameraden" oder „Tod den Volksverrätern" kommentieren sie bisweilen ihre Bestellungen an die „Huttenbriefe" für „Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht".

Alles von Rassenkunde bis zu deutscher Arterforschung

Hinter der militanten Propaganda des DKEG verbirgt sich die rege Organisationstätigkeit. Unter dem Deckmantel diverser Vereine – Freundeskreis Ulrich von Hutten, Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur oder Deutsche Kulturgemeinschaft – veranstaltet Lisbeth **Grolitsch** Tagungen und Gästewochen.

Herbert Schweiger
geb. 1924
SS-Untersturmführer der Division „Leibstandarte Adolf Hitler"
1953 Landesobmann des VDU Steiermark
1956 FPÖ-Spitzenkandidat in Graz
1980 Unterstützung Norbert Burgers bei der Bundespräsidentenwahl
Mitglied des Präsidiums des DKEG
1984 Redner bei der Gründungsversammlung der neonazistischen „Nationalen Front" um Gerd Honsik
1990 Verurteilung wegen NS-Wiederbetätigung
1997 U-Haft wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung, Auszug aus der Inhaltsangabe seines Buches „Evolution und Wissen – Neuordnung der Politik", mit dem er sich die Anklage eingehandelt hat: „Die Weltkriege I und II waren nur begrenzte Konfrontationen. Der III Weltkrieg entscheidet, welche Großrasse die endgültige Herrschaft über die Erde ausübt."

Wienerstr. 34, 8680 Mürzzuschlag

Lisbeth Grolitsch
geb. 1922
Gau-Unterführerin im BDM
1980 Unterstützung Norbert Burgers bei der Bundespräsidentenwahl angeklagt wegen der Verbreitung einer antisemitischen Broschüre in Graz, aber freigesprochen
Präsidentin des DKEG bzw. DKG und diverser damit verbundener Vereine
Vorträge in Österreich und Deutschland

Strauchergasse 23, 8020 Graz

Die Tagungen vereinen interessierte Einzelkämpfer, aber auch AktivistInnen von der 1994 in Deutschland verbotenen neonazistischen Wiking Jugend (WJ), vom Völkischen Bund um Waffenlager-Besitzer Peter **Naumann** und von deutschen Vertriebenen-Verbänden.

Wichtigster Fixpunkt für die Vernetzung innerhalb der rechtsextremen Szene sind aber zweifellos die alljährlichen „Gästewochen" des DKEG, die noch 1989 in Pichl im Ennstal stattfanden, inzwischen aber nach Deutschland verlegt werden (neuerdings Altenberg/Erzgebirge):

Ungefähr 200 Personen versammeln sich dabei für einige Tage bei einem ausgewählten politischen und kulturellen Programm: z.B. Vorträge über „Europas neue Idee des lebensgesetzlichen Denkens" (1995 Herbert Schweiger), „Das Bauerntum als ewiger Urquell des Volkslebens" (1995 Peter **Kratzer**, Vortragender bei der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft aus Bruck an der Leitha), „Rassentheorien in den letzten hundert Jahren" (1993 Johann Peter Ney), „Von der christlichen Moral zur biologisch begründeten Ethik" (1988 Jürgen **Rieger**, deutscher Szene-Anwalt und Chef der rassistischen Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung) oder „Die sittliche Idee der Deutschen" (1992 Karl **Baßler**, rechtsextremer Publizist über „Rassenmischung" als „Völkermord" und die „Ausraubung des deutschen Volkes"), dazwischen Kulturelles („Feierliches Gedenken an den Opfergang des deutschen Volkes" mit Musik) oder Nostalgisches („Soldaten erzählen").

Neonazistische Geselligkeit

Die Bedeutung der Gästewochen liegt allerdings weniger im inhaltlichen Angebot, sondern im Zusammentreffen verschiedenster neonazistischer Gruppen aus Deutschland und Österreich. Lisbeth Grolitschs gründliche Organisation sorgt dafür, daß diese Plaudereien ungestört vor sich gehen können. Saalkontrolle, „Führer vom Dienst", Aufsicht über die Büchertische und Bettenreservierung, nichts davon teilt die Chefin nicht höchstpersönlich vorher genauestens ein: damit „keine ungebetenen Gäste in die Veranstaltungsräume gelangen" und alles „reibungslos" klappt. Nicht immer ging dieser fromme Wunsch in Erfüllung, so nicht 1991, als die Staatspolizei bei einem Teilnehmer ein Flugblatt der deutschen Nationalistischen Front (NF) beschlagnahmte, das zur Gründung Nationaler Einsatzkommandos aufrief. Im großen und ganzen bleiben die Kameraden bei den Gästewochen aber unter sich.

Weitere Kameraden zwischen DKEG und NF

- Ewald **Witkowski**, Siegendorf 73, 8323 St. Marein bei Graz: Ordner vom Dienst bei DKEG-Gästewochen und auf der Bestellliste des „Klartext"-Verlags der NF
- Hans **Mayr**, Waldstraße. 22, 8685 Steinhaus/Semmering: Mitarbeiter bei DKEG-Gästewochen, Ressort Bücher, im engeren Umkreis der NF geführt
- Autor Karl **Leipert**: Vortragender bei DKEG-Gästewochen und auf der Bestellliste des „Klartext"-Verlags der NF
- Reinhold **Bauer**, Huttenstraße 22, 3032 Eichgraben: Wiking-Jugend, Mitarbeiter bei DKEG-Gästewochen, im engeren Umkreis der NF geführt

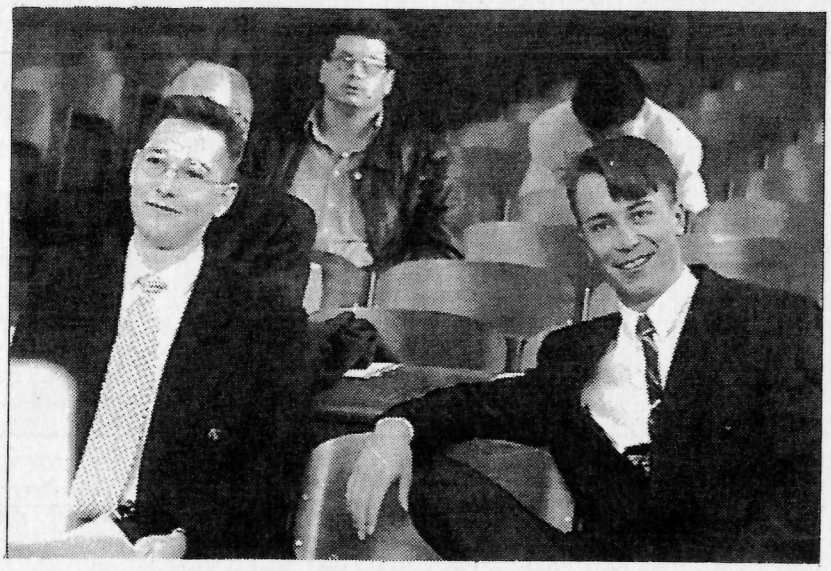
Die Namen der ReferentInnen, MitarbeiterInnen, der Gäste, die in den Genuß von „Jugendfreiplätzen" kommen, und der prominenten TeilnehmerInnen zeigen, welche Organisationen hier unter den Fittichen von Grolitsch und Schweiger Kontakte knüpfen: Mitglieder der Wiking-Jugend (WJ), AktivistInnen der 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF), Angehörige der Kärntner rechtsextremen Szene um Andreas **Thierry**, Helmut **Schatzmayr** und Ewald **Friesacher**, der sattsam bekannte ehemalige F-Politiker und hauptberufliche Neonazi Robert **Dürr**, - Obmann der Notwehrgemeinschaft der Bauern und nunmehr Chef der Partei Neue Ordnung (PNO) -, Mitarbeiter der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung in Deutschland, aber auch der Chef der spanischen Neonazitruppe CEDADE und ein gewisser Franz **Radl** – ehemals Herausgeber des Hetzblattes „Gäck", mehrfach wegen Wiederbetätigung verurteilt und kürzlich im Umkreis der Briefbomber gemutmaßt. Ihnen allen geht es um mehr als um Meinungsaustausch und Wiedersehen, wenn sie sich bei Lisbeth Grolitsch für den Herbst anmelden: Zwischen den Zeilen des Gästewochen-Programms werden Verbindungen geknüpft, Strukturen aufgebaut, Strategien besprochen. Eine Scharnierorganisation zwischen gemäßigtem und militantem Lager ist das DKEG längst nicht mehr. Seine Verbindungen beginnen bei rechtsextrem und enden bei neonazistisch, Gewalt

und Terror eingeschlossen: es wird die jüngere Generation darauf vorbereitet, das Werk der alten Führung fortzusetzen.

Terror, der die Zukunft gestaltet

Besonders geschickt hat die Nationalistische Front die Schaltstelle DKEG benutzt, um sich zu organisieren. Die NF identifiziert sich in ihrem Selbstverständnis mit der SS, wurde 1992 verboten, gilt dennoch als größte neonazistische Untergrundtruppe im deutschsprachigen Raum mit einem straffen Aufbau in eine zentrale Führung, kleinere aktive Zellen, paramilitärische Kommandos und einen breiten Förder- und Propagandaverteilkreis.

Einen guten Teil ihrer ideologischen Schulung verdanken diese Faschisten, die den Terror in ihrem Programm haben, Herbert Schweiger, der sich als Berater und Seminarleiter beim Nachwuchs



Helmut Schatzmayr und Andreas Thierry

herumtreibt.

Nicht nur das: Seit Ende der 80er Jahre nehmen NF-Mitglieder regelmäßig an den DKEG-Gästewochen teil. Um 1990 ergriff die NF die Gelegenheit und nahm Kontakt zu österreichischen Rechtsextremisten auf, die bald den Aufstieg in höhere Führungsebenen der NF schafften.

Nicht zufällig war es der NF-Führer Meinolf **Schönborn**, der Frau Grolitsch 1991 den peinlichen Zwischenfall mit dem beschlagnahmten Flugblatt einbrachte. Böse ist man ihm offensichtlich nicht gewesen: Die TeilnehmerInnenlisten von 1995 zeigen, daß sich an der Rolle des DKEG als Treffpunkt für die inzwischen illegale NF-Organisationen nichts geändert hat. NF-Aktivisten übernehmen den Saalschutz, deutsche Führungskader wie Steffen **Hupka** werden in der Liste der Teilnehmer geführt.

Besonders innig ist der Kontakt in der rechtsextremen Szene Kärntens: Andreas Thierry - vormals Volkstreue Jugendoffensive, verurteilt wegen eines allzu netten Flugblatts über die Waffen-SS, im lichten Umfeld des Hotels und esoterischen Seminarorts „Agathenhof" zu finden, heute Führungskader der NF - ist Stammgast beim DKEG. Sein Kamerad Helmut Schatzmayr, Schützling von Herbert Schweiger und im Umfeld der NF angeführt, agierte 1995 als Saalschützer der Grolitsch-Bande. Heidrun **Mattuschka**, ebenfalls im engeren Umfeld der NF aufgetaucht, aber auch in Verbindung mit dem esoterisch bis wiederbetätigungsverdächtigen Jahrweiser-Verlag (mit einer Publikation daraus trugen sich Thierry und Friesacher 1991 eine Verurteilung nach Verbotsgesetz ein), ist bei den Gästewochen für die Musik zuständig. Nicht mehr 1995 dabei war der ehemalige DKEG-Saalschützer und NF-Sympathisant Jürgen **Hatzenbichler**, der wohl ein wenig Rücksicht auf seine Karriere bei FPÖ und „Junge Freiheit" nehmen muß.

Salonfähig sind die Schulungen des DKEG noch nicht, aber der in absehbarer Zeit abtretenden alten Garde um Lisbeth Grolitsch und Herbert Schweiger reicht es ohnehin, wenn stillschweigend geduldet wird, daß die Treuhänder der NSDAP ihre Nachfolger ausbilden: „Die volkstreuen Kräfte werden die Zukunft gestalten!" ●

Quellen: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Purtscheller: Aufbruch des Völkischen, Liste des „Klartext-Verlags" „Huttenbriefe

Die vielen Namen der Lisbeth Grolitsch

Grolitsch und ihre Truppe arbeiten unter verschiedenen Vereinsnamen, Adresse und Postfächern:

Lisbeth Grolitsch:
Präsidium Deutsches Kulturwerk E.G. Österreich, Präsidium Deutsche Kulturgemeinschaft, Vorsitzende des Freundeskreises Ulrich von Hutten e.V., Hauptschriftleitung der Huttenbriefe

Deutsche Kulturgemeinschaft
A-8020 Graz, Strauchergasse 23
tritt in Person Lisbeth Grolitsch als Organisatorin von Gästewochen auf, zB. der 13. Gästewoche

Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.
1982 von Lisbeth Grolitsch und Otto Ernst Remer gegründet
Sitz Starnberg
D-63811, Stockstadt, Postfach 43
Arbeit geschieht vom Sitz des DKEG aus (1995)
Tritt 1995 in Person Lisbeth Grolitsch als Organisator der 19. DKEG-Gästewoche auf

Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.
Sitz Starnberg
D-8954, Biessenhofen/Allgäu, Postfach 1145 (1995)

Freundeskreis Ulrich von Hutten
z.H. Lisbeth Grolitsch
A-8020 Graz, Strauchergasse 23
(1989)

Huttenbriefe
D-63811, Stockstadt, Postfach 43

Huttenbriefe
Sitz Starnberg, D-87683, Biessenhofen/Allgäu, Postfach 1145 (1995)

Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht
Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.
Sitz Starnberg
87616 Marktoberdorf
Carl-Maria-von-Weber-Straße 1
Hauptschriftleitung Lisbeth Grolitsch
Schriftleitung BRD Hans Köhler
Zuschriften an:
D-87683, Biessenhofen/Allgäu, Postfach 1145

Huttenbriefe
für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes, Österreich
8020 Graz, Strauchergasse 23
Eigentümer, Herausgeber und Verleger: DKEG
Präsidium: Lisbeth Grolitsch; Herbert Schweiger, Josef Ebert.
Hauptschriftleitung: Lisbeth Grolitsch (vermutl. 1994)

Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V. zur Förderung deutschen Lebens
Vorsitzende: Lisbeth Grolitsch
Geschäftsstelle: D-78027 Villingen-Schwenningen, Postfach 3845
(Dez.1994)

DIE MITARBEITER DER DKEG-GÄSTEWOCHE 1995

Jahresmitgliederversammlung 1995 in Altenberg/Erzgebirge im Rahmen der 19. DKEG-Gästewoche

Führer vom Dienst:
Sebastian Räbiger (Radebeul, BRD)
Ewald Witkowski (St. Marein bei Graz, in der Liste des „Klartext"-Verlags der NF geführt)
Jörg Umfahrer (Graz, im persönlichen Adreßbuch von Franz Radl jun.)
Sascha Stein (Berlin, WJ)
Peter Arzberger (Unteraching,BRD)

Saaldienst:
Helmut Schatzmayr (Feldkirchen, im engeren Umfeld der NF geführt, gemeinsame Aktionen mit Thierry)
Holger Steinbiß(Berlin, NF)
Sascha Stein (Berlin, WJ)
Udo Gallasch (Detmold, NF)
Christian Nörenberg (NF)

Saalkontrolle
Axel Schunk (Stockstadt/Main, WJ)

Büchertisch
Hans Mayr (Semmering/Stmk., im engeren Umfeld der NF geführt)
Gisela Mayr (Semmering/Stmk.)
Berti Schunk (Stockstadt/Main)

Blumen
Berti Schunk (Stockstadt/Main)

Weitere Mitarbeiter/innen
Willibald Muschka (Salzburg, Leser des „Eckartboten")
Sepp Biber (Villingen-Schwenningen, WJ)
Sigrun Schunk (Stockstadt/Main)
Holle Witkowski (St.Marein bei Graz)

u.a.

"Denn es gibt in Graz keine rechtsextreme Szene..."

IN DEN FRÜHEN MORGENSTUNDEN DES 2.MAI 1997 VERÜBTEN NOCH UNBEKANNTE TÄTER EINEN NEONAZISTISCHEN ANSCHLAG AUF DAS VEREINSLOKAL VON MIT LINX/KSV GRAZ, DIE DORTIGE GRUPPE DES KOMMUNISTISCHEN STUDENTINNENVERBANDES. EINE SCHEIBE WURDE EINGESCHLAGEN, DIE RÄUMLICHKEITEN VERWÜSTET. DER EINGANG WAR LINKS UND RECHTS DURCH HAKENKREUZ-SCHMIEREREIEN "KÜNSTLERISCH AUSGESTALTET", UND AUCH AN WEN DIESER ANSCHLAG GERICHTET WAR, STAND DORT ZU LESEN: "LINKE SCHWEINE"...

Seitens der Betroffenen ist klar, daß dieser Anschlag keine Einzelaktion im luftleeren Raum darstellt, sondern nur als aggressive Fortsetzung einer traurigen Chronologie des sich ungehindert ausbreitenden Grazer Rechtsextremismus verstanden werden kann, denn bereits im Vorfeld der Gegendemonstration zum Burschenschafterkommers in Graz im Oktober des Vorjahres gab es anonyme, teils makabre Drohbriefe gegen einzelne Personen. Diese Schreiben aus offensichtlich burschenschaftlichem Umfeld durften wohl als Vorgeschmack auf Zukünftiges zu verstehen gewesen sein. Ein nettes Detail stellt die Tatsache dar, daß auch die Adresse des jetzt überfallenen Vereinslokales nur im universitären Bereich bekannt war. Also genau dort, wo im Rahmen des RFS Rechtsextremisten- und Neonazis ihren Dienst versehen.

Das wahre Ausmaß der Geschehnisse wird klar, wenn mensch sich die Chronologie der Ereignisse vor Augen führt - nach Drohbriefen, nach Anschlägen auf Räumlichkeiten sind als nächstes wohl Übergriffe auf Personen zu erwarten. Diese Logik einer mörderischen Ideologie dürfte nur allzu bekannt sein, und auch die Universitäten als Trutzburgen faschistischen Gedankengutes sind dann so neu nicht.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Grazer Staatspolizei. So ließ Stapo-Capo **Rücker** am Tag nach dem Anschlag verlautbaren, daß es sich natürlich um keinen rechtsextremen Anschlag handeln könne, da es in Graz keine rechtsextreme Szene gebe. Vergessen sind wohl die Anschläge der 80er Jahre, in denen sich Kameraden der AFP (AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK) über Grazer Denkmäler hermachten. Ein Journalist der Grazer Lokalmedien ist hier um eine Erklärung nicht verlegen: Ist es doch Stapo-Chef Rücker höchstpersönlich, der mit Vorliebe in rechtskonservativen Kreisen verkehrt. Was schon eher als Erklärung der gelegentlichen Blindheit auf dem rechten Auge dienen könnte.... ●

Ab 23.6.97 in Buch- und Infoläden oder zu bestellen für 5.- & 2.- Porto. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30.- DM.

Antifaschistisches INFO BLATT 39

Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

In dieser Ausgabe unter anderem:

Schwerpunkt: Jugend, Subkulturen, Akzeptierende Sozialarbeit

außerdem:
- JN, 1. Mai, Anti-Antifa
- Deutschland-Stiftung
- Oklahoma-Prozeß
- Antifa-Bestandsaufnahme
- Guernica: Gegen das Vergessen

Das Antifaschistische Infoblatt erscheint seit 1987 fünf Mal im Jahr mit ca. 50 Seiten.
Es ist eine nichtkommerzielle, bundesweite Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Bankverbindung: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960-105, BLZ 100 100 10, Postbank Berlin

Einzeltäter unterwegs

Militante deutsche Neonazis und ihre „ostmärkischen" Zweigstellen

„Hier marschiert der nationale Widerstand!", brüllte es am 1. März dieses Jahres durch die Münchner Altstadt. Beflügelt durch ideologischen Rückenwind seitens der regierenden CSU/CDU demonstrierten rund 5000 Alt- und Neonazis gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. Organisiert wurde dieser Aufmarsch von den „Jungen Nationaldemokraten (JN)", einer der aktivsten deutschen Neonazi-Gruppierungen.

Einst spielte die Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei (NPD) eher eine untergeordnete Rolle im rechtsextremen Lager. Doch mittlerweile hat sich die Organisation eine Führungsposition im braunen Sumpf erkämpft. Die JN profitierte von den Verboten neonazistischer Parteien, mit denen das deutsche Innenministerium und verschiedene Landesregierungen 1992 und 1993 auf den Höhepunkt der rassistischen Gewalttaten öffentlichkeitswirksam reagierte. Um die Verbote zu umgehen, sammelten sich Aktivisten verbotener Gruppierungen in den Reihen der JN, die nach und nach zur zentralen Organisation wurde, wenn es galt, öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die in München zu inszenieren. Zeitgleich forciert sie die Bildung einer „aktivistischen, höchst mobilen, völlig entbürokratisierten autonomen Gruppe von politisch Militanten". Eine Strategie, in der auch terroristische „Einzeltäter" ihren festen Platz haben. Sie sollten sich aber „von den bekannten rechten Gruppierungen fernhalten, der geringste Kontakt schadet nur". Um „Rückzugsgebiete für Nationalisten" zu schaffen, regen die Neonazis die Bildung von „befreiten Zonen" an. Regionen also, in denen die JN-Kader sozial fest verankert sind und sich Möglichkeiten schaffen können, über Buchdienste oder Plattenlabels das nötige Kleingeld für die Bewegung aufzutreiben.

Ihrem Stellenwert entsprechend verfügen die JN auch über internationale Kontakte. So tummelten sich 1996 Rechtsextremisten aus England, Kroatien, Belgien, Rumänien und den USA beim „3. Europäischen Jugendkongreß der JN". Bei dem Treffen betonte ein führender JN-Kader die Vorbildfunktion der „Waffen-SS", welche „die Idee einer starken europäischen Zusammenarbeit für gemeinsame Ideale durchgesetzt" habe. Als einziger Österreicher beglückte der ehemalige Führer der verbotenen Aktion Neue Rechte (ANR), der Wiener Jurist Bruno **Haas**, diese braune Runde mit seiner Anwesenheit, da der ehemalige FPÖ-Parlamentsabgeordnete Otto **Scrinzi** seine Teilnahme „kurzfristig absagen mußte". Haas, der seit Beginn der 90er Jahre kaum noch öffentlich in Erscheinung tritt, rief in der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme" als einziger Österreicher, zur Teilnahme an der Demonstration in München auf.

Berlin 15. 2. 97 - Neonazis flüchten vor Antifas

...mit einer aus Österreich stammenden Pumpgun

Weniger Erfolg hatten Neonazis, u.a. aus dem Umfeld der JN, die im Februar 1997 durch Berlin marschieren wollten. Sie wurden von Antifas angegriffen und kräftig vermöbelt. Dies rief wiederum den Berliner Innensenator **Schöhnbohm** auf den Plan. Der stramm rechte CDU-Politiker faselte von Meinungsfreiheit, nahm die Neonazis in Schutz, hetzte gegen die PDS und versuchte die Antifas zu kriminalisieren. Die Stimme Schöhnbohms vernahm offensichtlich auch der 24jährige Neonazi Kai **Diesner**. Er stürmte mit einer aus Österreich stammenden Pumpgun die Berliner PDS-Zentrale und verletzte einen Buchhändler schwer. Bei seiner Verhaftung wenige Tage später, erschoß Diesner einen Polizisten und verletzte einen weiteren schwer.

Diesner gehört dem harten Kern der militanten Neonazi-Szene in Berlin an und ist Mitglied des Weißen Arischen Widerstandes. Einer international verknüpften Neonaziterrorbande, deren österreichischer Ansprechpartner anscheinend der in Siezenheim lebende Karl **Polacek** ist. In einer der ersten Ausgaben seines „Braunauer Ausgucks" findet sich ein Brief des schwedischen Vitt arisk motstand (VAM), in dem es u.a. heißt: „Natürlich sind wir an einem Dialog zwischen schwedischen und deutschen/österreichischen Nationalisten interessiert. Eine Zusammenarbeit wird in Zukunft eine Notwendigkeit sein." In den letzten Jahren wurden in Schweden mehrere Aktivisten des VAM wegen Mordes und bewaffneter Raubüberfälle verurteilt. Polacek wurde im Oktober 1991 aus Deutschland ausgewiesen, da die Behörden ihn „in Verbindung mit seinen nationalsozialistischen Aktivitäten als ein Risiko für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" einstuften. Seither führt Polacek seine Aktivitäten in Österreich beharrlich weiter. ●

Quellen:
Antifaschistisches Infoblatt Berlin Nr. 37
TAZ 4.4.97
Mitteilungen des DÖW (März 1997)
Einheit und Kampf 1/97

3. Republik um den Dichterstein

Kein ruhiges Hinterland!

ANFANG MAI WURDEN WELS UND OFFENHAUSEN IN OBERÖSTERREICH WIEDER EINMAL ZU EINER BUNDES-WEITEN ANGELEGENHEIT: DER DICHTERSTEIN MIT SEINEN 400 NAMEN VON SCHRIFTSTELLERN, DIE NOCH IMMER ALS „DEUTSCHBEWUßT" VEREHRT WERDEN, UND SCHLAGWORTEN WIE „SIPPENREINHEIT" UND „MUTTERTUM" ZOG DIE RECHTSEXTREME SZENE ÖSTERREICHS AN. GLEICHZEITIG RIEFEN AUTONOME ANTIFASCHISTISCHE GRUPPEN DAZU AUF, DIESES NAZITREFFEN NICHT OHNE WIDERSTAND VORÜBERGEHEN ZU LASSEN.

Die Offenhausener Begegnungstage fanden um das Wochenende des 3. Mai statt, organisiert vom ortsansässigen rechtsextremen VEREIN DICHTERSTEIN OFFENHAUSEN, der sich einem rassisch-biologistischen Weltbild und dem Kampf gegen „Greuellügen" und „Umerziehung" verschrieben hat. Im Gasthof Lauber tummelten sich Gäste aus der Neonaziszene und bewährte Anti-Antifa-Aktivisten unter dem offiziellen Schutz der oberösterreichischen Behörden.

Dem bundesweiten Aufruf zur Gegendemonstration in Offenhausen waren etwa 300 AntifaschistInnen aus Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck und Graz gefolgt. Fast doppelt soviele nahmen am Abend noch an einer Kundgebung in Wels gegen die braunen „Flecken" in der Stadt, die rechtsextreme Stammtischrunde des SPÖ-Bürgermeisters Bregartner und die Subventionierung des ÖSTERREICHISCHEN TURNERBUNDES (ÖTB) teil. Sie fuhren in ein von bürgerlicher Hetze aufgeheiztes Klima und in einen polizeilichen Ausnahmezustand hinein.

GEMEINSAM FÜR EIN ANTIFAFREIES OBERÖSTERREICH

Die oberösterreichische Presse hatte tagelang das Bild gewalttätiger Berufsdemonstranten aus dem bösen Deutschland herbeigeschrieben, der Welser Bürgermeister hatte sich zum Verteidiger des Stadtzentrums vor den „Antifa-Demonstrierern" (Bregartner gegenüber der Presse) aufgeworfen, die Initiative „Welser gegen Faschismus" war auf lautstarke Distanz zur Kundgebung gegangen. Der Terror der Exekutive, offenbar aus dem Handbuch einer „3. Republik", war der sichtbare Ausdruck dieser politischen Lage. Die Absperrungen, hinter denen AntifaschistInnen am 3. Mai ohne rechtliche Grundlage festgehalten wurden, sind unter dem Beifall der Welser Zeitungen vorbereitet worden.

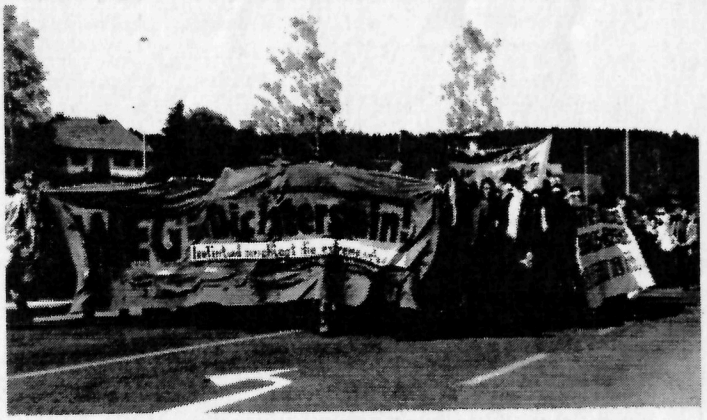
Massiver Polizeieinsatz sorgte dafür, daß nicht nur die Rechtsextremisten von der Nähe der AntifaschistInnen bewahrt wurden, sondern daß auch die DemonstrantInnen von jedem Kontakt zur Bevölkerung abgeschnitten waren.

Als die Busse gegen Mittag Wels erreichten, um sich dort zu sammeln, umstellten Bundesgendarmerie und Sondereinheiten gerade mit Hunden und Tretgittern den Parkplatz. Nach einer Zeitlang nervenaufreibenden Wartens verließ der Konvoi die Stadt Richtung Offenhausen, nur um einige Kilometer vor dem Ort wieder aufgehalten zu werden. Die beiden Busse aus Wien standen auf Anordnung der Polizei fast eine Stunde vor einem Bauernhof: Die Polizisten versuchten zuerst, die Leute überhaupt nicht aussteigen zu lassen, hielten dann einzelne grundlos davon ab, wieder einzusteigen, und erklärten weder, warum die Busse nicht weiterfahren durften, noch für wielange. Die Ungewißheit wurde den meisten schließlich zuviel und sie beschlossen, zu Fuß nach Offenhausen zu gehen. Die Aussicht, eine Horde potentieller Jausenmesserbesitzer wild in der Gegend herumstreunen zu sehen, bewirkte allerdings einen sofortigen Sinneswandel der Exekutive: Den Bussen wurde erlaubt, ihre Fahrt fortzusetzen.

BEIFALL FÜR DIE STAATSGEWALT

Die 3. Republik war erst in Offenhausen selbst perfekt: Auf dem Parkplatz des Fußballvereins kesselten Polizeieinheiten DemonstrantInnen und Busse ein. Ein Vertreter der Bezirkshauptmannschaft Wels verkündete, daß man von geplanten Sachbeschädigungen ausgehen müsse und die Kundgebung von Bewaffneten begleitet werde. Währenddessen trieben Sondereinheiten mit rücksichtsloser Gewalt DemonstrantInnen in die Busse zurück, die versuchten, nach draußen zu entkommen. Ihr panikartiges „Wir wollen raus!" blieb vergeblich. Mehr als eine Stunde wurden die Leute in den überhitzten Bussen unter praller Sonne eingesperrt und von Beamten bewacht, die mit Zynismus Kreislaufzusammenbrüche und Übelkeit kommentierten. Draußen standen eng zusammengedrängt, ohne Möglichkeit, an etwas Trinkbares zu kommen, die so gefürchteten „Autonomen" und sahen tatenlos zu, wie sich an den Buswänden brutale Durchsuchungen und willkürliche Beschlagnahmungen abspielten. Grenzenlose Bewegungsfreiheit genossen dafür die rechten Hobbyfotografen, darunter Porno-Spezialist **Humer**: Sie filmten ungehindert und aus nächster Distanz zwischen den AntifaschistInnen.

Als die Demonstration endlich beginnen konnten, waren die mit Klappstuhl und Fotoapparat angerückten Offenhausener BürgerInnen voll auf ihre Rechnung gekommen: Sie hatten einen Großeinsatz im Namen eines antifafreien Offenhausens nicht nur live erleben und beifällig begleiten können, sondern auch selbst Hand anlegen dürfen, als es



OFFENHAUSEN ANNO 1997

darum ging, DemonstrantInnen das Verlassen des Polizeikessels zu verwehren.

Die Kundgebung selbst zog mit kämpferischen Parolen an der teils neugierigen, teils gleichgültigen, teils offen provozierenden Bevölkerung vorbei. Die Abschlußbeiträge wurden vor dem Gasthaus gehalten, in dem die Rechtsextremisten unter dem Mäntelchen der Kultur tagten und das interessanterweise durch eine Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Wels als „Gefahrenbereich" deklariert war.

Nach einigen aggressiven, aber relativ sinnlosen Scharmützeln mit Zaungästen endete die Kundgebung im Polizeikessel vor den Bussen. Offenhausen war unter sich mit seinen willkommenen Gästen, die sich um die Parole der „Sip-

Das Blöken der Schafe

oder: Wo blieb der Widerstand?

penreinheit" scharren, mit seiner schweigenden Mehrheit und seinen braven BürgerInnen, die eine Staatsgewalt beklatschten, durch die ihre Welt wieder in Ordnung kam.

Antifaschismus in wessen Griff?

In Wels ging bis zum Beginn der abendlichen Demonstration einmal gar nichts: Die Polizei hielt die AntifaschistInnen zwei Stunden lang hinter den Absperrungen am Parkplatz fest, erlaubte später einzelnen Leuten das Verlassen des Geländes nach einer erneuten Durchsuchung, begleitete andere bis in die Gasthäuser, in denen sie Essen besorgten, ließ manche wiederum überhaupt nicht weg, verweigerte die Herausgabe persönlicher Sachen und gestattete das Betreten des Parkplatzes nur denen, die eine demütigende Perlustrierung in Kauf nahmen. Am Straßenrand meinten schließlich selbst ZuschauerInnen, die nichts für die Anliegen der DemonstrantInnen übrig hatten, daß das alles „irgendwie" zu weit ging.

Trotz dieser Kriminalisierung schlossen sich immer wieder WelserInnen der Kundgebung an, die von der Polizei völlig abgeriegelt wurde. Manchen Leuten war es daher schlicht und einfach nicht möglich, mitzugehen, da die Beamten sie daran hinderten. Sogar das Verteilen von Flugblättern wurde verboten. Trotzdem nahm die Bevölkerung recht lebhaften Anteil an der Demonstration: Die Informationen über die Verstrickung des Welser Bürgermeisters in die rechtsextreme Szene und über die Förderung des ÖTB durch die Stadt erreichten einen großen Teil der entlang der Route versammelten EinwohnerInnen. Wirklich durchbrechen konnten die DemonstrantInnen die vom Polizeiapparat inszenierte Isolation allerdings nicht. Die Exekutive geleitete die AntifaschistInnen wieder dorthin, wo sie nach Meinung der anständigen Öffentlichkeit hingehörten: möglichst weit weg von einem Ort, dessen Bürgermeister Stammtisch mit Kameraden aus der Neonazi-Fraktion hält.

Zufrieden konnte zwei Tage später das oberösterreichische „Neue Volksblatt" berichten, die Polizei habe die DemonstrantInnen „fest im Griff" gehabt. Die Zeitung schrieb nichts Falsches: Um beinahe jeden Preis hatten ein paar hundert AntifaschistInnen dafür gesorgt, daß die Kundgebungen gewaltfrei ablief und trotz aller kämpferischen Sprechchöre die Bedingungen eines Demonstrationsrechts á la 3. Republik akzeptiert. ●

Offenhausen hatte den Notstand gegen AntifaschistInnen ausgerufen. Mit Hunderten Polizisten, mit Tretgittern, Hunden und Ausnahmebestimmungen schützte der Staat Österreichs Rechtsextremisten vor einer gewaltfreien Demonstration. Eine einzige Lautsprecherdurchsage setzte das Recht auf persönliche Freiheit außer Kraft. Selbst die minimalen Beschränkungen polizeilicher Allmacht, die das Gesetz noch beinhaltet, legte die Exekutive an diesem Tag als einen Luxusartikel aus besseren Zeiten zu den Akten.

Mit manchem haben wir gerechnet. Doch genau mit dem, was passiert ist, sicher nicht!

Wir haben massiven Polizeieinsatz erwartet, aber nicht eine solche Zuspitzung: die Brutalitäten, die den Durchsuchungen vorausgingen, die zynische Grobheit, mit der die BeamtInnen ihrer Verachtung gegenüber jugendlichen AntifaschistInnen freien Lauf ließen, oder das Eingesperrtsein in den unzumutbar heißen Bussen.

Wir haben Rechtsbrüche erwartet, aber nicht die Suspendierung sämtlicher zur Gewohnheit gewordener Verhaltensmaßregeln.

Eines waren wir auf jeden Fall nicht: vorbereitet auf diesen Ausnahmezustand völliger Rechtlosigkeit.

Der Polizei gelang es mit Erfolg, ein Klima des Terrors und der Ungewißheit zu inszenieren, in dem wir jede Handlungsfähigkeit aus der Hand gaben. Wir haben nicht reagiert, wir haben uns geduckt. Wir ließen uns wie Schafe durch die Absperrungen treiben, die ab und zu ein bißchen unwillig blöken.

Dabei war es durchaus so, daß Potential für Widerstand vorhanden gewesen wäre. Genug Leute habe ihre Wut und ihre Empörung ausgedrückt, aber vereinzelt und chancenlos, artikuliert entweder in sinnlosem Verbalradikalismus oder in Appellen an die Vernunft der Beamten, die sich als ebenso sinnlos erwiesen.

Unser Protest richtete sich gegen die Exzesse des polizeilichen Vorgehens, nicht grundsätzlich gegen dieses Vorgehen: Beispielsweise versuchten wir, uns gegen besonders grob durchgeführte Durchsuchungen zu wehren und nicht überhaupt dagegen, daß wir uns mit erhobenen Händen vor den Kameras der rechten Szene an die Buswand stellen mußten.

Militante Parolen mögen das Gefühl der Ohnmacht übertönen, aber sie ändern an der Ohnmacht selbst nichts. Aggression gegen die eigenen Leute, die passiv danebenstehen, während die Staatsgewalt amtshandelt, ist nachvollziehbar, aber der falsche Weg, um diese Leute aus ihrer Passivität zu reißen.

Was fehlte, war eine Organisation, die die ziellose Wut aufgefangen und in kollektiven Widerstand umgeleitet hätte. Natürlich können das nicht undurchdachte Gewaltaktionen sein, die außer Isolation und Eskalation nichts bewirken. Ein kollektiver Widerstand müßte die gemeinsame Bereitschaft sein, sich der Behandlung durch die Polizei zu verweigern. Was die einen oder anderen spontan und auf sich allein gestellt versuchten - nicht zu tun, was verlangt wurde, diktierte Handlungen nicht freiwillig auszuführen, hinzugehen und sofort einzugreifen, wenn andere Probleme bekamen - , hätte geschlossene Strategie sein können.

Dabei geht es nicht um Erfolg. Es geht nicht darum, was wir tatsächlich an Gewalt oder Willkür verhindern oder mehr herausfordern würden. Gegenüber „Bewaffneten", wie es der Herr der Bezirkshauptmannschaft Wels formulierte, werden wir noch länger machtlos sein.

Dabei geht es darum, daß wir unsere Handlungsfähigkeit wieder erlangt hätten. Wir hätten nicht wie das Kaninchen auf die uniformierte Schlange gestarrt, statt uns auf die eigene Kraft und Wut zu konzentrieren.

Bei einem Exekutiveinsatz unter den Vorzeichen einer 3. Republik haben wir nicht mehr viel zu verlieren. Da ist nicht mehr viel an Rechten oder Freiheiten, das wir aufs Spiel setzen würden.

Darum sollten wir um das kämpfen, das es unter solchen Bedingungen noch zu gewinnen gibt: nicht irgendeine Sicherheit oder irgendein Zugeständnis von oben, sondern das eigene Bewußtsein eines selbstbestimmten und aktiven Widerstandes, der sich auch im Polizeikessel organisiert und der seine Kraft aus tatsächlicher Solidarität und ständigem Hinterfragen jeglicher herrschenden Macht bezieht. ●

„Widerstand ist nie umsonst“

Gespräch über die Demo in Offenhausen

DAS FOLGENDE INTERVIEW DREHT SICH UM DIE MOBILISIERUNG GEGEN DEN DICHTERSTEIN UND UM DIE DEMO GEGEN DIE BRAUNEN FLECKEN IN WELS. ZWEI LEUTE DER „FÖDERATION AUTONOMER ANTIFA GRUPPEN OBERÖSTERREICHS“ (FAG), JENER GRUPPE, DIE DIE AKTIVITÄTEN GEGEN DAS NAZI-TREFFEN IN OFFENHAUSEN MAßGEBLICH MITORGANISIERT HAT, STELLEN SICH EINIGEN FRAGEN.

Mittlerweile gab es ja bereits drei Demos in Offenhausen. Dieses Jahr fand eine in Offenhausen gegen den Dichterstein und anschließend in Wels gegen die „braunen Flecken“ statt. Könnt ihr uns vielleicht etwas zur Entstehungsgeschichte sagen?

Franziska: Wir haben Jänner angefangen zu diskutieren, weil es klar war, daß es wieder eine Demo geben wird. Die Demo sollte größer werden als letztes Jahr, um mehr Medienpräsenz zu erreichen. Wir wollten zuerst inhaltlich arbeiten und dann die Reformis ansprechen. Als erstes wurde die Broschüre herausgebracht, die ziemlich spät, Anfang April erschienen ist. Kurz vorher haben wir eine Aussendung gemacht, in der wir sämtliche Gruppen zu einem bundesweiten Treffen eingeladen haben, d. h. kommunistische Gruppen, SJ, katholische, sogar Umweltschutzgruppen wie Global 2000 und Greenpeace. Gleichzeitig hat es in Wien eine Unterstützungsgruppe gegeben, die von sich aus etwas unternehmen wollte. Unsere Gruppen in Linz wurden auch angesprochen, KJÖ, SJ und alle Reformis, aufgrund eines Mißverständnisses sind sie aber nicht gekommen.

Franz: Wir wollen die politische Arbeit nicht unbedingt alleine durchziehen, sondern für uns geht es darum, daß wir mit allen Gruppen, mit denen es inhaltlich geht, zusammenarbeiten wollen. Die Erfahrungen der letzten Jahre sind total niederschmetternd. Was wir von der traditionellen Linken mitgekriegt haben ist, daß sie ihre fehlenden Inhalte durch Intrigenspiele ersetzen und inhaltlich nichts dazu beitragen und im nachhinein nur vereinnahmen wollen. Gruppen die inhaltlich nichts liefern können, sollten sich nicht beteiligen.

Um nochmal auf die Vorbereitung in Linz zurückzukommen. Leute von der Friedenswerkstatt oder vom Antifa-Komitee meinen, es hat massive Koordinationsschwierigkeiten gegeben. Sie werfen den Autonomen vor, die Autonomen hätten schon ein fertiges Konzept gehabt und sie selbst konnten ihre Kritik oder ihre Vorschläge nicht mehr einbringen.

Franz: Was ist mit Konzept gemeint? Ist ein inhaltliches Konzept oder die politische Vorgangsweise gemeint? Das Inhaltliche hat´s beim ersten Treffen, das allerdings ein Monat zu spät stattfand, noch nicht geben. Es gibt eine historische Entwicklung seit '95, '96, '97. Inhaltlich hat in den letzten zwei Jahren alles gepaßt, die Mobilisierung und Pressearbeit haben nicht hingehaut. Inhaltlich war aber immer schon einiges da. Das Antifa-Komitee hat nicht den Alleinvertretungsanspruch von Antifapolitik in der Region oder in Linz. Im Komitee sind viele reformistische Gruppen drinnen, wir haben auch überhaupt keine Probleme mit denen zusammenzuarbeiten, es ist nur so gewesen, wenn sie im Feber einladen zu Offenhausen zu arbeiten und wir haben das noch nicht ausdiskutiert, dann kommen wir nicht hin. Das ist klar. So geht es aber jeder Gruppe, auch der KPÖ wird es so gehen. Wir haben auch nicht den Parteiapparat der KP oder SJ und deren Budget. Das Antifa-Komitee besteht aus vielen Gruppen, und die Friedenswerkstatt, ist zwar eine Einzelgruppe, aber deren AktivistInnen sind nebenbei in vielen anderen Gruppen, wie Grüne, KSV, SJ und aus dem katholischen Bereich drinnen. Diese zwei Gruppen haben wir angeschrieben. Die Frage Bündnis ja oder nein, stellt sich für uns gar nicht.

Wir arbeiten so und so inhaltlich, wer mitkann kann mit, und wer nicht mitkann, kann eben nicht mit. Zufälligerweise ist das ein leiwandes Prinzip. Alles was passiert ist, ist eigentlich gar nicht so schlecht gewesen. Uns wurde vorgeworfen, „Ja, wenn die Autonomen so engstirnig sind, daß sie sich aussuchen wollen mit wem sie zusammenhackeln, dann spielt´s das nicht so.“ Die Zeit war zwar schon knapp, aber es wäre sich noch ausgegangen.

Es hat ja bei den Vorbereitungen Konflikte mit der Gruppe Gegenlicht gegeben, die in Offenhausen auf Gemeinderatsebene etwas gegen den Dichterstein zu unternehmen versucht, weil sie von der politischen Ausrichtung her, eine ganz andere Linie verfolgt. Gibt es eine Zusammenarbeit, hat es sie mal gegeben?

Franz: Gegenlicht sind ja aus dem Ort selbst und kommen aus dem katholischen Bereich. Es hat schon früher Treffen gegeben, damals waren es andere Leute aus der autonomen Szene, schon damals hat sich keine Zusammenarbeit entwickelt, worüber wir nicht soviel wissen. Jetzt können wir uns sehr gut vorstellen warum nicht, weil die ja völlig unglaublich drauf sind, komplett daneben, daß sogar die KPÖ gesagt hat, mit denen nicht. Die wollten uns die Demo ausreden, die sind komplett dämlich, die wollen scheinbar die Lufthoheit über den Stammtischen erobern. Vor allem wollen sie nur im Ort was machen, und es ist sicher nicht der Gemeinderat der diesen Verein angreifen und auflösen oder bekämpfen kann. Das rennt auf einer völlig anderen Ebene, was sie überhaupt nicht sehen, das ist ihnen wurscht. Es geht ihnen nur darum ihr Ding leiwand durchzuziehen, daß es keine autonome Demo gibt, das keine Vermummten kommen u.s.w. Nach zwei Treffen war klar, mit denen geht überhaupt nichts. Es gibt eine FM4-Reportage, wo ein junger Gegenlichtler auf der Demo gegen die Demo schimpft.

Trotz aller Schwierigkeiten seid ihr aber nicht generell gegen Bündnisse mit

Gruppen aus anderen Bereichen.

Franz: Mit drei Gruppen hat es besonders gut funktioniert, das war die JRE, RKL und Rebel. Prinzipiell muß gesagt werden, daß in der jetzigen Situation Streitereien kontraproduktiv sind. Um Stärke zu entwickeln kommt die Linke ohne Bündnisse derzeit nicht aus, nur können für Bündnisse nicht sämtliche Inhalte über Bord geworfen werden. Es gilt in dem Spannungsfeld zu arbeiten, einerseits ein möglichst breites Bündnis zu erreichen, ohne andererseits Inhalte aufzugeben. Es hat sich dann gezeigt, daß das Bündnis nicht so breit war, aber sich doch ungefähr 30 Gruppen beteiligt haben, die meisten links von KP und SJ.

Da wir gerade von Inhalten reden, könnt ihr uns sagen, was die Politik der FAG ist, welche Ansatzpunkte sie im Gegensatz zur SJ, oder zu Gruppen haben, die ihre Ziele mittels parlamentarischer Arbeit zu erreichen versuchen.

Franz: Das ist jetzt mehr meine persönliche Einschätzung. Die FAG ist nichts fertiges, und auch ihre Politik ist nichts fertiges. Es geht darum, daß viele Menschen gemeinsam darum kämpfen, sich ein Bewußtsein zu erarbeiten, das dann eine Politik ermöglicht, die Erfolge in der breiten Öffentlichkeit und nicht nur in der Szene bringt. Sicherlich ist der Schwerpunkt Antifa-Politik, aber worum es eigentlich geht, ist revolutionäre Politik sich wieder anzueignen. Ob es jetzt antiimperialistische Solidarität oder Antinazikampf ist, Kultur ist auch ein gutes Stichwort. Im Grunde geht es darum, revolutionäre Politik wieder öffentlich sichtbarer zu machen. Bürgerliche Medien und Strukturen müssen benutzt werden, so weit es geht, aber Offenhausen hat wieder gezeigt, daß die bürgerlichen Medien kein Interesse haben, revolutionäre Politik zu unterstützen. Ein Ziel ist es, sich selber Möglichkeiten zu schaffen in die Öffentlichkeit zu kommen, wider die Zensur.

Antifa-Politik ist für euch eine relativ breitgefächerte Politik wo der Antinazikampf oder die Mobilisierung gegen Faschos vor Ort, „nur" ein Teilaspekt ist.

Franz: Ja. Heuer ist Offenhausen gegenüber Wels wegen der „Stammtischaffäre" in den Hintergrund getreten, was an und für sich Scheiße ist, denn das Dichtersteintreffen muß zerschlagen werden und der Dichterstein muß weg. Der wird auch eines Tages wegkommen. Aber andererseits hat diese Affäre aufgezeigt, daß in der Region ein Hardcore-Nazi Treffpunkt ist, der Bügermeister von Wels, Bregartner, unterhält aber Seilschaften zu einem wichtigen Financier der europäischen Neonaziszene, Robert Wimmer, der einen rechtsextremen Kulturverein hat, dessen Schriftführerin die Ehefrau vom Neonazi Ludwig Reinthaler ist. Reinthaler wiederum ist beim Dichterstein überaktiv. Das ist echt genial, da ist die extreme Rechte und der SP-Bügermeister von Wels ist tief involviert. Ich glaube es ist die richtige Herangehensweise sich nicht nur Offenhausen, sondern auch das Drumherum, anzusehen.

Die Demo selbst war ja dann relativ heftig. Wie schätzt ihr den Bullenterror ein; wird er nächstes Jahr die Leute davon abhalten nach Offenhausen zu fahren, haben sich die Schikanen ausgezahlt?

Franz: Ich glaube, daß sie sich mit der Repression ins eigene Fleisch schneiden und das noch mehr Leute kommen. Es wird sich niemand abschrecken lassen.

Schätzt ihr die Mobilisierung als Erfolg ein?

Franz: Total. Es wäre noch mehr drinnengewesen. Durch diese Medienhetze sind viele Leute angelockt worden, sie hatte einen gewissen mobilisierenden Charakter, diese „symbolische Militanz" zu spielen, funktioniert zwar und geht auf, auf der anderen Seite reduziert´s dich wieder auf den schwarzen Block und die Inhalte sind vollkommen weg. Ein Erfolg in der Medienarbeit war, daß der anfänglichen Hetze in den Oberösterreichischen Nachrichten später etwas ausgewogenere Artikel folgten, zwar ohne Hintergrundinfos, aber unsere Forderungen wurden teilweise transportiert.

Wie groß schätzt ihr die Ablehnung der Bevölkerung in Offenhausen gegen über den antifaschistischen Demos ein?

Franz: Offenhausen hat 1.500 EinwohnerInnen. Auf dem Marktplatz, wo die Kundgebungen stattfinden, sind dann ungefähr 100 bis 200 AktivbürgerInnen, die nur herumstänkern und provozieren, das sind dann die rechten BürgerInnen, die es überall gibt. 1996 zum Beispiel bei der Flugi-Verteilung hat eine alte Frau so halblaut beim Fenster herunter gesagt: „Legt´s mir des Flugi dorthin, ich hol´s mir später." Es ist also nicht so, daß die gesamte Bevölkerung dort da dagegen ist, sondern genau im Gegenteil ist es wahrscheinlich ein großer Teil, der auf die Nazis und ihre Veranstaltung total schleimt, nur sind die Repression und die rechte Hegemonie im Ort so stark, daß sich die Leute, die dagegen sind, gar nicht mehr dem Mund aufzumachen trauen. Aus diesen 200 rechten AktivbürgerInnen zu konstruieren, daß die gesamte Bevölkerung total gegen die antifaschistischen Demos ist, ist auch eine völlige Fehleinschätzung. Eine Antifa-Verankerung vor Ort wäre natürlich toll, aber wenn eine Gruppe, so wie Gegenlicht, politisch total daneben ist, daß sogar die KPÖ den Kopf schüttelt, dann geht das mit denen einfach nicht. In der Region gäbe es aber genug BündnispartnerInnen für uns, nur die müßten sich erst einmal vernetzen, was früher oder später auch passieren wird.

Faktisch ist es ja so, daß der Filz in Wels zwischen SPlern, Alt- und Neu-Nazis letztendlich wenig Spielraum läßt, weil eine Beschränkung auf Anti-Nazi-Politik hier auch nicht mehr möglich ist. Was müssen dann in einer solchen Situation die Forderungen sein, um das alles zerschlagen zu können?

Franz: Unsere Politik läuft nicht darauf hinaus, daß wir Forderungen stellen. Wem gegenüber werden diese Forderungen gestellt? Wir fordern nicht vom Innenministerium, daß es diesen Verein verbietet, sondern wir kämpfen eben darum, daß sich die Stimmung in der Bevölkerung umschlägt, daß sich möglichst viele Menschen zusammenschließen und den Widerstand derart intensi-

vieren, daß der Staat oder die verantwortlichen Stellen keinen Ausweg mehr haben. Die Utopie ist sicher die, daß wir das machen. Wir, das sind also nicht nur die Autonomen, sondern die Bevölkerung. Die Linke soll wieder gestärkt und ihre Strukturen aufgebaut werden.

Haltet ihr das für realistisch, schließlich gibt es in keinem anderen europäischen Land eine so starke rechtsextreme Partei. Das zieht sich ja auch quer durch die anderen Parteien. Warum sollte also die Bevölkerung da dann andere Positionen beziehen?

Franz: Wir haben ja auch kein Propagandablatt mit der Auflage einer Kronen Zeitung. Aber Widerstand ist nie umsonst. Beim ersten Eindruck erscheint der Kampf gegen eine solche rechtsextreme Massenpartei wahrscheinlich wie eine Sisyphusarbeit, aber trotzdem gibt es diese Erfolge wie in Wels, wo sich 200 ZuschauerInnen der Demo angeschlossen haben. Unsere Chancen sind in Wirklichkeit viel höher, als wir glauben. Wenn wir Strukturen aufbauen, werden wir auch dementsprechende Erfolge haben.

Könnt ihr auch noch einen Kommentar zu den Verschönerungsaktionen (Anm. Das „Denkmal" wurde mir Farbe bedacht, einige Gedenktafeln wurden beschädigt) am Dichterstein selbst abgeben?

Franz: Für uns ist es genial, daß sich Kommandos von irgendwoher gegenseitig grüßen. Wir wollen in Offenhausen ja nicht nur Kundgebungen durchführen und dann wieder heimgehen, sondern wir wollen diese Nazis behindern und dieses Treffen verhindern. Diese Aktionsform der letzten Jahre in Offenhausen ist ja gar nicht die richtige Aktionsform, sondern sie ist aus taktischen Gründen gewählt worden, um den Dichterstein auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit zu einem Begriff zu machen. Deshalb wollten wir auch heuer wieder eine möglichst breite Bündnisdemo bis ins bürgerliche Lager organisieren, um eine massive Diskussion in der Öffentlichkeit auszulösen. In unseren Diskussionen sind wir aber draufgekommen, daß nächstes Jahr sicherlich nicht mehr so eine Aktionsform angewendet wird, weil es nicht zum alljährlichen Ritus verkommen darf. Deshalb tendieren wir für 1998 zu einer anderen Aktionsform.

Waren die Anschläge in Offenhausen für euch kontraproduktiv oder haben sie der Mobilisierung geholfen?

Franz: Militante Anschläge ziehen nach sich, daß die Polizei eine Handhabe hat, repressiver vorzugehen. Die bürgerlichen Medien haben dann wieder einen Grund, daß sie dagegen wettern. Wegen der Vermummung haben sie gemeint, daß wir keine demokratische Demonstrationskultur hätten, sie beten also schon deutsche Zustände herbei, weil sie das gerne hätten. Die Frage nach kontraproduktiv stellt sich so nicht, weil es das entscheidende ist, daß Menschen es nicht hinnehmen, daß es da ein Nazi-Denkmal gibt, und wenn sie aus ihrem subjektiven Gefühl heraus das dann angreifen, finde ich das total okay. Der Stein gehört einfach weg und punktum. Der Mini-Effekt ist dann, daß von dem Wesentlichen auf die Militanz abgelenkt werden kann, was aber im Grunde auch egal ist, weil wir nicht unsere Politik nach der Verfaßtheit der bürgerlichen Medien und Gesellschaft auszurichten haben. Egal, was solche Anschläge für einen Effekt haben, sie sind verständlich.

Also mit frischem Mut in die Zukunft, oder?

Franz: Von einem Sieg zum nächsten!

Uns, den Autonomen wird vorgeworfen, keine demokratische Demonstrationskultur zu besitzen, aber wie der repressive Teil des Staatsapparates mit dem Demonstrationsrecht umgeht, haben wir jetzt erlebt und es geht darum, dieser Vorgangsweise auf jeder Ebene etwas entgegenzusetzen, politisch, juristisch, scheißegal, weil das nicht hinzunehmen ist. Die erste Konsequenz ist, mit der Polizei keinerlei Absprachen mehr zu machen, weil sie alle gebrochen hat.

Was für Absprachen waren das?

Franz: Zum Beispiel Distanzdokumentationen und nicht die Leute aus der Nähe abzufilmen. Fact war aber dann zum Beispiel, daß den Frauen die T-shirts neben Polizisten hochgerissen wurden und daß Typen in die Eier getreten wurde. Unglaubliche Schikanen. Mit ihrem Großaufgebot haben sie sich aber endgültig lächerlich gemacht, als wir über Lautsprecher durchsagten, daß wenn die Polizei den Faschisten nicht die Fotoapparate wegnimmt, wir das sonst erledigen werden, und die Polizei hat das dann tatsächlich sofort gemacht und die Apparate verschwinden lassen.

Zum Abschluß: Ist die FAG eine regionale Gruppe, auf Oberösterreich beschränkt und welche Gruppen organisieren sich in ihr?

Franz: Bis jetzt sind es nur Gruppen aus Oberösterreich.

Ist euer Ziel eine bundesweite Vernetzung innerhalb des autonomen Spektrums?

Franz: Das wichtigste ist es ein arbeitsfähiges Bündnis auf die Füsse zu stellen, mit Gruppen, die miteinander können. Der Name wurde vor allem für die Medien gewählt, um ein einheitliches Auftreten nach außen zu erreichen. Für uns geht es nicht darum, wie z.B. die AA/BO, eine Organisation oder Partei mit eigener Politik aufzubauen, es geht darum, offen für sämtliche revolutionäre Gruppen zu sein, die undogmatisch sind. Uns gemeinsam mit anderen organisieren. ●

notruf
und beratung
für vergewaltigte
frauen & mädchen

Wien 0222/523 22 22
Graz 0316/918 800
Innsbruck 0512/57 44 16
Linz 0732/21 29
Salzburg 0662/88 11 00

„In Lücken des Gedenkens"

Die Aktivitäten der FrauenLesbenPlattform 51 in Innsbruck

DAS JAHR 1995 STAND IM ZEICHEN DES GEDENKENS VON „50 JAHRE BEFREIUNG VOM NATIONALSOZIALISMUS". DARAUFHIN BILDETE SICH IN INNSBRUCK DIE „FRAUENLESBENPLATTFORM 51", UM AUSGEHEND VON DER ANALYSE DER 50-JAHR-FEIERN AUCH „51 JAHRE DANACH" NS UND UMGANG MIT GESCHICHTE ZU THEMATISIEREN.

Die Plattform organisierte eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Bedenkliches Gedenken. Zur HERRschenden Ordnung von Erinnern, Vergessen, Fortsetzen. Eine feministische Vergegenwärtigung nationalsozialistischer ‚Vergangenheit'", die von März bis Mai 1996 dauerte und die in der Broschüre „In Lücken des Gedenkens" dokumentiert wurde. In einer Reihe von Arbeitskreisen, Vorträgen, Lesungen, Performances und Filmvorführungen wurde „das demonstrativ zur Schau Gestellte und das unter den Teppich Gekehrte besehen" und „in den Kontext der Interessen der jetztigen Machthaber gestellt, die das Gedenken vorwiegend dazu nutzten, sich selbst, ihre innenpolitischen Schaukämpfe und eine geglättete ‚Erfolgsstory 2. Republik' zu präsentieren, die nicht nach den wirklichen Opfern fragt, die Täter und Mitläufer als ‚Verführte' und ‚Unterjochte' darstellt und die Ermordeten, Gefolterten und Überlebenden - wenn überhaupt - an letzter Stelle anführt" (S.1).

In den offiziellen Gedenkreden des Jahres 1995 wurde immer wieder von männlichen Politikern den Frauen gedankt, natürlich nicht etwa den Widerstandskämpferinnen, sondern den Trümmerfrauen, „die das Wunder des Wiederaufbaus erst ermöglicht haben" (Vranitzky). Dazu werden in der Broschüre die Fragen gestellt: „War es funktional, ihnen zu danken, nachdem Österreich sein Täterbekenntnis geleistet hat, nachdem die Taten der Täter nicht mehr geleugnet werden konnten, aber gefeiert werden sollte? Konnten sich die Täter reinigen an der Frau, die stilisiert als Opfer und Heilige das Gute im Volk verbürgt?" (S.6)

Unter dem Titel „Wer sich nicht als Täter begreift, kann sich umso mehr als Wohltäter inszenieren" wird auf die zweifelhafte Politik der „Opferfürsorge" hingewiesen. „Homosexuelle und sogenannte ‚Asoziale': Menschen, deren Verfolgung bis heute nicht als solche anerkannt wird - weil die Verfolgung bis heute als gerechtfertigt erachtet wird?" (S.11)

Desweiteren finden sich Texte zur Nichtbeachtung frauenspezifischer Fluchtbedingungen in der Asylgesetzgebung, zu lesbischen Frauen im NS, zum Widerstand von Frauen im NS am Beispiel Südtirol und zur Politik der Frauenbewegung im Kontext der Thematisierung von Faschismus und Rassismus.

Daneben gab es Stadtbesichtigungen „Frauen-Sicht-Innsbruck", die sich an Lebensgeschichten von Frauen und Mädchen, die im NS stattfanden, orientierten, wo aber auch zur Normalität gewordene Sprachregelungen und Einrichtungen der Nazis, wie „asozial" oder „Gesundheitsämter" aufgezeigt wurden.

Während der Veranstaltungszeit waren in Innsbruck vier verschiedene Plakate der Künstlerinnengruppe „FemPlakArt" im sogenannten „öffentlichen Raum" zu sehen (sie sind auch in der Broschüre abgedruckt). A propos „öffentlicher Raum": Die Veranstaltungsreihe war zum Großteil ausschließlich für FrauenLesben. Den Organisatorinnen ging es um das Herstellen einer Frauenöffentlichkeit, die nicht vor bzw. unter der als ge/wichtiger empfundenen „gemischten" Öffentlichkeit existiert. „Wir begreifen Frauenöffentlichkeit nicht als Übungswiese für die ‚in Wahrheit zählende', die Männeröffentlichkeit." (S.2) ●

Die wunderschön gestaltete, absolut empfehlenswerte Broschüre kann bei der folgenden Adresse bestellt werden:
ArchFem, Interdisziplinäres Archiv für Feministische Dokumentation,
Liebeneggstraße 8, 6020 Innsbruck

Rezension:

Gladio

Die Geheime Terrororganisation der Nato

In Europa gibt es ein geheimes Terror-Netzwerk, das unter dem Namen „Gladio" (Kurzschwert) bekannt wurde. Auch in Österreich wurden zahlreiche Waffenlager dieser geheimen Terrororganisation ausgehoben. Gladio ist der Nato unterstellt und verfügt seit den fünziger Jahren über ganz Westeuropa umspannende paramilitärische-nachrichtendienstähnliche Organisationsstrukturen mit dem Ziel, im Kriegsfall Sabotage- und Terrorakte zu planen und durchzuführen. Aber auch in Friedenszeiten gab es Anschläge, die Personen aus dem Gladio-Umfeld zuordenbar sind. Ein Beispiel hierfür ist der Anschlag an der Mailänder „Piazza Fontana", der 1969 16 Tote und 84 Verletzte forderte. In Österreich und Deutschland waren ehemalige SS- und Waffen-SS Mitglieder, geschätzt wegen ihrer stramm antikommunistischen Ausrichtung und ihrer Erfahrung maßgeblich integriert. In Italien rekrutierten sich die „Gladiatoren" z.T. aus dem faschistischen Milieu.

In der Nummer 5/96 der Lotta DURA fanden sich bereits einige Artikel zum Themenkomplex „Nato - Gladio und Naziseilschaften" und die österreichische Zeitschrift Zoom gab 1996 einen 120seitigen Reader heraus, der sich schwerpunktmäßig mit den CIA-Waffenlagern in Österreich befaßte, aber auch alle anderen Länder, in denen die sog. „stay-behind" Einheiten der Nato nachweislich aktiv waren, wurden in Kurzartikeln abgedeckt.

Das Buch aus der BRD hat natürlich einen anderen Blickwinkel, obwohl Österreich auch darin vertreten ist. Falls man/frau die Zoom-Broschüre schon gelesen hat, wird sich nicht viel Neues zum Thema Österreich und zu Italien finden. Interessanter sind da schon die Kapitel zur BRD und zur Türkei. Der BRD-Beitrag ist recht ausführlich und legt sein Hauptaugenmerk auf die Verwicklung von Nazi-Kadern in die Geheimorganisation. Der Text zur Türkei ist kurz, informativ und aktuell. Vielleicht zu kurz, denn gerade die Türkei ist als Nato-Land in einen Bürgerkrieg verwickelt, Folterungen und extralegale Hinrichtungen finden statt, großangelegte Miltäroperationen samt Konterguerilla bilden die Rahmenbedingen in denen Geheimdienst- und Terroroperationen ähnlich dem Galdio-Auftrag in Westeuropa, durchgeführt werden. ●

Jens Mecklenburg (Hg.)
Gladio - Die geheime Terrororganisation der Nato
144 S. , öS 182

Die verlorene Ehre des RBH

„Krone", Stapo, FPÖ und Justiz bei der Hatz auf den anarchistischen Revolutionsbräuhof

DIE VORWÜRFE DER STAATSANWALTSCHAFT WIEN HABEN ES IN SICH: BILDUNG EINER STAATSFEINDLICHEN VERBINDUNG SOWIE EINER KRIMINELLEN VEREINIGUNG, AUFRUF ZU STRAFBAREN HANDLUNGEN - NAMENTLICH MORD UND BRANDSTIFTUNG - SOWIE HERABWÜRDIGUNG DER REPUBLIK. ALL DIESE VERBRECHEN SOLLEN ECHTE UND MUTMAßLICHE AKTIVISTINNEN DES „REVOLUTIONSBRÄUHOFS" (RBH) BEGANGEN HABEN, EINER VÖLLIG LEGAL ARBEITENDEN, 1986 ALS POLITISCHE PARTEI OFFIZIELL ANGEMELDETEN ANARCHISTISCHEN GRUPPIERUNG, DIE VOR ALLEM DURCH IHRE REGE AGITPROPTÄTIGKEIT IN WIEN HERVORSTICHT.

Seine Initialzündung erhielt das Verfahren Ende April 1995 durch eine Anzeige des Wiener FPÖ-Stadtrates Lothar **Gintersdorfer**, der in zwei RBH-Plakaten mit Parolen wie „Patrioten sind Idioten" bzw. „Anarchie statt Österreich" einen eindeutigen Aufruf „zur Anwendung von Gewalt" witterte. Sein Vorstoß kam nicht von Ungefähr. Denn nach dem Auffinden zweier linksradikaler Aktivsten am 19. April 1995, die beim Versuch, im burgenländischen Ebergassing einen Strommasten zu beschädigen, ums Leben kamen, war das „Netzwerk des linkes Terrors" in aller Munde.

Öl ins lodernde Feuer goß im Mai desselben Jahres die „Kronen Zeitung". Genauer gesagt, deren Reporter Gerhard **Walter** und Andi **Schiel**. Das Duo unterlegte einen Artikel mit dem Titel „Fahnder kennen die Komplizen der Attentäter von Ebergassing" mit einem Faksimile mehrerer Aufkleber und Flugblätter. Neben dem Impressum des „Revolutionsbräuhofs" fanden sich die Sprüche „Aufruhr, Widerstand, das Arbeitsamt wird abgebrannt" und „Vranitzky, Du Gangster, bald bist Du weg vom Fenster - kommt Zeit kommt Rat, kommt Attentat". Tatsächlich ist ein derartiger Schwatz niemals irgendwo aufgetaucht, weder als Pickerl noch auf einem Flugblatt - nur in der Krone. Bei seiner polizeilichen Einvernahme gab Walter an, daß es sich bei diesem Kleber „um eine Photomontage handelt". Deren Ingredienzien er von einem Studenten und einem „Beamten aus dem Sicherheitsapparat" erhalten haben will. Bezüglich der Identität seiner Informanten machte er keine Angaben, sondern verschanzte sich hinter dem Redaktionsgeheimnis. Dieses beschwor Walter auch in einem Beitrag über die Zusammenarbeit von „Kronen Zeitung" und Exekutive. Der in der Zeitschrift der FPÖ-Gewerkschaftsfraktion der Polizei, mit dem sinnigen Namen „Blaulicht", erschien.

HAUSDURCHSUCHUNGEN UND VEREINSMEIEREI

Nachdem der Boden derartig vorbereitet worden war, schritten die Behörden zur Tat. Seither haben 23 Haudurchsuchungen stattgefunden, etliche Computer und Berge von Unterlagen wurden beschlagnahmt. Nicht bloß Flugblätter, Zeitschriften und Plakate, auch eine Musik-CD mit dem verdächtigen Titel „anarchy" mußte daran glauben. Ebenfalls kassiert wurde das „Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus", eine handgeschriebene Collage mit Texten von Bertolt Brecht und das wohl gefährlichste Buch von allen: das Strafgesetzbuch. Viel mehr belastendes Material konnte nicht gefunden werden. Dafür ließen die Behörden den Akt auf rund 2600 Seiten anschwellen. Der den AktivistInnen des Revolutionsbräuhofes erst nach langem rechtlichen Hin und Her ausgehändigt wurde. Darin ist auch ersichtlich, daß bei der Jagd nach linken „Terroristen" weder Kosten noch Mühe gescheut wurden. Neben dem Personalaufwand bei Justiz und Polizei verrechnete etwa eine EDV-Firma, die mit der Decodierung der Paßwörter bei den beschlagnahmten Computern beauftragt wurde, der Justiz 142.536 Schilling. Und pro Hausdurchsuchung fielen immerhin je 2520 Schilling für den Schlüsseldienst an. Zusätzlich finden sich im Akt zahlreiche interessante wie amüsante Dokumente, die belegen, wie sehr sich die Staatsanwaltschaft bemühte, aus den RBH eine „terroristische Vereinigung" zu machen. So fragte sie bei der Staatspolizei an, ob etwaige Verbindungen zu den „Revolutionären Zellen (RZ)" bekannt seien. Einer seit Jahren völlig inaktiven, militanten deutschen Gruppierung, über die ein staatspolizeilicher Sachbearbeiter zu berichten wußte, daß er „keine Eintragung des Vereinsbüro der BPD-Wien" (Anm. Bundespolizeidirektion) finden konnte. Obwohl die (zwischenzeitlich abgelöste) Staatsanwältin Risa **Schuhmeister-Schmatral** schon vor mehr als einem Jahr in einem internen Schreiben eine Anklage ankündigte, ist bislang nichts geschehen. „Gerichtliche Vorerhebungen gegen 18 Personen sind bis heute immer noch im Gange" stellte die Oberstaatsanwaltschaft gegenüber der Wiener Stadtzeitung „Falter" fest.

Sollte es zu einer Anklage kommen und diese auch nur teilweise durchkommen, könnte sich das, was bislang noch die Züge eines schlechten Polit-Krimis trägt, zur ernsten Bedrohung organisierter linker Politik auswachsen. ●

Quellen:
Falter (16/97), div. RBH-Flugblätter,
Standard 24.1.1997

MATERIALSAMMLUNG ÜBER DIE JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN

Die JN sind nach den Parteiverboten der vergangenen Jahre zu der Sammlungs- und Führungsorganisation im neofaschistischen Lager geworden und übernehmen eine wichtige Integrationsfunktion. Archive haben eine Materialsammlung zu den JN mit Texten über sie und von ihnen - u.a. über die neueren Entwicklungen - zusammengestellt, die ca. 60 Seiten umfasst.

Zu bestellen ist die Materialsammlung gegen 10.- Vorkasse (inkl. Porto) bei:

AUTONOME ANTIFA BREMEN
ST. PAULISTR. 10
28203 BREMEN

Kronzeuge des Revisionismus

Die Geschichte des Stefan Karner

Es ist nicht nötig, offen revisionistische Thesen zu vertreten. Es reicht, unter dem Mantel der Objektivität das Richtige anzuzweifeln und Unvergleichbares miteinander zu vergleichen. Es ist nicht nötig, offen das Vergessen historischer Ereignisse zu fordern. Es reicht, diese Ereignisse solange erforschen zu wollen, bis sie tatsächlich vergessen sind. Der Grazer Historiker Stefan Karner zeigt, wie's geht: Er etabliert eine Erinnerungsunkultur als Landesgeschichte, die den Nationalsozialismus relativiert und Täter zu Opfern stempelt.

Ein politisches Chamäleon kehrt heim

Der Aufstieg des Sozial- und Wirtschaftshistorikers Stefan **Karner** begann, als die Medien ihn entdeckten.

Vorher hatte er seine Vorlesungen gehalten und seine Arbeiten publiziert, die mit nicht allzu großer Wertschätzung zur Kenntnis genommen wurden. Ein wenig Aufsehen hatte nur seine Habilitationsschrift über die „Steiermark im 3. Reich" erregt, weniger wegen der bedenklichen inhaltlichen Schwerpunktsetzung und der unkritischen Wiedergabe nationalsozialistischer Dokumente, sondern weil einfach grobe Schnitzer darin enthalten waren und besonders aus Slowenien massive Kritiken kamen. Karner schrieb diese Schrift um, sie wurde angenommen, und sein Ansehen in wissenschaftlichen Kreisen war weder besser noch schlechter als zuvor.

Er hatte seine wissenschaftliche Laufbahn bei einem Professor des Grazer Instituts für Geschichte begonnen, der sich für die SS begeistern konnte, die „verbissen" gegen die sowjetische Armee „kämpfte", der von der „Tapferkeit" der deutschen Wehrmacht schwärmte und das Schicksal des „Friedensboten" Rudolf Hess beklagte. Nicht in den 50er Jahren, sondern Mitte der 90er Jahre.

Karner ließ solch seltsame Nostalgie nie hören. Er galt als jemand, der das erzählt, was seine ZuhörerInnen gerade hören wollten und je nach Bedarf Geschichte für das konservative oder sozialdemokratische Lager präsentierte. Aber er verkaufte sich immer besser.

Als Karner der Zugriff auf die sowjetischen Akten über österreichische Kriegsgefangene glückte, avancierte er zum Medienstar. Mit Erfolg machte er der Öffentlichkeit klar, daß von den 30er Jahren bis zum Nationalsozialismus und deutschen Kriegsverbrechen alles aus diesen Akten zu erklären war, auf denen er hockte.

Man glaubte es ihm. Man glaubte es ihm zu einem Zeitpunkt, als es nicht mehr nötig war, zwischen konservativ und sozialdemokratisch zu wechseln, um seine Position zu festigen, da es längst offensichtlich war, in welche Richtung die politische Entwicklung ging. Zum Kronzeugen für historische Wahrheiten wurde Karner in einem Moment, in dem er die nationale und „revisionistische" Schule, aus der er kommt, nicht mehr zu verbergen brauchte.

Nationaler Wahrheit die Tür geöffnet

In seinen Vorlesungen ist Karner inzwischen deutlicher geworden: in der einen Stunde die unverhohlene Bewunderung für die Ideologie von Dollfuß, und in einer anderen die Erklärung, daß Auschwitz und Gulag zwei Seiten derselben Medaille seien. Wenn es um slowenische Gebiete geht, die einstmals zu Kärnten und Steiermark gehörten, kommt leicht die Stimmung auf, als ob gleich jemand den Hut herumreichen würde, um Geld für einen neuen Abwehrkampf zu sammeln. Wenn es um den deutschen Faschismus geht, kann es schon passieren, daß die Schilderung wirtschaftlicher Belebung mehr Raum einnimmt als die Geschichte derer, die diese Wirtschaft nicht überlebten. Karner weiß, wieviel er sagen kann, ohne in den Ruf des „Revisionisten" zu kommen, und wieviel er sagen muß, um dem „Revisionismus" die Tür zu öffnen. Er bleibt lieber unklar, zweifelt laut und deutet an, immer bereit, schnell zurückzuziehen, sobald es nötig ist.

Steigbügelhalter für „Revisionisten"

Was er nicht aussprechen kann, läßt er andere für sich tun: So stützt er sich auf Zeitzeugen wie Walter **Neunteufl**, Ehrenmitglied der deutschnationalistischen Südmark, der 1943 die Roma als „rassefremdes" Element bezeichnete, deren „Aussiedlung" (wohin, sagte er nicht) die „mit ihrer Anwesenheit verbundenen Gefahren beseitigt" habe.[1] Karner hat kein Problem, solche ehemaligen Schreibtischtäter bei Seminaren als wissenschaftliche Berichterstatter aufzurufen.[2] Ein notorischer Rechtsextremist wie Maximilian **Czesany** - bekannt geworden durch sein Engagement gegen die Ausstrahlung der Serie „Holocaust" im ORF und für den Neonazi Herbert **Schweiger** - erzählt stolz in der „Kameradschaft", Organ des SS-Traditionsverbandes Kameradschaft IV, daß er am Symposion von Karner teilnimmt und dort „massivst für die Entschädigung aller Nachkriegsgefangenen Stellung bezieht."[3] Bei Vorträgen vor Mitgliedern der Südmark und der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft (ÖLM) - klar doch, daß man da

Stefan Karner

hingeht, wenn man eingeladen wird - fordert Karner die anwesenden Kameraden auf, „ihre Archive zu öffnen und einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zur Verfügung zu stellen", um der Sache der „Deutschen in Slowenien" zu dienen.[4]

Wenn Karner nach solchen Aktivitäten in einem Gespräch mit der „Presse" die historische Zunft zu mehr „Mut" auffordert, wissen die, die in letzter Zeit immer mehr zweifelhaften „Mut" bekommen, was gemeint ist: „Vor 15 Jahren habe er eine Untersuchung über die Wohnbautätigkeit im NS-Staat erstellt und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß diese etwa das Ausmaß des Wohnbaus im roten Wien gehabt habe. Heute würde eine derartige Forschungsarbeit

sofort schubladisiert werden", wird die „Presse" zitiert.[5] Die unter ständiger Paranoia leidenden Mitglieder der ÖSTERREICHISCHEN LANDSMANNSCHAFT, die dieses Gespräch wohlwollend wiedergab, haben die angedeutete angebliche Diskriminierung ihrer eigenen Art sicher verstanden.

Die rechtsextreme Szene weiß längst, was sie an Karner hat: seine Vorträge und Bücher werden eifrig in „Lot und Waage" (SÜDMARK) und im „Eckartboten" (ÖLM) angekündigt, die Redaktion der Südmark ist beeindruckt, wenn Karner „eindrucksvoll aufzeigt, daß die Mißachtung von Volkstum und Heimat genauso verderbliche Folgen haben kann wie ihre einseitige und unkritische Überbetonung",[6] und die Leser der „Neuen Ordnung" loben seine Objektivität gegenüber den „Kriegsteilnehmern".

WEHRHAFT FÜR DIE WEHRMACHT UND GEGEN ANDERE ERINNERUNGEN

Sein wirklich großer Auftritt kam aber erst, als die Ausstellung „Vernichtungskrieg" in österreichischen Städten zu sehen war. Karner warf der Ausstellung Pauschalverurteilung aller Soldaten vor, fehlerhafte Quellenarbeit und die Verwendung falscher Dokumente. In der ORF-Sendung „Zur Sache" im Oktober '95 kreidete er dem Hamburger Institut vor allem an, daß es „seine" sowjetischen Akten nicht benutzt hatte (wie kann man nur!). Dafür ließ er einen freiheitlichen Volksanwalt a.D. neben sich Nazi-Propaganda gegen die Partisanen von sich geben, ohne eine einzige kritische Anmerkung zu machen.

Mit kritischen Anmerkungen zur Wehrmachtsausstellung sparte er dafür in den nächsten Monaten nicht: Als die Dokumentation nach Graz kommen sollte, marschierte er im „Standard" mit einem leidenschaftlichen Plädoyer gegen „polarisierende Intention" und „äußerst bedenklich sorglosen Umgang mit Quellen" auf.[7] Karner hätte dafür unter den Fittichen der verschreckten ÖVP seine eigene Ausstellung gestalten dürfen, die sich um „Differenzierung" und „Verantwortung gegenüber der Vätergeneration" bemühen sollte.[8] Er hatte allerdings Pech, denn die Ausstellung „Vernichtungskrieg" wird trotz dieses „Kronzeugen" für die angeblichen „Fälschungen" (so ein SPÖ-Politiker) in Graz gezeigt werden.

Bei anderen unbequemen Projekten haben Karners Interventionen fatalerweise mehr Erfolg, so im Fall einer Gedenkstätte auf einem Kasernengelände, wo Gegner des Nationalsozialismus erschossen wurden, am Feliferhof: Karner erklärte, man müsse erst noch länger forschen und bot sich gleich selbst für dieses „Forschen" an, und das Verteidigungsministerium, das diese Gedenkstätte überhaupt nicht will, ist hocherfreut, einen Grund zu haben, sie wenigstens für die nächste Zeit nicht wollen zu müssen.

SUBVENTIONIERTE KULTUR DES VERGESSENS

„Es wäre an der Zeit, eine tiefgehende Forschung zu diesem Thema durchzuführen", erklärte Karner schon in Hinblick auf die öffentliche Dokumentation von Wehrmachtsverbrechen im 2. Weltkrieg. Daß es immer er selbst ist, und nur er, dem er diese „tiefgehenden" Forschungen zutraut, ist der harmlose Aspekt. Viel schwerwiegender ist, daß seine Prämissen des Abwartens, des Nichtdifferenzierens in Täter und Opfer und des Verharmlosens allmählich zu den herrschenden Vorgaben der Landesgeschichte werden.

Von der steirischen Landesregierung erhielt Karner auf Intervention seines Freundes **Schüssel** ein Millionenprojekt, das seine Rolle als Landeshistoriker offiziell macht. Damit zieht er sich nicht nur eine ihm hörige und von ihm geprägte junge HistorikerInnengeneration heran, sondern tritt mit entsprechender Legitimation im gesamten deutschsprachigen Raum auf.

Nur zaghaft kommt Kritik auf: Karner wehrt jeden Hinweis auf seine Zusammenarbeit mit rechtsaußen aktiven Personen mit dem Faktum ab, daß er doch an einem Projekt des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes" arbeite und in der europäischen Kommission gegen Rassismus sitze, daher könne man ihm gar nichts vorwerfen. Wer ihn kritisiert, tut es von einem verlorenen Posten aus. Seine gefestigte Stellung bei der ÖVP und bei den Medien lassen auch engagierte WissenschaftlerInnen resignieren.

In einem Schweigen der Ratlosigkeit und der Feigheit verkauft Stefan Karner die alten revisionistischen Spielregeln der Aufrechnung und Historisierung als kritische Zeitgeschichte und stilisiert einen allgemeinen Freispruch von Schuld und Verantwortung zur Erinnerungsunkultur, mit der alle leben können - und müssen. ●

[1] Zitiert aus: „Die bevölkerungspolitische Lage der Steiermark", Südostdeutsches Institut Graz, Herbst 1943 von W. Neunteufl

[2] Die Zeitung „Lot und Waage" des rechtslastigen AKVS berichtet 1994 über ein solches Seminar.

[3] „Die Kameradschaft" Juni 1995

[4] aus: „Eckartbote" 8/96, Zeitung der „Österreichischen Landsmannschaft"

[5] aus: „Eckhartbote" 2/96

[6] „Lot und Waage" Juni 96

[7] „Der Standard" 25. April 1997

[8] Die Ziele der Ausstellung „60 Jahre danach" sind einer Presseaussendung des Grazer ÖVP-Stadtrates Helmut Strobl entnommen.

Antifa Edition

neu

Wolfgang Wippermann
Wessen Schuld?
Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse
3-88520-622-6
144 S. · Pb. · DM 24,90

Wolfgang Wippermann
»Wie die Zigeuner«
Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich
3-88520-616-1 · 272 S. · Pb. · DM 39,90

Barbara Junge / Julia Naumann / Holger Stark
RechtsSchreiber
Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet
3-88520-621-8 · 224 S. · Pb. · DM 29,90

Jens Mecklenburg (Hg.)
GLADIO
Die geheime Terrororganisation der Nato
3-88520-612-9 · 144 S. · Pb. · DM 24,90

Überall im Buchhandel
Weitere Informationen und Bestellungen (für Wiederverkäufer mit Rabatt) auch über Versandbuchhandlung Che & Chandler, Breite Str. 47, 53111 Bonn, Fax 02 28/63 49 68

ELEFANTEN PRESS

RaufenFressenSaufen

Der Ring Freiheitlicher Studenten- Korporierte Neonazis

Auf der Bude des Wiener Akademischen Turnvereins ging es am Abend des 15. Mai 1997 hoch her: Die Burschenschafter feierten den relativen Erfolg ihrer Fraktion Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) bei der Wahl zur bundesweiten StudentInnenvertretung, dem Zentralausschuß der ÖH. Die Recken unter Spitzenkandidat Andreas Trammer (B! Germania, Graz) errangen dort ein drittes Mandat. Der langsame Wiederaufstieg des 1994 neugegründeten RFS setzt sich also fort.

Akademische Nazis

Die Burschenschafter-Fraktion RFS weist seit ihrer Gründung 1952 personelle wie ideologische Schnittstellen mit dem Neofaschismus auf. So betätigte sich als erster RFS-Führer niemand geringerer als Norbert **Burger** (B! Olympia): Der korporierte Neonazi organisierte ab 1961 die zweite Welle des Südtirolterrors und stand der Nationaldemokratischen Partei (NDP) bis zu derem Verbot 1988 vor. Zahlreiche angeklagte und (zumindestens in Italien) verurteilte Bombenleger aus der Burger-Schule betätigten sich in den 60er Jahren als RFS-Kader. Der an einem Sprengstoffanschlag auf ein KPÖ-Lokal in Wien beteiligte Herbert **Drexler** kandidierte 1959 für den RFS an der TU. Für Aufsehen sorgte damals auch ein RFS-Kandidat an der Wiener Universität: Der teutsche Recke wurde kurzerhand wegen Mitgliedschaft in einer neonazistischen Gruppe verhaftet.

Die Verwobenheit des RFS mit der militanten Szene hält bis heute an. So agierte der inhaftierte Neonazi Gottfried **Küssel** (B! Danubo Markomannia) 1986 als Saalschützer bei einem RFS-Vortrag an der Uni Wien; 1988 versuchte der Führer der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO), gemeinsam mit sieben RFS-lern bei der Jungen Volkspartei unterzukommen. Noch 1993 - Szene-Größe Küssel war gerade nach NS-Verbotsgesetz zu zehn Jahren Haft verurteilt worden - machte sich der Olympia-Burschenschafter Matthias **Konschill** in einem Brief an die „fakten" für den „bloß wegen seiner Gesinnung" verfolgten Küssel stark. Zwei Jahre später trat ebendieser Konschill als RFS-Spitzenkandidat an der Wiener Uni in Erscheinung...

Auch Franz **Radl** jun. (vorm. B! Teutonia), neben Küssel zentrale Figur in der militanten Szene, verfügt über innige Kontakte zum RFS: In seinem Adressbuch finden sich gleich 18 (z.T. ehemalige) RFS-Kader allein aus Wien. Darunter etwa Radls Mitbewohner Johannes **Pammer** (B! Teutonia), der gemeinsam mit diesem im Dezember 1993 im Zuge der Ermittlungen zu den Briefbombenanschlägen kurzfristig inhaftiert worden war. Oder Klaus **Fischl**, heuer Spitzenkandidat des RFS an der Vetmed. Der Multifunktionär Fischl betätigt sich nebenbei als Obmann des burgenländischen Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), also jener Gruppe, die in ihren Reihen die Schänder des jüdischen Friedhofes in Eisenstadt beheimatete.

„Nur für Arier"

An der Wiener Wirtschaftsuniversität kandidierte heuer Georg **Lobnig** (B! Olympia) für den RFS. Der Kärntner gehört zum harten Kern der Szene rund um Andreas **Thierry** (pen. B! Cheruskia Straßburg, Treibach/Althofen), dem österreichischen Führungskader der nach den mörderischen Anschlägen von Mölln und Solingen in der BRD verbote-

Ein paar weitere Burschenschafter, die in Wien für den RFS kandidierten:

Walter Asperl (B! Olympia), Werner Dabernig (B! Albia), Thomas Dorner (Akad. Landsmannschaft Kärnten zu Wien), Hermann Ertl (B! Albia), Norbert Exner (Wr. Akad. Turnverein), Ignaz Füsgen (B! Bruna Sudetia), Norbert Fux (B! Teutonia), Winrik Heinze (US! Barden), Alexander Höferl (B! Gothia), Reinhard Kienberger (B! OÖ-Germanen), Werner Kneß (Wr. Akad. Turnverein), Matthias Konschill (B! Olympia), Matthias Koppensteiner (B! Gothia), Bernd Kronfuß (B! Aldania), Thomas Lang (B! Moldavia), Siegmar Mielacher (B! OÖ-Germanen), Lothar Planner (B! Albia), Thomas Poigner (B! Libertas), Rüdiger Posch (B! Albia), Peter Preinfalk (B! OÖ-Germanen), Armin Richter (B! Libertas), Erek Rübig (B! Bruna Sudetia), Volkert Sackmann (B! Gothia), Jürgen Schwaiger (B! OÖ-Germanen), Rudolf Sommer (B! Olympia), Gernot Stefan (B! Olympia), Rainer Strasser (B! Olympia)

v.l.n.r.: Mathias Konschill, Harald Stefan, Reinhard Kienberger, Walter Asperl

Stadler auf der Uni Neonazi beim RFS

Nicht Grund genug, um Lärm zu schlagen?

nen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF). RFS-Kandidat Lobnig scheint in zwei Adressenlisten dieser neonazistischen Organisation bzw. ihres Verlages auf.

Seine Karriere begann 1991 unter der Obhut von Jürgen **Hatzenbichler** bei der Völkermarkter pen. B! Hans Steinacher, einer Gruppe „ehrenhaft denkender deutscher Männer". Am 18. Jänner 1992 traf sich Lobnig mit Thierry, Markus **Adam** und anderen jungen „Deutschkärntnern" in Feldkirchen, um einschlägige Aktionen zu planen. Bereits in der folgenden Nacht wurde er gemeinsam mit Adam beim Schmieren von „Nur für Arier"-Parolen und einem Hakenkreuz in Klagenfurt ertappt und in der Folge zu 20 Monaten bedingt verurteilt. Die Polizei fand in den Wohnungen der beiden Neonazis umfangreiches NF- und NSDAP/AO-Propagandamaterial, bei Lobnig auch mehr als 800 Exemplare von Gert **Honsiks** „HALT".

1992 finden wir ihn darüber hinaus auf der Teilnehmerliste der „16. Gästewoche" der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) in Südtirol/Alto Adige. Lobnig hätte dort sein Zimmer mit Franz Radl teilen sollen, jedoch flog das Nazi-Treffen auf und die braune Rotte mußte kurzfristig nach „Süddeutschland" ausweichen.

Während es Lobnig also nach Wien zog, betätigen sich seine „Waffenbrüder" in Kärnten weiter: In der „Jungen Freiheit" (JF) berichtet deren Chefredakteur Andreas **Mölzer** als Gerd Golznig über einen neuen „Aufschwung" der örtlichen pennalen Burschenschaften, welche ihre Anstrengungen verstärkten, „Kärntens heimattreue Jugend" zu gewinnen (JF 51/96).

Mölzers neuer „Aufschwung" macht sich bereits bemerkbar. Ende Novemeber 1996 erhalten drei slowenische Zeitungen sowie die slowenische Abteilung des ORF Drohbriefe: Hakenkreuze, rassistische Anmache, die Drohung „Wir werden euch bald abschlachten", ein „Ehre heißt Treue" und „Heil Hitler" finden sich auf den identischen Briefen. Am 12. Dezember 1996 gehen bei drei slowenischen Medien sowie beim Generalkonsulat erneut Drohbriefe ein. In den mit NSDAP/AO und „Heil Hitler" unterfertigten Schreiben wird offen mit Mord gedroht. Die Angst grassiert in slowenischen Zusammenhängen - die Rohrbombe der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE gegen die zweisprachige und von Deutschnationalisten bekämpfte Volksschule in Klagenfurt vom August 1994 ist noch allen in Erinnerung. ●

Die Wahlen zur ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT (ÖH) sind vorbei. Jetzt könn(t)en sich alle nach hinten lehnen und sich für den „glorreichen" Wahlkampf auf die Schultern klopfen.

Doch was ist passiert? Der links-liberalen ÖH-Exekutive wurde von der maßgeblich reaktionären StudentInnenschaft die Absage erteilt.

Vor zwei Jahren, als der Zentralausschuß der ÖH übernommen wurde, taten alle Fraktionierten so, als wäre Antifaschismus ein wichtiges Anliegen der zukünftigen ÖH - Exekutive.

Inzwischen wissen wir es zumindest in Wien aber besser.

Durch den Versuch „autonome" antifaschistische Politik zu institutionalisieren, ist viel an linkem Widerstand gebrochen worden. Zwar wurde von der ÖH gemeinsam mit anderen Gruppen im November 96 eine Großdemonstration gegen den Festkommers der Burschenschaften und eine Broschüre zum Thema „Rechtsextremismus an den Universitäten" „produziert", doch was haben einzelne Aktionen für eine Bedeutung, wenn sie von keiner Kontinuität zeugen können. Daneben stellt sich die Frage, ob die Konzentration auf eine zentrale - noch dazu legalistische - Aktion, andere, weniger mediengerechte Widerstandsformen zu kurz kommen läßt.

Ausgerechnet in der Ära einer links-liberalen ÖH-Exekutive wurden beispielsweise keine neuen Versuche gesetzt, das antisemitische Schandmal „Siegfriedskopf" in der Aula der Wiener Universität endlich zu entfernen.

Viel bedenklicher stimmt uns aber das Verhalten der linken Fraktionen während des ÖH-Wahkampfes, die kein einziges Mal den Versuch unternommen haben, gegen Veranstaltungen des RFS zu mobilisieren. Sind die FunktionärInnen schon so abgestumpft, heißt Wahlkampf u.a. auch „Fairness" gegenüber rechtsextremen bis rechtskonservativen Fraktionen? Oder ist Antifaschismus außerhalb von dessen Institutionalisierung kein Thema mehr?

Auch als Faschisten in Graz am 2.Mai das Lokal des Kommunistischen StudentInnenverbandes (KSV) überfielen und verwüsteten, hielt sich die wahlwerbende Linke zurück.

Wir glauben, daß faschistische Provokationen für die Linke bereits zum Alltag geworden sind. Zum Gewohnheitseffekt kommt hier das lähmende Gefühl der eigenen Schwäche, aber auch eine Portion Bequemlichkeit hinzu. Der RFS und Konsorten haben dies erkannt, und scheuten sich etwa nicht davor, in den Wochen vor der ÖH-Wahl direkt neben dem KSV-Stand in Wien ihr Propagandamaterial zu verteilen. Zumindest darauf hätte doch reagiert werden müssen.

Denn wir wissen ja, daß es nicht reichen kann, Folder zu Antifaschismus zu verteilen, um sich im Kampf gegen die Rechte zu schlagen.

Aber selbst als wir öffentlich machten, daß Georg **Lobnig**, RFS-Kandidat an der WU-Wien, zum harten Kern der Neonazi-Szene gehört, hielten sich die Reaktionen in Grenzen. Erst Wochen nachdem dies bekannt geworden war, tauchten die ersten Flugis dazu in der Öffentlichkeit auf. Diese erlebten jedoch ein klägliches Dasein auf den Infoständen von GRAS (Grüne & Alternative StudentInnen) und KSV.

Doch auch die nicht-institutionelle „autonome" Linke, die ja zum Teil auch auf den Universitäten präsent ist, hat versagt.

Entweder machte sich hier ebenfalls „StellvertreterInnen-Denken" breit und alle haben sich wieder einmal auf die ÖH und deren linke Fraktionen verlassen. Oder konnten sich auch autonome Antifas nicht der Normalisierung rechtsextremer Agitation entziehen?

Wenn sich FPÖ-Klubchef Ewald **Stadler** an der Uni für den RFS ungestört über „Linksterrorismus" auslassen darf, die Opfer des rechten Terrors als die Täter bezeichnen kann, befinden wir uns schon viel weiter in der „Dritten Republik", als wir wahrhaben wollen.

KAMPF DEM FASCHISMUS !

Soziale Frage - Rechte Antwort

DIE MUTATION DER FPÖ ZUR 'ARBEITERPARTEI' SAMT EIGENER GEWERKSCHAFT, ÖGB-FUNKTIONÄRE, DIE GEMEINSAM MIT DEN BEHÖRDEN AUF BAUSTELLEN 'ILLEGALE' JAGEN, DAZU EIN SOZIALDEMOKRATISCHER GEWERKSCHAFTSCHEF, DER MEINT, DIE FPÖ SEI „IN DER AUSLÄNDERFRAGE EIN GELEHRIGER SCHÜLER DES ÖGB" - WAS IST BLOß LOS MIT UNSERER 'ARBEITERKLASSE'? VIELE LINKE STEHEN WIEDER RATLOS VOR DER TATSACHE, DAß IHR VERMEINTLICH REVOLUTIONÄRES SUBJEKT GEGEN SEINE NOCH VERMEINTLICHEREN OBJEKTIVEN INTERESSEN HANDELT.

„WOLLT IHR DEN TOTALEN MARKT?"

In einem jüngst bei „Knaur" erschienenen Buch wird der Versuch unternommen, den Neoliberalismus als „Parteidoktrin" der Rechtsextremen in Deutschland und Österreich zu identifizieren[1]. Das „Antifaschistische Infoblatt" kommt nach dessen Lektüre zum Schluß, daß „die modernisierungsbereiten, an der FPÖ orientierten Teile der extremen Rechten (...) auf eine radikale Interpretation des neoliberalen Gesellschaftsentwurfs setzen und sich dabei deutlich vom historischen Faschismus abgrenzen"[2]. Wenn wir mal außer acht lassen, daß der Faschismus den Liberalismus zwar als Weltanschauung bekämpfte, seine ökonomische Prämisse - das Privateigentum - aber teilte, die Abgrenzung so deutlich also gar nicht ist, dann drängt sich immer noch die Frage auf, warum der Anteil von ArbeiterInnen an der WählerInnenschaft rechtsextremer Parteien derart rapide wächst.

Zwei Erkärungsansätze herrschen hier vor: Der eine geht aus von einer totalen Herrschaft des Neoliberalismus - also auch über die Köpfe der ArbeiterInnen. Diese würden der umfassenden Durchsetzung des Konkurrenzprinzips, dem Sozialabbau, der Deregulierung und Privatisierung, der Liberalisierung der Märkte u.ä. zustimmen. Der andere Ansatz hebt die sozialdemagogische, rassistische Mobilisierung des Proletariats hervor. Dieser Moment würde den faschistischen Charakter der modernen rechtsextremen Parteien ausmachen: Als (klein)bürgerliche Bewegungen mit dem entsprechenden Interessengehalt verbreitern sie ihre soziale Basis, indem sie vorgeben, für die Interessen der ArbeiterInnen zu kämpfen. Sie hätten dann notwendig auch einen zweiten Flügel und einen charismatischen Führer, der mit seiner Autorität den Widerspruch zwischen den Fraktionen am Aufbrechen hindert. Der Charakter der FPÖ als autoritäre Führerpartei gründet sich demnach weniger in der Persönlichkeitsstruktur **Haiders** als in der Heterogenität der vertretenen Interessen.

Während sich für die AutorInnen des erwähnten Buches die Frage nach der Massenbasis rechtsextremer Parteien gar nicht stellt, wollen wir im folgenden versuchen, zu zeigen, daß im Falle Österreichs und der FPÖ beide Ansätze zutreffend sind. Da der neoliberale Charakter der FPÖ im Buch (verabsolutierend) bereits dargestellt ist, beschränken wir uns dabei aber weitgehend auf ihre sozialdemagogischen Züge.

WIE NEOLIBERAL IST DIE FPÖ?

In ihrem Versuch, die rechtsextremen Wahlparteien von der NSDAP abzugrenzen, stellen die AutorInnen zunächst die Behauptung auf, die „politischen Ziele" ersterer seien nicht wie im Falle zweiterer „schlagwortartig artikuliert, sondern detailliert ausgeführt, theoretisch begründet und widerspruchsfrei" (S. 10). Da tun sie aber zumindestens der FPÖ zuviel des Guten: Ist es schon mit der Detailliertheit und theoretischen Begründung des immer noch gültigen FPÖ-Programms von 1985 im Vergleich mit dem NSDAP-Programm von 1920 nicht so weit her, zeugt die Behauptung von Widerspruchsfreiheit im FP-Programm von selektiver Wahrnehmung. Tatsächlich werden zielstrebig nur jene Stellen zitiert, mit welchen sich der wirtschaftsliberale Charakter der FPÖ belegen läßt. Daher wollen wir im folgenden ein paar unterschlagene Passagen aus dem FP-Programm anführen: „Ausbeutung lehnen wir ab" (Ziffer 43), „harmonisches Gleichgewicht (...) zwischen Kapital und Arbeit" (Z. 47), „notwenige Schutz sozial Schwacher" (Z. 227), „Wir betrachten das Recht auf Arbeit als soziales Grundrecht und wollen es in der Verfassung verankert wissen" (Z. 242), „bekräftigen unsere Überzeugung, daß ungezügelte Wirtschaftsfreiheit dort unannehmbar wird, wo sie zur Ausbeutung führt, die Situation der sozial Schwachen mißachtet oder die Interessen des Gesamtwohles verletzt" (Z. 246).

Wie es um die angebliche Widerspruchsfreiheit bestellt ist, belegen auch die Auseinandersetzungen um das neue Programm: Nicht nur aufgrund der Uneinigkeit bezüglich des Verhältnisses zum organisierten Christentum mußte der Programmparteitag auf Herbst '97 verschoben werden. Die Frontstellung zwischen den beiden Flügeln, von der „Jungen Freiheit" als Modernisierungsverweigerer und Modernisierer identifiziert, zeigte sich u.a. am Parteitag letzten November. Dort forderte die F-Nationalratsabgeordnete **Aumayer** per Zusatzantrag „die Einführung von Schutzzöllen", wogegen „sich Vertreter des Wirt-

Wählerinnen und Wähler!

Wer

Ruhe und Ordnung

für die Zukunft haben will, geht am 4. Mai mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel zur Urne. – Jeder, der am 16. Februar d. J. sozialdemokratisch gewählt hat, wählt am 4. Mai wieder

sozialdemokratisch

Keiner bleibe zu Hause!

Stimmzettel

sind im sozialdemokratischen Sekretariat, VIII. Bezirk, Lerchengasse 13, zu haben.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee Josefstadt.

schaftsflügels" mit Erfolg stemmten[3]. Ähnlich falsch ist die Behauptung der AutorInnen, die rechtsextremen Parteien hätten das Konzept der „Volksgemeinschaft" ad acta gelegt und statt dessen würden in der Agitation „kollektive durch individuelle Interessen ersetzt" (S. 10). Als Bestandteil antiklassenkämpferisch-harmonizistischer Ideologie, die soziale Interessen bzw. Herrschaft entnennt, ist der Volksgemeinschaftsdiskurs konjunkturell abhängig vom Stand sozialer Kämpfe. Tatsächlich ist im sozialpartnerschaftlich-stabilen Österreich der exzessive Gebrauch volksgemeinschaftlicher Propaganda (noch) nicht erforderlich. In der Politik der FPÖ hat sie dennoch ihren festen Platz. Haiders diesbezüglicher Kommentar zur Programmdiskussion Anfang der 80er Jahre gibt bis heute die Richtung vor: „Dabei ist auf das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft besonderer Wert zu legen, die eine organische und ethische Gebundenheit des Menschen in verschiedenen Gemeinschaften, von der Familie bis zum Volk, zum Ausdruck bringt. Damit grenzen wir uns von materialistischen Ideologien ab, für die der Mensch nur ein einzelhaftes Wesen in einer gesichts- und bindungslosen Gesellschaft darstellt!"[4]. 1989 verlangte Haider eine „Rückkehr zu ganzheitlichem Denken, frei von jedem Gruppenegoismus"[5]. Vier Jahre später sprechen die programmatischen „Freiheitlichen Thesen zur politischen Erneuerung Österreichs" von einer „Absage an das egozentrische Weltbild" und ersetzen das „Gemeinnutz vor Eigennutz" der NSDAP durch ein „Gleichgewicht zwischen persönlichen Sorgen und der Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft."[6] Die 'soziale Volksgemeinschaft', zu der sich die FPÖ nach wie vor bekennt, ist im Unterschied zur bürgerlichen Gesellschaft nach innen nicht über Besitz strukturiert, sondern über das sog. Leistungsprinzip. Demnach stellt sich eine identitäre Hierarchie über die Gemeinsamkeit des 'redlichen Schaffens' dar: 'Kapitalist' wie 'Arbeiter' sind - unter ideologischer Ausblendung ihrer unterschiedlichen Stellung in der gesellschaftlichen (Re)Produktion - gleich in ihrem Willen, durch 'Leistung' es zu etwas zu bringen. Haiders „Gemeinschaft der Tüchtigen" wird neben Rassismus (s.u.) und der Akzeptanz des Leistungsprinzips auch durch Verzichtsphilosophie zusammengehalten. Marcuse sprach bereits im Falle der NS-Ideologie von „einer radikalen Entwertung der materiellen Sphäre des Daseins", von einem „'Heroismus' der Armut und des 'Dienstes', des Opfers und der Zucht."[7] Derartige Töne schlägt heute u.a. der ehemalige FP-Chefideologe Andreas **Mölzer** an. Im zunehmend rechtsgewirkten Zentralorgan der heimischen Industrie ruft er nach „einer neuen Bescheidenheit: Konsumverzicht, Zufriedenheit auch mit geringeren Erlösen, ohne statt dessen auf Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zurückzugreifen."[8] Die Meinung der AutorInnen, wonach Nationalismus und Rassismus zugunsten der „Tauschregeln des freien Marktes" (S. 11) als integrative Ideologie ausgedient hätten und die soziale Frage nicht mehr in der nationalen aufginge, ist ebenso unrichtig. Schon die unüberhörbaren „Österreich zuerst!"-Schreie der FPÖ, das obligate Gegenüberstellen von MigrantInnen und inländischen Arbeitslosen usw. müßte eigentlich einer derartigen Einschätzung entgegenstehen.[9] Gleich jeder anderen Ideologie, die auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der marktförmigen Vergesellschaftung steht, sieht sich auch der Neofaschismus mit dem Problem konfrontiert, wie sich aus der Masse der konkurrenzierenden Wirtschaftssubjekte ein 'Volk' bilden läßt. Die Antwort, die bei Faschisten etwas heftiger ausfällt, wird seit jeher in der Imagination der nationalen Gemeinschaft bzw. 'Identität' gesucht und gefunden.

Der nationale „Sozialismus" der FPÖ

Daß, wie die AutorInnen weiters feststellen, die rechtsextremen Parteien heute weitgehend ohne sozialistische Rhetorik auskommen, liegt wohl eher in der hegemonialen Schwäche der Linken begründet. Haider z.B. würde sich als waschechter Sozialist geben, falls hierzulande eine revolutionäre Stimmung vorherrschen würde. Doch ganz ohne Sozialdemagogie geht es auch heute nicht ab, und es ist mehr als eine Fleißaufgabe, wenn sich Haider als Linker outen läßt: So attestiert ihm der mittlerweile geschaßte FP-Vordenker Gerulf **Stix** eine Nähe zu „sozialdemokratischen Positionen"[10]. Die (Selbst)Darstellung Haiders als „Anwalt der kleinen Leute", als „Erbe Bruno Kreiskys", als der bessere bzw. eigentliche Sozialdemokrat wird verbunden mit dem Verratsvorwurf an die Sozialdemokratie. Aber auch der ist nicht neu: „Wir sind nicht nur eine Arbeiterpartei", posaunte bereits Goebbels 1926, „wir sind heute in der Zeit sozialdemokratischen Verrats (...) **die** Arbeiterpartei." Haider bspw. nannte Vranitzky wiederholt einen herzlosen „Macher" und „Nadelstreifsozialisten", der „ohne soziales Empfinden" sei[11] und warf ihm die Repräsentation eines „Sozialismus ohne Anständigkeit" vor[12]. Am 1. Mai dieses Jahres hielt Haider der SPÖ vor, „Solidarität" sei ihr „zum Fremdwort geworden", deren Vorsitzender Klima habe ein „kaltes Herz". Und: „Wir stehen wirklich auf der Seite der arbeitenden Menschen in diesem Land"[13].

Immerhin im offiziellen Periodikum der FPÖ-Steiermark findet sich eine Darstellung der „arbeitende(n) Bevölkerung", wie sie einerseits vom „Sozialismus" mittels „Steuern", andererseits vom „Kapitalismus" mittels „Zinsen" in

Peter Gnam in der „Neuen Kronen Zeitung" über das zentrale Problem jeder faschistischen Bewegung mit ihrem sozialdemagogischen Überschuß:

Konkurrenz für ÖGB.

Letzten Sonntag haben also die Freiheitlichen dem ÖGB mit der Drohung, eine 'Gewerkschaft neu' zu gründen, die Rute ins Fenster gelegt. Sollte die 'gewerkschaftliche rot-schwarze Bonzenwirtschaft' und der 'Verrat an Arbeitnehmern' durch das Sparpaket nicht aufhören, dann wird es ab Ostern eine FPÖ-Gewerkschaft geben.Allein diese Drohung der FPÖ hat schon genügt, um die Gewerkschaftsspitze aufzuscheuchen - der 'tönerne Riese' zeigte Wirkung, war ungewöhnlich aktiv, ja fast hektisch, und das ist im Interesse der Arbeitnehmer wahrscheinlich auch gut so.Was passiert aber, wenn die FPÖ tatsächlich eine Konkurrenz-Gewerkschaft gründet? Bei der 'Gründungsversammlung' letzten Sonntag fehlte Haider, weil er 'privat mit Tochter in den USA' weilte. Möglicherweise hätte aber ein Großgrundbesitzer wie Haider auf so einer Veranstaltung ohnehin deplaziert gewirkt.Darüber hinaus muß Haider auch aufpassen, daß er FPÖ-Sympathisanten aus dem klein- und mittelständischen Unternehmerbereich nicht vergrämt: Diese Leute wissen nämlich mit einer 'Haider-Gewerkschaft', die dem ÖGB Konkurrenz macht, indem sie für Arbeitnehmer noch mehr 'herausschlagen' möchte, wenig bis gar nichts anzufangen. Da geht dann die Angst um, daß die Personalkosten weiter ansteigen und die Existenz von Unternehmen gefährdet wird.Konkurrenz zum ÖGB mag gut sein, damit sich die ÖGB-Spitze 'bewegt'. Schlecht wäre eine 'Konkurrenz', die Unternehmen in Schwierigkeiten bringt und so letzten Endes auch Arbeitsplätze gefährdet. (3. 12. 1996)

die Zange genommen wird. Hinter beiden stünden die altbekannten „internationalen" Kräfte, hier „Parteien und Gewerkschaften", dort „Banken und Spekulanten". Darunter: „Der Sozialismus und der Kapitalismus teilen sich in geheimer Komplizenschaft die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung. Und die logische Konsequenz dieser bankensozialistischen Ausbeutung ist die zunehmende (sic!) deutlicher in Erscheinung tretende Tatsache, daß in allen Ländern der Erde die werktätigen Menschen immer ärmer und die nichtstuenden immer reicher werden."[14] Schon die historischen Nazis unterschieden zwischen 'raffendem' und 'schaffendem' Kapital, phantasierten von der „geheimen Komplizenschaft" von sich nur scheinbar bekämpfenden Ideologien bzw. Herrschaftsformen, kämpften für die 'Brechung der Zinsknechtschaft'. 1997 beweist die FPÖ in kaum zu überbietender Deutlichkeit, daß der Antisemitismus nicht ausgedient hat, wenn es darum geht, auf dem Feld des Sozialen zu punkten.

Andreas **Mölzer** und Günther **Rehak** bringen im Vorwort ihres Sammelbandes „Sozialismus - Ende oder Aufbruch?" die „emotionale Ebene" ins Spiel: Mit Gregor **Strasser** sprechen sie von der „große(n) antikapitalistische(n) Sehnsucht, die durch unser Volk geht", vom völkischen Protest „gegen eine Wirtschaftsordnung, die nur in Geld, Profit, Dividende denkt, und die vergessen hat, an Arbeit und Leistung zu denken."[15]

Es war auch der Neonazi Rehak, der in der „Jungen Freiheit" die Richtung vorgab: „Die FPÖ müßte über den Schatten der bewegungseigenen Hausbesitzer und Grundstücksspekulanten springen und klar das Ziel einer nationalen Arbeiterpartei anpeilen."[16] Zumindest die von Burschenschaftern dominierte Wiener FPÖ hält sich an diesen Rat, was angesichts der hauptstädtischen Sozialstruktur nicht weiter überrascht. Es ist aber mehr als wahltaktische Notwendigkeit, wenn die FPÖ hier „Solidarität statt Sparpaket" plakatieren läßt. Ihr Obmann Rainer **Pawkowicz** am letzten „Kommers" in der Hofburg: „Mehrmals in der Geschichte, zuallererst im Revolutionsjahr 1848 haben national-freiheitliche Intellektuelle und Arbeiter gemeinsam gekämpft. (...) Wir als national-freiheitliche Korporationsstudenten haben nicht nur die Chance, sondern auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns für jene Menschen, die die links-linke Schickeria in ihrer Arroganz so gern 'den kleinen Mann' nennt, einzusetzen".[17] Ein paar Monate später kündigte der Wiener FP-Obmann an, seine Partei werde nicht nur die ArbeiterInneninteressen vertreten, sondern nun auch die „Aufgaben der untätigen Wiener Industriellenvereinigung übernehmen"[18].

Wie faschistisch ist die FPÖ?

Das neue alte „Bündnis zwischen Mob und Kapital" (Hannah Arendt) unter dem Banner der Standortkonkurrenz und der historisch abgeleiteten Führung (1848!) der deutschnationalen Akademiker stellt mehr dar als eine ideologische Verknüpfung zweier heterogener Interessen. Es handelt sich hierbei tendenziell um die Herausbildung einer neuen Form bürgerlicher Herrschaft, diesmal jedoch nicht gegen die proletarische Revolutionsdrohung, sondern gegen die drohende Unterlegenheit der „Volksgemeinschaft" im globalen Konkurrenzkampf. Allein der unterschiedliche Charakter der Krise verbietet es aber, einfach von einer originalgetreuen Neuauflage des Faschismus zu sprechen. Dennoch wäre es Aufgabe der Linken, das Verhältnis zwischen sozialer Basis und Funktion der FPÖ mit dem faschismustheoretischen Instrumentarium zu analysieren. Dabei ist jedoch der relativen Autonomie des Ideologischen Rechnung zu tragen: Gerade faschistische Ideologien und Bewegungen mit ihrem aktivistischen Überschuß und ihrer Neigung zur Verselbständigung sind nicht als Instrumente in den Händen irgendeines Großkapitals zu fassen. Und auch neue faschistische Bewegungen mit ihrer weitgehenden Unabhängigkeit von sozialen und politischen Herrschaftsinteressen entziehen sich der instrumentalistischen Reduktion. Statt dauernd die verborgenen, einheitlichen Interessen irgendwelcher 'herrschenden Kreise' aufzustöbern, sollte der Blick einerseits auf die Differenzen innerhalb sozialer Herrschaft, andererseits auf die subjektive Funktionalität der individuellen Unterstützung faschistischer Bewegungen gerichtet werden.

Es macht also trotzdem Sinn, zunächst nach dem (widersprüchlichen) sozialen Gehalt der FPÖ zu fragen: Zu Recht wurde hier schon des öfteren darauf hingewiesen, daß die FPÖ einerseits die Interessen schwacher, binnenmarktorientierter Kapitalfraktionen vertrete. Diese treffen sich zum Teil mit denen des/r fordistischen NormalarbeiterIn in der Ablehnung all dessen, was euphemistisch unter „Modernisierung" läuft (Flexiblisierung, Öffnung der Märkte, Deregulierung usw.). Andererseits verfügt die FPÖ über ein kleines postfordistisches Segment: Die Boutiquen-Bourgeoisie und neuen Selbstständigen (Haiders „Leistungseliten"), jene aggressiven Kapitalfraktionen, denen das sozialpartnerschaftlich-wohlfahrtsstaatliche Korsett zu eng geworden ist. Die FPÖ steht somit nicht nur vor dem Problem, ArbeiterInneninteressen mit bestimmten Kapitalinteressen zu versöhnen, sondern auch innerhalb letzterer vereinheitlichend zu wirken. Tatsächlich könnte die

FPÖ auf Perspektive den parteiförmigen Rahmen für ein neues kapitalistisches Klassenbündnis abgeben und auch hierin die Sozialdemokratie beerben. In den z.T. heftig geführten Debatten, ob die FPÖ jetzt eine faschistische Partei sei, würde eine genauere Bestimmung des Gegenstandes viele Uneinigkeiten ausräumen. Denn, wenn faschistisch inhaltlich und über die Ziele (Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, Zerschlagung der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung usw.) bestimmt wird, dann trifft dieses Attribut auf die Haider-Partei nicht zu. Wird faschistisch aber funktional definiert, sieht das ganze schon etwas anders aus: Faschismus meint u.a. die Mobilisierung des 'Volkes' gegen den politischen Machtblock, verbunden mit der Sicherung der Klassenherrschaft, also die Herstellung eines neuen Massenstützpunktes für die soziale Herrschaft der Bourgeoisie. Was die Sozialdemokratie in Zeiten des Wohlfahrtsstaates v.a. mittels materieller Leistungen vermochte, nämlich die ArbeiterInnen an den kapitalistischen Staat zu binden, könnte zur Aufgabe der FPÖ werden.[19] Dabei kommt - nicht zuletzt aufgrund der fast überall akzeptierten Meinung, daß es nichts mehr umzuverteilen gäbe - dem Ideologischen und der populistischen Inszenierung ein ungleich größerer Stellenwert zu. Lassen wir jetzt mal die unüberhörbaren Nazi-Töne von FP-FunktionärInnen, diese erfolgreiche Nutzung jener kulturellen Ressourcen, die der historische Faschismus und der Antisemitismus in diesem Land darstellen, außer acht, so spricht eine weitere Ähnlichkeit für die Charakterisierung der FPÖ als faschistische Bewegung. Diese verbirgt ihre soziale Funktion der Massenintegration in den kapitalistischen Staat nicht nur hinter sozialdemagogischen Ausfällen, sondern auch hinter ideologischen Praxen, die allesamt den realen Ausschluß durch inszeniertes Dabei-Sein verdecken. Der Sinn der faschistischen Masseninszenierung liegt in der Suggestion der Anteilnahme am politischen Prozeß. Die reale Ohnmacht der Individuen wird hier aufgehoben in hysterischem Aktivismus, permanenter Bewegung, im kollektiven Verfolgungswahn genauso wie in Allmachtsphantasien. Wer einmal auf einer Haider-Kundgebung war, weiß, was wir meinen: Dieser aufgeregte Mob aus narzißtisch gekränkten 'kleinen Leuten', der als pathologische Gruppe[20] im unmittelbaren Kontakt mit dem autoritären Führer Befriedigung findet. Denn an ihn können all die unterdrückten Rachegelüste und Aggressionen delegiert werden.

Die Massenbasis der FPÖ

Wollen wir abschließend noch die Frage aufwerfen, warum die 'kleinen Leute' in derartiger Anzahl dem porschefahrenden Haider in den plebiszitären Führerstaat folgen, so müssen wir zunächst wegkommen vom Verständnis des Faschismus als bloße 'Täuschung' der - an sich von der Linken abzuholenden - Massen.

Es gibt in der Faschismustheorie aber auch Ansätze, welche die psychische Disposition der faschistischen ParteigängerInnen ins Zentrum der Analyse stellen. Auf diese könnten wir bei der Behandlung des Haider-Phänomens zurückgreifen.[21] Insbesondere Erich Fromms Behandlung der oberflächlichen „Rebellion" als „Abfall von einer Autorität unter Beibehaltung der autoritären Charakterstruktur" könnte uns da weiterhelfen. Diese hat ihre „Ursache darin, daß die bestehende Autorität ihre entscheidende Qualität einbüßt, nämlich die der absoluten Macht und Überlegenheit, womit notwendigerweise auch ihre psychologische Funktion aufhört. Die bisher unterdrückte Feindseligkeit wendet sich mit besonderer Stärke der bisherigen Autorität zu, die Liebe und Bewunderung der neuen."[22] Den hier angesprochenen Ambivalenzkonflikt (gleichzeitiges Lieben und Hassen der (elterlichen) Autoriät) vermochte der antisemitische Massenmensch insofern zu lösen, als „er die veräußerlichte elterliche Gewalt in zwei Teile spalten (kann): in den Führer, den er liebt, und den Juden, den er haßt."[23] Der „Jude", auf den der verhaßte Teil der Autoriät übertragen werden konnte, war nicht beliebig austauschbar: Der Antisemitismus unterscheidet sich vom Rassismus ja gerade darin, daß er die Juden und Jüdinnen nicht nur als 'minderwertig' konstruiert, sondern gleichzeitig eine (intellektuelle, wirtschaftliche oder sonst wie geartetete) Überlegenheit und Allmacht des jüdischen 'Gegenvolkes' behauptet.Die Überwindung des Ambivalenzkonfliktes bedarf einer scharfen Trennung in gut und böse, Freund und Feind, 'wir' und 'die'. Der Antisemitismus verschafft dann dem autoritären Charakter die Chance, das Bedürfnis nach Aufruhr und Unterwerfung gleichzeitig zu befriedigen.

Die pathologische Gruppe unterwirft sich einem Führer, der sich klein und groß zugleich macht. Die Darstellung des Multimillionärs Haider als einfacher Mann von der Straße, seine Inszenierung als verfolgtes Opfer der Mächtigen erlaubt den Mitgliedern der Gruppe, die Unterwerfung als Verbrüderung erfahrbar zu machen. Der mobnahe Führer als neue Autorität ist daneben notwendig groß, streng und aggressiv. Haider, der sich stellvertretend für die Ohnmächtigen „was traut", richtet die Aggressionen gegen gestrige oder scheinbare Autoritäten wie „Bonzen" und gegen Gruppenfremde.

Doch ein gewisses Unbehagen bleibt: Die Angst der pathologischen Gruppe vor sich selbst und dem Führer als kollektivem Über-Ich schweißt diese weiter zusammen. Haider, der sich und seinem Anhang dauernd versichert, fleißig, anständig und pflichtbewußt zu sein, schmeichelt damit nicht nur dem Selbstbild des Mobs, sondern wirkt auch disziplinierend. Die 'kleinen Leute', von Haider als Gemeinschaft der Tüchtigen angerufen, fürchten nämlich, daß sich die zum Ausleben an den Führer übertragenen Aggressionen gegen die Gruppenfremden (z.B. „Sozialschmarotzer") auch mal gegen sie selbst richten könnten. Zum einigenden Band der Angst, der Liebe zum Führer und des Verfolgungswahns kommt ein drittes Moment, das den prolet-arischen Haider-Fanclub zusammenhält: die Solidarität in ihrer gruppenbeschränkten Form. „Grundsätzlich wird eine Tendenz zu 'narzißtischer Perspektivenverengung' sozialen Protests in dem Maße an Bedeutung gewinnen, als sich Erfolgsaussichten solidarischen Handelns in einer bestimmten wirtschaftlichen und politischen Konjunktur verringern."[24] Die rechte Antwort auf die soziale Frage verlagert diese auf die Ebene der Zirkulation und Verteilung. Sie entnennt nicht nur deren Ursache in der gesellschaftlichen Spaltung entlang des Eigentums an den Produktionsmitteln, sondern spaltet auch die Betroffenen auf.

Der Universalismus der 'klassischen' Linken, die sich auf den Kampf in/vor den Fabriken konzentrierten, ist aber nicht nur angesichts des rechten Partikularismus gescheitert. Er vergaß in seiner Fixierung auf die Stellung der Individuen in der Produktion ganz auf das Leben außerhalb der Lohnarbeit. Im Gegensatz zu ökologischen Intitiativen, die die alte Beschränktheit zum Großteil durch eine neue ersetzt haben, erkannte die neue Frauenbewegung, daß Politisierung außerhalb der Produktion notwendig und möglich ist. Noch einmal: Die Mitglieder des Mobs werden von den faschistischen Agitatoren weniger geblendet und von ihren 'objektiven Interessen' abgelenkt, als entsprechend ihrer psychischen Verfassung bedient. Allein die Rede von 'objektiven' oder 'eigentlichen Interessen' ist Nonsens: Interessen sind bewußt oder sie sind keine, und Bewußtsein stellt sich allemal auf ideologischem Terrain her. Die vielstrapazierten Ängste, Nöte und Bedürfnisse existieren nicht im vordiskursiven Raum, sondern entstehen in alltäglichen Auseinandersetzungen und werden von ideologischen/kulturindustriellen Apparaten vermittelt. Bereits hier müßten wir in unseren Kämpfen ansetzen. Weniger denn je ist der soziale Kampf vom kulturellen und politischen abzutrennen, erst in der Verknüpfung der Kämpfe erlangen diese potentiell emanzipatorischen Charakter. ●

1 Schui, Herbert et al.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München 1997
2 AIB Nr. 38/97, S. 11
3 Junge Freiheit 49/97
4 Aula 10/83, S. 8
5 zit. in: Mölzer, Andreas: Volkstribun Haider. Trommler oder Erneuerer? Berg a. See o.J., (Deutsche Geschichte-Extra, hg. von Gert Sudholt), S. 41
6 Aula 11/93, S. 25
7 Marcuse, Herbert: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Abendroth, W. (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Frankfurt/M. 1979, S. 60
8 Die Presse, 3.5.97
9 Jedoch geht Ralf Ptak dann in seinem Beitrag zur FPÖ schon etwas differenzierender an die Sache: „Der Rassismus", schreibt er, „ist ein bedeutendes Element für ihre sozialdemagogische Propaganda, mit der sich die FPÖ als Anwalt der 'kleinen Leute' ausgeben kann, obwohl sie für ein gesellschaftliches Modernisierungskonzept steht, das gerade die unteren und mittleren Einkommen durch den Abbau öffentlicher Transferleistungen in besonderem Maße belasten würde." (S. 219)
10 Der Standard, 12.4.96
11 Kurier, 7.11.86
12 Freiheitlicher Pressedienst, 19.11.89
13 NFZ, 7.5.97
14 konkret. Freiheitlicher Gemeindekurier Nr. 29, März 97
15 Rehak, G.; Mölzer, A. (Hg.): Sozialismus - Ende oder Aufbruch? Graz-Stuttgart 1995, S. 6
16 Junge Freiheit 51-52/95
17 Aula 1/97, S. 37
18 Neue Kronen Zeitung, 18.4.97
19 Um der Sozialfaschismus-These vorzubeugen, müssen wir bei der historischen Sozialdemokratie in Rechnung stellen, daß subjektives Wollen eines Großteils der Kader und objektive Wirkung von deren Politik auseinanderfielen. Sie glaubten ja tatsächlich, daß der staatsreformistische Weg in den Sozialismus oder zumindestens in gerechtere Verhältnisse führt.
20 vgl. Simmel, Ernst: Antisemitismus und Massen-Psychopathologie, in: ders. (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt/M. 1993, S. 58-100. Simmel nennt dort eine Gruppenbildung pathologisch, „wenn sie dem ohnmächtigen Individuum vor allem dazu verhilft, unsublimierte und uneingeschränkt destruktive Triebenergien abzuführen". (S. 72)
21 vgl. Berghold, Joe; Ottomeyer, Klaus: Populismus und neuer Rechtsruck in Österreich im Vergleich mit Italien, in: Sieder, R.; Steinert, H.; Tálos, E. (Hg.): Österreich 1945-1995. Wien 1995, S. 314-330
22 Fromm zit. ebd., S. 321
23 Simmel a.a.O., S. 73
24 Berghold, Ottomeyer a.a.O., S. 320

Nr. 23 Sommer 1997

BAHAMAS

Alpträume der Zivilgesellschaft

Anarchie in Albanien, Sozialfaschismusthese, Wehrmacht in der Diskussion, Entschädigung für NS-Opfer, „junge Welt" in Abwicklung, Nationalcharakter und instrumentelle Vernunft, Demokratiepreis für Goldhagen, Dialektik im 20. Jhdt. u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Bajuwaren-Organ „Junge Freiheit

Die „JUNGE FREIHEIT" (JF) sieht alt aus: mit Günther **Rehak** entpuppte sich einer ihrer Autoren als mutmaßlicher Kopf der BBA-Terrorbande. Unter dem programmatischen Pseudonym Peter **Pässler**, einem historischen Bauernkrieger, gibt der immer-noch-Beamte im Bundeskanzleramt fast wöchentlich seine Ansichten in der Österreich-Ausgabe der JF zum Besten.

Zum Briefbomen-Verdacht, wie er in zahlreichen bürgerlichen Medien geäußert wurde, dürfte sich nun auch ein Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung gesellen. In den „PNO-Nachrichten" des burgenländischen Neonazis Robert **Dürr** meinte Rehak nämlich: „Die gegenwärtige Wiederbelebung des Antifaschismus zielt derzeit (noch?) nicht auf Mord und Totschlag, sondern mehr auf finanziellen Gewinn. Die Regierung der USA erscheint mitunter nur als verlängerter Arm des Jewish World Congress, der seinerseits eine reine Holocaust-Verwertungs-Agentur ist. Neuerdings wurde die (zum größeren Teil von Deutschen bewohnte) Schweiz zum Angriffsziel dieser Firma. Zur endgültigen Ausrottung aller Deutschen wird wohl deshalb (noch?) nicht aufgerufen, weil es unklug wäre, eine goldene Gans zu schlachten." (3-4/1997, S. 3)

Rehak, den es vom deutschnationalen Flügel der Sozialdemokratie über die Vereinten Grünen zur FPÖ und Neonaziszene zog, fühlt sich nun von seinen legalistischen Kameraden im Stich gelassen. Insbesonders FP-Clubchef Ewald **Stadler**, der mit Rehak die Verschwörungstheorie zum BBA-Terror teilt, setzt seit sich einiger Zeit auffällig deutlich vom vermeintlichen Bombenhirn ab. Derart im Regen stehen gelassen, bleibt dem Faschisten in der Tradition des „nationalen Sozialismus" der Gebrüder Strasser nur die chronisch Stadler-feindliche JF. Und diese hält ihrem Rehak tatsächlich die Stange. In der Nr. 25/97 durfte er als Peter Pässler gegen das Gutachten vom Leder ziehen, das ihn mit 83%iger Sicherheit als Verfasser eines BBA-Bekennerschreibens nennt. Die Redaktion stellt sich in der selben Ausgabe hinter den ins „Kreuzfeuer" geratenen Kameraden: „Ministerialrat Günther Rehak (...) kann wie jeder andere interessante Diskussionspartner in der Jungen Freiheit seine Meinung so lange äußern, solange seine Schuld in diesen Fragen nicht erwiesen oder er zumindest nicht unter Anklage gestellt wurde."

Der Führer der JF-Mannschaft, Andreas **Mölzer**, kann übrigens seine Meinung nun auch woanders äußern: der Haider-Hofbiograph schreibt seit kurzem regelmäßig in der rechtskonservativen Tageszeitung „Die Presse", dem Zentralorgan der heimischen Industrie. „Die Presse", für welche sich auch der F-Historiker und JF-Kolumnist Lothar Höbelt hin und wieder ein paar Sätze abringt, stellt übrigens die rechtsextreme JF als „FPÖ-nahe Wochenzeitung" vor - auch nicht ganz falsch.

●

Das gute Geschäft mit dem Antisemitismus

Der „Wiener", monatliches Zeitgeistmagazin ohne Geist, glaubt in seiner Juli-Ausgabe einem „Skandal in der Kultusgemeinde" auf die Spur gekommen zu sein. Der Autor Thomas **Köpf** schreibt sich in seiner veröffentlichten „Recherche" ungeniert in antisemitische Rage. Dem Stürmer Köpf geht es dabei in erster Linie darum, nachzuweisen, „wie einträglich Vergangeheitsbewältigung sein kann." Denn der ISRAELITISCHEN KULTUSGEMEINDE (IKG) diene der Holocaust als „Deckmantel" für das Einheimsen „horrende(r) Subventionen", die dann in finsteren Kanälen versickerten. „Selbst in kargen Zeiten des Sparpaketes", schreibt nicht Walter **Ochensberger** sondern Thomas Köpf, „kann der mosaische Glaube Geldberge versetzen". Die „Juden" erscheinen im „Wiener" schon wieder als Blutsauger am Volkskörper: Sie würden das „schlechte Gewissen" der Normalvergaser und ihrer Nachkommen „grenzenlos" ausnutzen und sich schamlos am „Geld anderer Leute" erfreuen. In offener Anspielung an die antisemitische Fälschung „Protokolle der Weisen von Zion" phantasiert Köpf von einem „Rat der Weiseren", der hinter den verschlossenen Türen der IKG die Geldströme lenke. Daß die „Juden" in Wahrheit keine „Österreicher" seien, weiß jeder Nazi. So auch Köpf, der Israel als ihre „Heimat" nennt.

Der ganze antisemitische Angriff kulminiert in der Forderung nach einem Schlußstrich, der nun ökonomisch begründet wird. Da die Fortsetzung des Vernichtungswerkes der Nazis im „Wiener" nicht gefordert werden darf, muß zumindest die Erinnerung getilgt werden, um die „guten Geschäfte mit dem schlechten Gewissen" abstellen zu können. Denn: „Solange die Vergangeheit bewältigt werden muß, wird's der Kultusgemeinde offenbar nie an Geld fehlen."

●

Comeback des Welser Stapo-Chefs

Innenminister Karl **Schlögl** (SPÖ), der sich zuletzt auf der Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen zur Bekämpfung rechtsextremer Umtriebe bekennen konnte, bereinigt die Welser „Stammtischaffäre" (siehe LD 8/97) auf seine Art: Per Aktenvermerk stellt er dem zur Fremdenpolizei versetzten Welser Stapo-Chef Josef **Matejka** eine Rückkehr nach den Wahlen im Oktober in Aussicht.

Im Februar dieses Jahres konnte ein aufmerksamer Journalist einige prominente Welser Parteifreunde Schlögls beim gemütlichen Plausch mit einer örtlichen Nazi-Größe ablichten. Bürgermeister Karl Bregartner, Ex-Polizeidirketor Alois **Wolf**, Stapo-Chef Matejka u.a. versammelten sich mit dem Welser Unternehmer Robert **Wimmer** am Stammtisch. Wimmer, als Inhaber der Firma Wiro-Polyplex langjähriges Mitglied des SPÖ-Wirtschaftsverbandes, lädt KameradInnen aus allen deutschen Gauen seit Jahren auf sein Schloß Hochscharten. Dort lauschen die Nazis den Ausführungen so bekannter Szene-Größen wie David **Irving** oder Gerd **Honsik**. Erst am 19. April 1997 war der Wiener Neonazi mit sozialdemokratischer Vergangenheit, Günther **Rehak**, zu Gast. Er unterhielt das Pack mit seiner kruden Verschwörungstheorie zum BBA-Terror.

Nach dem Auffliegen der „Stammtischaffäre" wurde Matejka zunächst zur an Weltanschauungstäter ohnehin nicht armen Fremdenpolizei versetzt. Doch scheinbar kann die Welser Stapo in ihrem Kampf gegen die linke Szene auf Matejka nicht verzichten, und so darf der Nazi-Freund im Herbst also auf seinen alten Posten zurückkehren. ●

Eine verhinderte Israelreise

Dichands und Haiders Persilscheingeber

Von Viktor Hochwalden

Seit Mitte März wurde in SPÖ-Kreisen darüber gesprochen, daß der Wiener Altbüprgermeister Helmut Zilk für seinen Arbeitgeber Hans Dichand eine Reise nach Israel arrangiert. Dort hätte ihn Jerusalems Altbürgermeister Teddy Kollek empfangen, und Dichand hätte dann im Süden des Landes einen Wald pflanzen sollen.

Der Falter berichtete Ende April als erster über die geplante Reise des Kleinformat-Herausgebers. **Dichand** wollte der von Kollek gegründeten „Jerusalem Foundation" einen Betrag von zwei Millionen Schilling spenden. Der mächtige Hans Dichand bat die Journalisten des Falter: „Hängen Sie die ganze Sache nicht an die große Glocke." Dichand behauptete auch: „Ich war nie Antisemit". Und er wiederholte den Kollektivschuld-Stehsatz der seiner „Neuen Kronen Zeitung" (NKZ): er widerlegt - wie die NKZ es immer wieder tut - das was nicht behauptet wird, nämlich „daß alle Deutschen und Österreicher willfährige Instrumente der Nazis waren".

Der Antisemitismus der „Krone"

Die Vorgeschichte hat mit der antisemitischen Schreibweise einiger NKZ-Kolumnisten zu tun. Im Wiener Handelsgericht wurde Anfang 1995 eine drei Jahre dauernde gerichtliche Auseinandersetzung der NKZ mit der jüdischen Gemeinde Wien durch einen Ausgleich beendet. Obwohl im April 1992 das Jagschitz-Gutachten erneut zweifelsfrei die Tatsache der Massenvernichtung durch Giftgas belegt hatte, veröffentlichte Richard **Nimmerrichter** (Staberl) am 10.Mai 1992 in der NKZ den Kommentar „Methoden eines Massenmordes", in dem er behauptete, daß während der NS-Zeit nur „verhältnismäßig wenige" Juden durch Giftgas ermordet worden wären. Die Anzeige der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien wegen Verstoß gegen das NS-Verbotsgesetz wurde eingestellt, weil die Staatsanwaltschaft darin keine „gröbliche Verharmlosung des nationalsozialistischen Völkermordes und anderer nationalsozialistischer Verbrechen gegen die Menschheit" sah. Das Wort „gröblich" im NS-Gesetz gibt nämlich dem Justizministerium die Möglichkeit, jeden Prozeß gegen eine prominente Persönlichkeit zu unterbinden. Und tatsächlich wurde seit der Novellierung des NS-Gesetzes noch kein Prominenter verfolgt. Schlußendlich sind in Österreich die Staatsanwälte weisungsgebunden. Diesen Beschluß der Staatsanwaltschaft benützte Staberl, um Paul **Grosz**, den Präsidenten der IKG, aber auch die jüdische Gemeinde zu verhöhnen. Es kam zu einer Reihe von Prozessen. Grosz schilderte in der „Gemeinde", dem offiziellen Organ der IKG vom 3. Februar 1995, wie er der Bitte des Vizepräsidenten des Wiener Handelsgerichtes nachkam, „eine für alle Beteiligten und auch die Republik 'anständige Lösung' des Konfliktes zu finden" und einem Vergleich mit Dichand zustimmte. Offensichtlich wurde, daß die SPÖ keinen Konflikt mit der NKZ wünschte und die IKG keine Verbündeten gehabt hätte, diese Auseinandersetzung vor den Gerichten weiterzuführen. Paul Grosz: „Ich glaube, daß die getroffene Regelung fair ist und eine Grundlage dafür bietet, daß sich die NKZ jedenfalls nicht als Plattform antisemitischer Ressentiments in jenem Maße zur Verfügung stellt, wie es in der Vergangenheit der Fall war."

Die „Krone" der SPÖ

Freilich hat sich seit 1995 die Lage radikal geändert. **Vranitzky** wurde abgesägt und der jetzigen Führungsmannschaft sagt man sehr gute Kontakte zur NKZ nach. Viktor **Klima** glaubt anscheinend, daß die NKZ doch nicht Haider als Bundeskanzler wünsche. Das mag Dichand (Cato) erklären und auch schreiben, doch einige seiner wichtigsten Mitarbeiter propagieren **Haider** explizit bzw. implizit, und das ist Teil einer durchdachten Doppelstrategie. In Detailfragen stimmt die NKZ zwar manchmal der SPÖ zu, insbesondere wenn diese sich Themen von Haider diktieren läßt(zum Beispiel keine MigrantInnen in Gemeindewohnungen zuzulassen) Gerade **Zilk** und eine Reihe von NKZ-Schreibern sind bemüht, die SPÖ darauf zu drängen, daß sie ihren Widerstand aufgibt, mit Haider gelegentlich gemeinsame Sache zu machen. Die Zilk-Angriffe gegen Caspar **Einem** weisen in diese Richtung. Sicher, Zilk und andere NKZ-Schreiber sind lediglich „His Masters Voice".

Garantiert nicht zufällig geifert Peter **Gnam**: „Daß ein Herr Einem 32 Millionen für den 'Kampf gegen Rassismus' lockermacht, ist eine beispiellose Provokation", denn Gnam fürchtet „ein neues Feuerwerk an Österreich-Beschimpfung" (NKZ 23.3.1997). Der „Patriot" Gnam spricht sich in der NKZ auch gegen den Standort Wien für eine EU-Behörde aus, nämlich gegen die EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Diese EU-Behörde könnte sich auch mit NKZ-Inhalten befassen und fündig werden. Wer die NKZ kritisch unter die Lupe nimmt, oder sie gar ausgiebig zitiert, der begeht „Österreich-Beschimpfung" und wird als „linkslinks" abqualifiziert.

Freilich paßt sich Zilk dieser Umgebung gerne an. So hielt er im November 1996 eine launige Laudatio auf ein Buch über die Geschichte der Kunst in Wien nach 1945. Er lobte seinen Vater, der ihn davon abgehalten hatte, sich freiwillig zur Waffen-SS zu melden, „wie viele meiner Schulkameraden, die bis heute verfolgt werden". 30-40 Claqueure klatschten ihm Beifall. Zilk erklärt auch - bescheiden wie er ist - im profil Nr.23/97: „Außerdem will ich, daß die „Krone" noch viel mehr als jetzt zur Hauspostille des Michael **Häupl** wird."

Nun gibt es in der SPÖ immer noch Kräfte, die eine solche Entwicklung mit Sorge betrachten, denn sie sehen, wie hier die Taktik Haiders durch publizistische Unterstützung der NKZ erfolgreich ist. Aus diesen Kreisen kamen die Informationen über Dichands Reisepläne. Als dann israelische Medien Artikel aus der NKZ zitierten - zum Beispiel schrieb Staberl am 1. Mai vom „sogenannten Holocaust" -, kam es zur Ausladung, und das Duo Zilk-Dichand mußte seine Reise nach Israel absagen.

Zilk, der gar zu offen „His Masters Voice" ist und nicht einmal einen Empfang in Israel für seinen Chef zustandebringen kann, wird vielleicht nicht mehr lange als Persilscheingeber dienen können.

Sichrovsky als Haiders Persilscheingeber

Am 27. Mai fand in Linz eine von Peter **Sichrovsky**, EU-Abgeordneter der FPÖ, moderierte FPÖ-Diskussion „Religionsfreiheit - Identität und Toleranz" statt. Ungehindert vom Diskussionsleiter konnte Universitätsdozent Friedrich

Romig, „Europabeauftragter der Diözese St.Pölten während der EU-Beitrittskampagne" (so im Programm angekündigt), erklären: „Der Nationalsozialismus unterscheidet sich von unserer Demokratie dadurch, daß wir die Schreibtischtäter à la Eichmann ausgetauscht haben gegen die Abstimm-Mörder auf den Parlamentsbänken, mit dem Erfolg, daß wir zehnmal mehr Kinder umbringen als Hitler im Jahresdurchschnitt Juden umgebracht hat, das darf doch nicht wahr sein, das kann doch nicht das Wesen der Demokratie ausmachen."

SPÖ-Klubobmann Peter **Kostelka** prangerte diese „unglaubliche Verniedlichung des Nazi-Terrors" an und ortete „Handlungsbedarf" beim freiheitlichen EU-Abgeordneten Peter Sichrovsky, der die Veranstaltung in Linz geleitet hat, ohne bei diesen Äußerungen Romigs einzugreifen. Damit sei dieser indiskutable Vergleich auch „ein Problem Sichrovskys geworden". Der grüne Abg. Karl **Öllinger** forderte die Kirche und die Diözese auf, sich von solchen Beauftragten zu distanzieren. LIF-Abg. Maria **Schaffenrath** meinte, einmal mehr würden zwei voneinander vollkommen verschiedene Sachen miteinander verbunden, nämlich Abtreibung und Nationalsozialismus.

Sichrovskys Schweigen und seine Haltung als Pesilscheingeber ist konsequent. Nachdem Sichrovsky im Herbst 1996 von Jörg Haider vorgestellt wurde, kam es zu empörten Reaktionen in einigen Medien. Die Frage wurde gestellt, wieso sich ein Jude dafür hergeben könne. Dabei übersahen die FragestellerInnen, daß es für Haider, der ernsthaft glaubt bald am Ballhausplatz die Geschicke Österreichs lenken zu können, sehr darauf ankommt, „linke" und jüdische Alibizeugen zu engagieren.

Peter Sichrovsky, der als Buchautor nur mäßig erfolgreich war, hat als Journalist eine Marktlücke entdeckt und sich - gegen eine entsprechende Gage - Haider zur Verfügung gestellt. Freilich ist auch Romig nicht zufällig bei der FPÖ-Diskussion erschienen, es ist Haiders Taktik auch das Bündnis mit sehr rechten Christen zu suchen. Einerseits ist er bemüht, sich den Anschein zu geben, ein demokratischer Poltiker zu sein, andererseits aber sind Rechtsextreme und Deutschnationale seine besten Verbündeten und Untergebenen. Haider benützt diese auch als Alibi. **Pretterebeners** „Top" meldet im Juni „Querschüsse von rechts": Ein Münchner Verlag soll noch vor dem Sommer ein Buch mit dem Titel „Jörg Haider - Patriot im Zwielicht" herausbringen. Neben Kriemhild **Trattnig** und Gerulf **Stix** sollen - so „Top" - auch Interviews über den FPÖ-Chef mit **Schönhuber** und **Le Pen** veröffentlicht werden. Haider bestellt einen Angriff auf sich selbst und hofft so als „gemäßigter" Politiker akzeptiert zu werden, deswegen jubelt er: „Etwas Besseres kann uns gar nicht passieren".

Haider in Jerusalem?

Und Haider könnte Recht behalten. Bereits in der Vergangenheit besuchten FPÖ-Abgeordnete den Staat Israel, und die orthodox-rechte Netanjahu-Regierung sieht anscheinend kein Problem, Kontakte mit Rechtsextremen wie zum Beispiel die italienischen Neofaschisten zu pflegen. Die haben sich zwar von den Rassengesetzen der Faschisten nach 1938 distanziert, revidieren jedoch die Geschichte und behaupten, vor 1938 war der Faschismus schon in Ordnung. So wurden im Juni 1997 vom israelischen Außenministerium vier Abgeordnete der neofaschistischen Fini-Partei nach Jerusalem eingeladen. Die linke Knessethabgeordnete Naomi **Chasan** (Merez) hat wegen dieser Einladung eine parlamentarische Anfrage an den Außenminister gerichtet. Mittlerweile wurde jedoch nach Medienprotesten die „post-faschistische" Delegation aus Italien umgehend wieder ausgeladen.

Dichand nahm selbst Abstand von einer Reise nach Israel. Der geplante Dichand-Besuch bedeutet aber keine Abkehr vom bisherigen Kurs des Kleinformats. Im Gegenteil, durch einen solchen Besuch wollte man die bisherige Linie legitimieren.

Daß sich auch in Wien jüdische (und sozialistische) AlibizeugInnen für Dichand und Haider finden, kann nicht überraschen. Jüdische ÖsterreicherInnen unterscheiden sich nicht von anderen ÖsterreicherInnenn, auch wenn Dichand beteuert, er wolle mit seinen Spenden „einen Beitrag leisten, daß wir - Juden und Österreicher - wieder zusammenfinden." ●

... Integration in NATO, WEU, GASP • Militarisierung Europas
... Neutralitätsbrüche • Neutralität im Neoliberalismus
... Abfangjänger (postmodern) • Interview Erwin Lanc
... Neutralität und Wehrdienstverweigerung

100 Seiten broschiert • öS 80 / DM 12 / SFr 11 + Versand

Bestellungen an: ZOOM, Schottengasse 3A/1/59
A-1010 Wien, Tel.: 0 222-535 11 06
Fax: 0 222-532 74 16, E-mail: zoom@thing.or.at

REICH UND SCHÖN
NEUTRALITÄTS GÜTESIEGEL

Slowakei: Faschisten in der Regierung

BRATISLAVA LIEGT EINE KNAPPE AUTOSTUNDE VON WIEN ENTFERNT, TROTZDEM IST IN ÖSTERREICH RELATIV WENIG ÜBER DIE DORT AGIERENDEN RECHTSEXTREMEN PARTEIEN UND GRUPPEN BEKANNT. EINE VON, IHNEN, DIE **SNS**, IST IN DER REGIERUNGSKOALITION VERTRETEN. SIE VERSUCHT, GEMEINSAM MIT DEM **FRONT NATIONAL**, DIE VERNETZUNG DER RECHTSEXTREMEN PARTEIEN IN EUROPA VORANZUTREIBEN.

Im Rahmen des Front-National Kongress in Straßburg trafen sich Ende März ca. fünfzehn dieser Parteien. Auch Jan **Slota** der Vorsitzende der Slowakischen Nationalpartei (SNS - SLOVENSKA NARODNA STRANA) nahm am Treffen teil. Jean-Marie **Le Pen** hatte es forciert und dafür auch einen Namen parat: EURO-NAT, für „Europa der Nationalisten" Die anwesenden Parteien waren in der Mehrzahl aus Osteuropa: So repräsentierte Corneliu Vadem **Tudor** (ein ehemaliger Oberst der Securitate) als Parteichef die GROßRUMÄNIEN-PARTEI, für die tschechischen Republikaner sprach ihr Generalsekretär Jan **Vik** und der antisemitische Schriftsteller Istvan **Csurka** aus Ungarn war für seine PARTEI DER WAHRHEIT UND DES LEBENS (MIEP) anwesend. Aus Westeuropa war nur eine Partei nennenswerter Größe anwesend - der belgische VLAAMS BLOK. Sowohl die deutschen REPUBLIKANER, als auch die FREIHEITLICHEN oder die ALLEANZA NAZIONALE (AN) waren nicht vertreten. Daß Le Pen die AN in seiner Eröffnungsrede mit den Worten, diese habe sich „dem Lager der Gegner" angeschlossen angriff, sei hier nur am Rande erwähnt.

Ende April wollten Slota und Le Pen in der Slowakei diese Zusammenkunft wiederholen. Dort sitzt die SNS in der Regierungskoalition, und Le Pen glaubte ihren Zusicherungen, er würde in Bratislava auf Regierungs- und Parlamentsebene empfangen werden. Auch die FPÖ wurde eingeladen, Slota hatte **Haider** nach den Wahlen '94 immerhin ein Glückwunschtelegramm geschickt, aber seitens der FPÖ wurde diese Einladung abgelehnt, wußte die „Kleine Zeitung" zu berichten. Die FPÖ war bemüht, den Eindruck, sie stände mit der SNS in Kontakt, gar nicht erst aufkommen zu lassen. Letztendlich fand auch Le Pen nicht den Weg nach Bratislava und nannte die vorgezogenen Neuwahlen in Frankreich als Grund. Wahrscheinlicher ist, daß Vladimir **Meciar**, Chef der größten Regierungspartei HZDS, Druck auf den Juniorpartner SNS ausübte, um im Westen nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, Le Pen werde als Staatsgast empfangen. Das Projekt EURO-NAT hat in ihren Bestrebungen einen kleinen Rückschlag erlitten, wir nehmen dies aber zum Anlaß, Jan Slotas SNS genauer zu beleuchten.

Die slowakische extreme Rechte ist in den in Europa laufenden neofaschistischen Diskursen eingebunden, wie überall gibt es aber spezifische historische und aktuelle Unterschiede. So erreichte sie, gemeinsam mit anderen Parteien, die Loslösung der Slowakei aus der Tschechoslowakischen Republik. Die neugegründete slowakische Republik baut auf ein Staatsvolk - die „Slowaken" - All die Übrigenwerden nun verstärkt an den Rand gedrückt, vor allem die ungarisch sprechende Bevölkerung im Süden der Slowakei, die bis dahin in ihren Schulen in Ungarisch unterrichtet wurden, geraten immer mehr unter Druck von staatlicher Seite. Nicht nur die Faschisten betrachten sie als „Fünfte Kolonne", die die Vereinigung mit Ungarn wünscht. Rassistischen Angriffen sind besonders Roma und Sinti ausgesetzt, Übergriffe durch Skins werden durchaus von Teilen der Bevölkerung toleriert.

Nach 1990 bildeten sich eine ganze Menge rechtsextremer Gruppen und Organisationen, die in den Wahlen von 1992 ihre größte Stärke an Stimmen erreichten. Die SNS erreichte 7,9%, insgesamt hatte das rechtsextreme Lager einen Anteil von 11,9%. Bei den Wahlen 1994 schrumpfte der Anteil auf 7,5%, die SNS schaffte aber wieder über 5%, zog ins Parlament ein, und wurde Koalitionspartner von Meciars HZDS. Ein weiterer Partner in der Regierungskoalition ist die altkommunistische Arbeiterpartei ZRS.

SNS - SLOVENSKA NARODNA STRANA

1989 trat die SNS zum ersten Mal in Erscheinung, aber erst im März 1990 wurde sie offiziell als Partei registriert. Schon mit der Namenswahl nahm sie Bezug auf eine Bewegung gleichen Namens. Diese trat in der Zwischenkriegszeit für die Unabhängigkeit der Slowakei ein und hatte einige Mitglieder in ihren Reihen, die im Nazisatellitenstaat eine wichtige Rolle spielten. Folgerichtig war eine Hauptforderung der heutigen SNS die Trennung der Slowakei von Tschechien. Nach der Errichtung der Slowakei als souveräner Staat brachen Fraktionskämpfe aus, und der Versuch, die Partei nach konservativen Richtlinien - analog den westlichen Volksparteien, zu positionieren - scheiterte Ende 1993. Rechtsextreme konnten sich alle Schlüsselpositionen sichern, was zu einer Spaltung führte. Der damalige Parteichef Ludovit **Cernak** und andere gemäßigte Politiker wurden Anfang 1994 ausgeschlossen, die Führung der Partei übernahm Jan Slota, Bürgermeister der Stadt Zilina.

Er - manche bezeichnen ihn als slowakische Ausgabe des russischen Extremistenführers Wladimir **Schirinowski** - wird in der öffentlichen Meinung nicht selten als Clown verharmlost und verdrängt. Offenbar nicht zufällig fanden sich bei dem von Schirinowski 1993 organisierten „Slawischen Weltkongreß" in

STICHWORT SLOWAKEI VON 1939-1945

März 1939: Deutscher Einmarsch in die Tschechoslowakische Republik. Die Slowakei erkärt unter deutschem Druck ihre Unabhängigkeit und schließt einen „Schutzvertrag" mit Deutschland ab.

Errichtung einer klerikalfaschistischen Diktatur. Der katholische Priester Prälat Jozef Tiso wird Präsident und stützt sich u.a. auf die SS-ähnliche Hlinka-Garde.

Die Slowakei paßt ihre Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung den deutschen „Rassegesetzen" an. Auffassungsunterschiede gibt es nur in der Frage, wie zum Christentum Übergetretene behandelt werden sollen.

29. August: 1944: Aufstand der im „Slowakischen Nationalrat" vereinigten Widerstandsgruppen. Die Kämpfe dauern bis Ende Oktober an.

Insgesamt werden 70.000 Juden und Jüdinnen aus der Slowakei in deutsche Vernichtungslager deportiert. 5000 von ihnen überlebten.

1947 wird Jozef Tiso hingerichtet.

Moskau „SNS-Beobachter" ein.

SNS-Chef Jan Slota schreckt bei seinen Wahlkampfauftritten weder vor antisemitischen Attacken noch vor einer Verherrlichung des Hitler-Marionettenregimes unter Jozef **Tiso** zurück. So forderte er im August 1995 Ghettos für die Roma-Minderheit: In seiner Diktion: „Seperate Dörfer mit feuerfesten, unzerstörbaren Häusern". Weiters meinte er „Ich persönlich glaube, daß das eine gute Idee wäre, denn bisher ist es meines Wissens noch niemanden gelungen, die Zigeuner in unsere Gesellschaft zu integrieren."

Dieser rassistische „Populismus" ist nichts Neues in der Politszene des kleinen Landes. Vor allem Regierungschef Meciar wird von seinen Gegnern als „Experte" auf dem Gebiet des Populismus eingestuft. Der ehemalige Ministerpräsident war und ist ein Volkstribun, der nie gezögert hat, das zu versprechen, was sein Publikum gerne hört. In seinen Reden zaubert er pikante Geschichten ebenso aus dem Hut wie bodenständige Witze. Offen faschistische Ausritte, Antisemitismus und Verharmlosung der Greuel des Zweiten Weltkrieges gab es jedoch bei Meciar nie - auch nicht im harten Wahlkampf 1992, als es um seine zweite Wiederkehr an die Macht ging. Im Wahlkampf 1994 ließ er sich als Staatsmann und Staatsgründer feiern. Selbst bei Fragen seiner Zuhörer bezüglich einer Abschaffung der Minderheitenrechte oder der Einführung der Todesstrafe übt sich der Ex-Premier in Zurückhaltung. Die Themenführerschaft in diesen Fragen überläßt er Slota, dessen Position durchaus als die eines Kettenhundes Meciars bezeichnet werden könnte. Die SNS ist Scharfmacher in der Minderheitenpolitik, setzt sich für die Todesstrafe und für politische Gesetze, die KritikerInnen der Slowakei mit Gefängnis bestrafen soll, ein.

Matica Slovenska

Eine andere wichtige Gruppe, die sich kulturellen Aufgaben widmet, ist Matica Slovenska (Mutterland Slowakei), eine dieser „Missionen" ist die Überführung der sterblichen Überreste nach Südamerika geflohener Faschisten in die Slowakei, um sie im Heimatland zu begraben. Die vom Staat finanzierte Organisation verherrlicht die klerikal-faschistische Tiso-Diktatur und ist ins katholische Umfeld eingebunden. Dieser politische Katholizismus ist stark von Antisemitismus durchzogen und zeichnet sich durch ein revisionistisches Geschichtsbild aus. Der Staatspräsident des ersten unabhängigen slowakischen Staates, der nur durch Nazideutschlands kriegerische Expansion entstehen konnte, war Jozef Tizo, ein katholischer Priester. In jener Zeit orientierte sich die Slowakei am Deutschen Reich und übernahm ihre rassistischen Gesetze und lieferte Juden und Jüdinnen an die Nazis aus. Tiso wurde 1947 als Kriegsverbrecher hingerichtet, seine persönliche Beteiligung und die der Slowakei an der Shoah wird von der SNS und Matica Slovenska den „damaligen Umständen" zugeschrieben, jede Eigenverantwortlichkeit geleugnet. Was Tiso nach Meinung seiner VerteidigerInnen hingegen auszeichnet, sei der Verdienst, die Slowakei in die Unabhängigkeit geführt zu haben. Diese Ansicht ist kein isoliertes Phänomen, noch heute werden für ihn Messen gelesen.

Aufsehen erregte zuletzt das Geschichtslehrbuch „Eine Geschichte der Slowakei und der Slowaken" von Milan **Durica**, das ein idyllisches Bild der Situation von Juden und Jüdinnen in der faschistischen unabhängigen Slowakei zwischen 1939 und 1945 zeichnet. Das Buch wird in slowakischen Grundschulen im Unterricht verwendet, für seinen Druck wurden nach Zeitungsberichten Hilfsgelder der EU aus dem „Phare"-Fonds verwendet. In ihm werden die Lager für die slowakischen Juden beispielsweise als „Wirtschaftsunternehmen" bezeichnet, die „an Staatsaufträgen" gearbeitet hätten. Die Tischlerwerkstätten in einem dieser Lager seien die „modernsten und leistungsfähigsten ihrer Art in der Slowakei" gewesen. Für Kinder habe es Schulen gegeben, für Heranwachsende Ausbildungsplätze. Ihre Sommerferien hätten die Kinder zeitweise in jüdischen Familien verbringen können, die in Freiheit lebten, heißt es weiter. Um die gesundheitlichen Bedingungen der Lagerinsassen hätten sich jüdische Ärzte gesorgt.

„Den jüdischen Ärzten wurde auch Gold für Prothesen zur Verfügun gestellt" - eine Vorzugsbehandlung, die „dem größten Teil der Bevölkerung" in der damaligen Slowakei verwehrt gewesen sei, heißt es weiter. Im Zusammenhang mit der vom damaligen klerikal-faschistischen slowakischen Führer Tiso abgesegneten Deportation rund 70.000 slowakischer Juden in die NS-Vernichtungslager heißt es in dem neuen Geschichtslehrbuch, die „Aussiedlung" der Juden sei bei einem Teil der Bevölkerung, der Kirche und staatlichen Organen auf scharfe Kritik gestoßen. Hauptsächlich wegen der damit verbundenen Zerstörung der Familienbande. Das Schulministerium wird, wie das Verteidigungsministerium, von der SNS kontrolliert.

Auch österreichische Nazis haben ihre Verbindungen in die Slowakei. Wilhelm Ehemayr, führendes Mitglied der Europaburschenschaft Tafelrunde im DCEC und der Splittergruppe National-Konservative Union (NAKU), hat intensive Kontakte zu slowakischen Faschisten, daneben beriet der Ex-FPÖ-Mann Walter Grabher 1992 Meciar in PR-Angelegenheiten. ●

Quellen:
Antifaschistische Nachrichten 09/97
Right Wing Extremism in the Ninties, London 1996
Die Presse vom 10. 4. 1997

Perspektive Freiheit

Für die Gefangenen aus der RAF
Für alle politischen Gefangenen aus linken Bewegungen weltweit

13.6.: Koblenzer Staatsschutzsenat lehnt Anklageschrift ab +++ Kurdenverfolgung: §-129-a-Prozeßlawine rollt +++ Der Atomstaat schlägt zu: Die Polizei prügelt den CASTOR durch +++ 18. März: Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung +++ Vorarbeiten zur „Rote-Socken-Kampagne": Die PDS im Visier des VS

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,– DM in Briefmarken bei:
Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141

DIE ROTE HILFE 2/97

Was die Rechten schreiben

Und wieder soll der Blick in den braunen Blätterwald nicht fehlen, der diesmal noch um Walter Ochensbergers „Top Secret"-Blatt erweitert wurde.

Es ist nicht das erste Mal, daß in der „Aula" TATblatt-Zitate zu finden sind, so auch wieder in der Ausgabe 2/97 (S. 13), wo natürlich die Diskussion über die Anti-Kommersdemo die entsprechende Aufmerksamkeit findet, so vor allem die Stellungnahmen des FrauenLesbenblocks und der Rosa Antifa Wien.

Mit dem Cartellverband (CV) hat die „Aula" in diesem Zusammenhang besonderes Mitleid oder wohl eher Schadenfreude, schließlich muß sie dem CV ihr „Bedauern" audrücken, weil „ ... der einst so bedeutende und im katholischen Lager intellektuell wegweisende Verband in die Rolle des bittstelligen Trittbrettfahrers bei Kommunisten abgerutscht ist" (ebd., S. 14). Die „Aula" hat aber sogleich auch einen Lösungsvorschlag für dieses „Dilemma" des CV, wie sie „... im Faschingszug der Krawallisierer ... gesellschaftliche Anerkennung" finden können: „Es genügt eben nicht, nur mit den Genossen von der KPÖ bussibussi zu sein. ... Folgt dem Commandante Zellhofer ...! Vermummt euch! (Bitte ohne Coleur!) Werft Steine und Mollies!" (ebd.)

Und auch die von der Lotta dura bereits in der letzten Nummer beworbene Antifaschistische Quelle aus Graz findet in der „Aula" (4/97, S. 14) ihre Erwähnung, vor allem wird hier über eine von einem „Grazer Bürger erstattete Anzeige nach dem Mediengesetz", bezogen auf das Impressum, berichtet. Die Staatsanwaltschaft erkannte dieses Impressum als „offenbare Scherzerklärung" und legte daraufhin die Strafanzeige aufgrund des Mangels an Verfolgungsgründen zurück, so lautet zumindest der Bericht der „Aula".

„Haider vor dem Selbstfall"

Kaum gibt es eine inhaltlich-programmatische Diskussion in der FPÖ, ist auch Otto Scrinzi mit Kritik an dieser sofort zur Stelle. Jörg **Haiders** angeblich postulierte Abkehr der FPÖ vom Deutschnationalismus konnte **Scrinzi** schon nicht ertragen, aber mit Haiders neuesten Plänen, bezogen auf das neue Parteiprogramm mit seiner Annäherung an die katholische Kirche und ihre AnhängerInnen, hat er für Scrinzi wohl das Faß zum überlaufen gebracht. Und so „stellt die geplante Abschaffung des `Staatsvolkes´ - es bleibt zu hoffen, daß sie am Widerstand des Fußvolkes der Bewegung scheitern wird - eine ungeheuerliche Herausforderung aller deutschbewußten Heimattreuen dar, hat die Verkündigung des Bekenntnisses zum `wehrhaften Christentum´ alle in der Tradition der Revolution von 1848 stehenden National-Liberalen auf den Plan gerufen". (fakten / April 1997, S. 6) Nichtsdestotrotz hofft Scrinzi trotz aller inhaltlichen Kontroversen, daß Haider durch „freiheitliche, volksbewußte und vor Königsthronen zum aufrechten Gang entschlossene Frauen und Männer in der FPÖ ... vor dem Selbstfall" (ebd., S. 7) bewahrt wird.

Auch im „Eckartboten" (5/1997, S. 5) werden Kritik und starke Zweifel an dem geplanten Programm der Haider-FPÖ geäußert, wie z.B. in bezug auf Art. IV, in dem die in Österreich „historisch ansässigen Volksgruppen (Deutsche, Kroaten, Roma, Slowaken, Slowenen, Tschechen und Ungarn)" aufgezählt werden. Der Kommentar des „Eckartboten" dazu: „Hier wird nicht mehr einer vorwiegend deutschen, sondern einer multikulturellen Heimat das Wort geredet." (ebd.) Und sogar die Erläuterungen der FPÖ, „das Grundrecht jedes Österreichers, seine eigene Identität und Volkstumszugehörigkeit selbständig und frei zu bestimmen, ist garantiert", verstetzt die Kritiker in Panik, weil ja die „Volkstumszugehörigkeit ... wenn überhaupt, nur durch eine längere Assimilierung geändert werden kann". Aber schon mit der Einleitung kann der „Eckartbote" nicht zufrieden sein, schließlich heißt es dort, daß die FPÖ Österreich „vor alle anderen, insbesondere parteipolitische Interessen" stellt. Das kann dann also für den „Eckartboten" nur die „Nachrangigkeit für nationale und volkliche Interessen" (ebd.) bedeuten.

Da fühlt sich der „Eckartbote" schon viel mehr von Frankreich´s rechtsextremen Jean-Marie **Le Pen**, dem Führer der Front National (FN), wirklich vertreten. Demtentsprechend begeistert wird auch über den 10. Kongreß der FN in Straßburg (29. - 31. 3. 1997) mit „mehr als 2000 Deligierten", berichtet, wurde dort doch „die `rechte´ Einheit beschworen", sprach sich Le Pen für „ein Europa der Nationen (`Euronat´)" aus, hetzte gegen die „große Bedrohung unserer Existenz durch Monopolisten und Einwanderer" und wurde das „Ende des korrupten `Establishments´" angekündigt (ebd., S. 2). Schließlich wurde Straßburg auch noch zum „Symbol der deutsch-französischen Verständigung" unter Rechtsextremen, Alt- und Neo-Nazis erkoren.

Ausschließlich mit der „jüdischen Weltverschwörung" beschäftigt sich der paranoide Neonazi Walter **Ochensberger** in seinem Blatt „Top Secret" (1/97). Angefangen bei den Briefbomben der Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA), über den internationalen Drogenhandel, die US-amerikanische Mafia, die political correctness, das Nazi-Gold in den Schweizer Banken, den Mord an Uwe Barschel bis zur organisierten Kriminalität überhaupt - überall stehen für Ochensberger entweder der Mossad oder andere israelische oder jüdische Organistaionen dahinter. Ochensberger hetzt gegen den World Jewish Congress, insbesondere gegen dessen Präsident Edgar **Bronfman**, gegen die Anti-Defamation League und B´nai B´rith: „Von den zahlreichen Organisationen, in denen nun Sam Bronfmans Sohn Edgar eine führende Rolle spielt, ist die Anti-Defamation League am meisten in das organisierte Verbrechen verstrickt. Obwohl das offizielle Ziel dieser jüdischen Organisation der Kampf gegen Diffamierung (`political correctness´) ist, überlappt sich die Führung der ADL mit bekannten Mafia-Operationen." (ebd., S. 15) Nur einer seiner widerlichen Ergüsse.

In der Sonderausgabe zur Nr. 1/97, die wiederum rein dem Ethnopluralismus und der MigrantInnenhetze gewidmet ist, gibt Ochensberger dann folgenden „Hinweis": „Zu Risiken und Nebenwirkungen der multikulturellen Gesellschaft fragen sie einen Arzt oder Apotheker in Sarajevo!" (ebd., S. 1) Natürlich ist für ihn auch „die Überfremdung vor allem des deutschsprachigen Raumes in Mitteleuropa geplant und von langer Hand vorbereitet", so wurde dann auch „das deutsche Volk fortan ... neurotisiert" (ebd., S. 2). Seine MigrantInnenhetze findet aber auch seine Grenze bei jenen WienerInnen, die „vor langer Zeit aus Böhmen, Mähren und Polen (zugewandert sind und) sich voll der Solidargemeinschaft des deutschen Volkes angeschlossen" (ebd.) haben. Trotz allem ist für Ochensberger „der Ethnosuizid an uns Deutschen" (ebd., S. 4) noch lange nicht abgewehrt, vielmehr soll er „jetzt endgültig vollzogen werden" (ebd.). So

ruft er zur Unterzeichnung des „Appell(s) der 300" auf, bei dem SpenderInnen doch 1000,- DM bzw. 7000,- Ösis locker machen sollen, um Ochensberger den Start ins Internet zu ermöglichen.

Ein anderer Aufruf findet sich in den „fakten" (2/97), in dem das FORUM FÜR EIN HUMANES UND DEMOKRATISCHES STRAFRECHT UND ZUR EINHALTUNG DER MENSCHENRECHTE (FSM) diesmal eine Unterschriftenaktion zur Unterstützung von vier angeklagten rechtsextremen Frauen startet. Es handelt sich hierbei um Angela **Brunner**, Brigitte **Binder** (Ehefrau von Peter **Binder**, Angeklagter im Briefbombenprozeß), Judith **Kovar** (Ehefrau von Reinhold **Kovar**, dem ehemaligen „Gaubeauftragten" der VAPO in Wien) und Dagmar **Obermayer**. Die Tatsache, daß alle vier auch Kinder haben, soll sie vor einer Verurteilung retten. Für das FSM bedeutet diese Situation nichts anderes als „Sippenhaftung für `NS-Wiederbetätigung'", schließlich sind das ja „nur" Frauen und vor allem Mütter.

Für Mütter im allgemeinen, die „weder Emanzen noch Amazonen, noch bloß Gebärmaschinen" sind, setzt sich auch der „Eckartbote" (5/1997, S. 3) ein. Als „einfache Mütter, Hüterinnen des Lebens (stehen) sie als erste an der Arbeitsfront" (ebd.). Und so soll die Frau und Mutter als „weise Ratgeberin" helfen, den „sozialen und ökonomischen Supergau" als Produkt der Globalisierung abzuweisen, schließlich soll sich hier dann auch der Muttertag als „Tag der Besinnung" anbieten. Das alles erinnert sicher nicht zufällig an die Anforderungen die der NS an die Frauen und ihre Rolle in der „Volksgemeinschaft" stellte und die diese oft auch sicherlich allzugerne erfüllten. ●

Die „Antifa-Edition"

EIN PODIUM FÜR JOURNALISTINNEN, WISSENSCHAFTERINNEN UND ANTIFA-AKTIVISTINNEN

In Österreich kaum beachtet, verlegt der Berliner „Elefanten Press"-Verlag seit über einem Jahr eine fast durchwegs lesenswerte „Antifa-Edition". Diese Bücher liefern einen informativen Überblick über die extreme Rechte („Handbuch des deutschen Rechtsextremismus") und packen auch heiße Eisen an. So setzt sie sich etwa mit einem gleichnamigen Buch über den Lübecker Brandanschlag, bei dem zehn Menschen ums Leben kamen und ein Opfer offensichtlich zum Täter gemacht wurde, ebenso auseinander, wie über die geheimen Terrororganisationen der NATO, bei denen sich in vertrauter Gemeinsamkeit extreme Rechte und Geheimdienstler tummeln. Als Herausgeber der Edition agiert Jens **Mecklenburg**, mit dem das folgende Interview geführt wurde.

Was hat Euch bewogen eine „Antifa-Edition" zu verlegen?

Wir wollen mit unserer Edition seriös und informativ über die Themen Neofaschismus/Rassismus/Antisemitismus berichten. Statt wie branchenüblich ein Buch im Schnellverfahren auf dem Markt zu werfen, versuchen wir durch langfristige Recherchen diese Themen konzentriert einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Antifa-Edition vereinigt zahlreiche AutorInnen mit teilweise sehr unterschiedlichen Einschätzungen und politischen Standorten. Steckt da ein Konzept dahinter?

Ja klar, durch die Auswahl unserer Autoren (WissenschafterInnen, JournalistInnenen, Antifa-AktivistInnen) wollen wir dem gesamten Spektrum, das sich mit der vorhin genannten Thematik befaßt, ein Podium bieten. Die aus den unterschiedlichen Einschätzungen entstehenden Spannungen sind ebenfalls gewollt, da sich unsere Edition auch als Diskussionsforum versteht.

Sie und ihre AutorInnenschaft werden mittlerweile massiv von der extremen Rechten angegriffen, die auch versucht mit juristischen Mitteln die Edition zum Schweigen zu bringen. Federführend dabei ist das rechtsextreme Wochenblatt „Junge Freiheit" und ihr Umfeld. Was können Sie über diese Aktivitäten berichten?

Neofaschisten schauen sich unserer Bücher sehr genau an. Logisch, dokumentieren die Bücher doch ihre Umtriebe und Verbindungen. Geklagt wurden wir u.a. von Hans-Jörg Schimanek jun., der wie im „Handbuch des deutschen Rechtsextremismus" zu lesen ist, kein Söldner gewesen sein will. Wir sind aber sehr optimistisch, diesen Prozeß zu gewinnen. Heftige juristische Auseinandersetzungen gab es um das Buch „Die Rechtsschreiber". Das u.a. über die Machenschaften der extremen Rechten in etablierten Medien berichtet. Aber auch hier sehen wir den Prozessen eher gelassen entgegen und hoffen sämtliche Schwärzungen aus dem Buch zu kriegen.

Mir ist bei der Lektüre des „Handbuches" bzw. „Gladio"- Buches ein starker Österreichbezug aufgefallen. Warum ist es der Edition wichtig über Österreich zu berichten?

Einmal wegen den historischen und aktuellen Bezügen und Verbindungen, andererseits staunt die extreme Rechte in Deutschland über die Erfolge **Haiders** und versucht diese zu übertragen. Zusätzlich nimmt Haider ja Einfluß auf Deutschland. So unterhält er Kontakte zu rechten Kreisen in der FDP, CSU und dem BFB (BUND FREIER BÜRGER -DIE FREIHEITLICHEN).

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich auf ein Buch hinweisen, daß im kommenden August erscheint. Wir konnten Wolfgang **Neugebauer** und Brigitte **Bailer** vom „DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES" dazu gewinnen, ein Buch über Haider und seine FPÖ bei uns zu verlegen.

Welche Projekte sind noch für die Zukunft geplant?

Im Herbst dieses Jahres wird ein Buch über Frauen und Rechtsextremismus erscheinen. Von dem ich jetzt schon sagen kann, daß es ebenso wie das „Handbuch des deutschen Rechtsextremismus" und „Die Auschitzleugner" ein Standardwerk sein wird. Zusätzlich werden wir unsere Länderreihe weiterführen. In Planung sind Bücher über Rechtsextremismus in den USA, Osteuropa und Frankreich. Ab Herbst werden wir unsere Reihe auch um die Thematik Geheimdienste und Spionage erweitern. ●

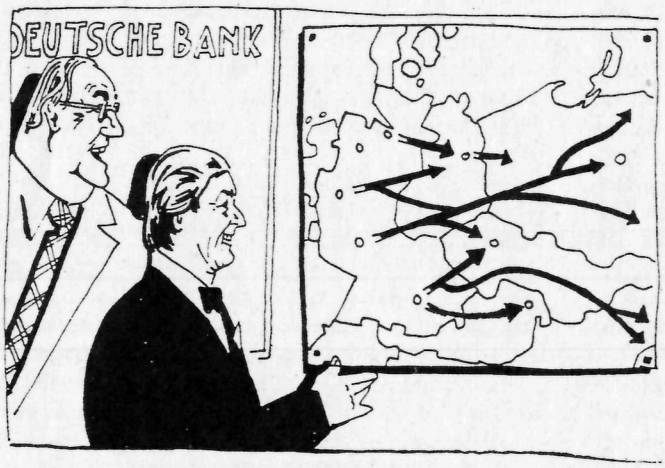
Siemens abschalten II

Wie der Konzern wieder deutsch wurde

Im zweiten Teil unserer Kriminalgeschichte des Siemens-Konzerns wollen wir uns mit dessen Engagement in Österreich beschäftigen. Dabei interessiert v.a. die Rolle des deutschen Multis bei der Zerschlagung der Verstaatlichten und dessen Verschmelzung mit der politisch herrschenden Klasse. Im dritten und letzten Teil soll dann das Engagement von Siemens in Osteuropa im Mittelpunkt stehen. Auch die Aktivitäten des Konzerns im organisierten Rechtsextremismus werden uns dann beschäftigen.

Mit Siemens „heim ins Reich"

Die Geschichte des Siemens-Konzerns in Österreich beginnt - nach einem fehlgeschlagenen Versuch zwischen 1858 und 1864 - mit der Eröffnung einer Filiale 1879 und der Aufnahme der Produktion von elektronischen Geräten 1883. Die ersten Aufträge betreffen den Aufbau des öffentlichen Schienenverkehrs und die Errichtung von E-Werken in Wien. Wie im deutschen Kaiserreich ist der Konzern auch in der k&k-Monarchie von Anfang an von staatlichen und kommunalen Aufträgen abhängig. Er boomt mit der Elektrifizierung des öffentlichen Lebens und dem Aufbau des Telefonwesens. Zur Jahrhundertwende erfolgt auch in Österreich-Ungarn die Trennung in Bereiche für Stark- und Schwachstrom. 1904 wird in Wien eine Filiale der Siemens-Schuckert-Werke (Starkstromtechnik) eröffnet. Im selben Jahr zählt Siemens & Halske (S&H) 1086 und Siemens-Schuckert (SSW) 2851 Beschäftigte. Für die k.u.k. Marine werden Kriegsschiffe elektrifiziert, eine mit dem Berliner Stammhaus vergleichbare Rüstungsproduktion wird jedoch nicht aufgenommen.



Die Bedeutung des Zerfalls des Habsburger Völkerkerkers für das Haus kommentiert ein Firmen-Apologet wiefolgt: „Der unglückliche Ausgang des Ersten Weltkrieges und der Zerfall der alten Donaumonarchie bewirkten einen argen Rückgang der Geschäfte der Siemens-Betriebe. Die Fabriken befanden sich zum größten Teil in Wien und waren für den Bedarf von 50 Mill. Einwohnern der Monarchie ausgerüstet, während das kleine Restösterreich nur 7 Mill. zählte."

Aber bereits 1922 hat sich der Beschäftigungsstand wieder auf 2035 (S&H) bzw. 5892 (SSW) erhöht. In der Ersten Republik profitiert Siemens v.a. vom Ausbau des Kraftwerkswesens und des öffentlichen Verkehrs. Die österreichischen SSW eröffnen darüber hinaus Tochtergesellschaften in Prag, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise baut auch Siemens massiv Beschäftigte ab: von 11 700 (1929) auf 4500 (1934).

Am Vorabend des „Anschlusses" ist S&H zu 100% und SSW zu 60% in deutscher Hand. Die gesamte Elektroindustrie Österreichs weist Anfang 1938 einen deutschen Eigentumsanteil von 19% auf, 1945 belief sich dieser auf 72%. 1939 wird als formal selbständiges Unternehmen das Kabelwerk in der Wiener Siemensstraße als Wiener Kabel- und Metallwerke AG (WKM) eingetragen. Die übrigen Siemens-Anteile gehen 1938 direkt an das Berliner Stammhaus, die handels-/aktienrechtliche Eigenständigkeit von Siemens in Österreich ist somit erloschen. Mit dem Verweis auf den deutschen Besitz während der NS-Zeit wehrt Siemens-Österreich bis heute alle Ansprüche von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen ab.

Notlösung Verstaatlichung

1946 befinden sich diese vormals deutschen Eigentumstitel an Siemens auf der Liste der 70 zu verstaatlichenden Betriebe. Während S&H in der britischen Zone liegt und Österreich zur Verwaltung übergeben wird, befindet sich SSW in der sowjetischen Zone und wird im April 1946 in die USIA-Verwaltung eingegliedert. Am 16. September 1946 wird der nunmher verstaatlichte Betrieb S&H als Ges.m.b.H. eingetragen. Im selben Jahr werden darüber hinaus die ebenfalls staatlichen SSW gegründet, um den Anspruch der Republik auf die in der sowjetischen Zone liegenden Produktionsstätten zu verdeutlichen. Den beiden verstaatlichten Siemens-Töchtern wird 1946 in den „Innsbrucker Verträgen" die Generalvertretung für die Produkte des deutschen Stammhauses übertragen, wodurch die Anbindung an den wiedererstarkenden Multi prolongiert wird. In der Folge wird diese Abhängigkeit durch weitere Lizenz- und Vertriebsverträge zementiert. So dürfen die staatlichen Siemens-Betriebe ihre Produkte nur mit Erlaubnis der BRD-Zentrale auf westlichen Märkten vertreiben und müssen weitgehend auf eigenständige Forschung und Entwicklung verzichten.

1955 werden die zuvor in der sowjetischen Zone gelegenen Fabriken mit den restlichen Produktionsstätten von SSW zusammengelegt, erst ab jetzt ist eigentlich von einem verstaatlichten Siemens-Starkstrombereich zu sprechen. Zwei Jahre später wird die öffentliche Verwaltung der Siemens-Betriebe aufgehoben und für die beiden verstaatlichten Gesellschaften werden Vorstände eingesetzt. Während die Republik die verstaatlichten Elektro-Konzerne Elin-AG und AEG Union fusioniert, bleibt Siemens jedoch als weitaus größter Konzern selbständig. Unter dem Druck des deutschen Stammhauses verabsäumt es die Republik, eine schlagkräftige, unabhängige Elektro-Industrie aufzubauen.

Reprivatisierung

Mit dem Staatsvertrag beginnen auch die Versuche der ehemaligen Eigentümer, ihre Besitztitel in Österreich zurückzuerlangen. Da diese zunächst erfolglos bleiben, setzen die deutschen Siemens-Vertreter die verstaatlichten Töchter unmittelbar unter Druck. So müssen diese auf Verlangen des Münchener Stammhauses umbenannt werden: SSW in Wiener Starkstromwerke (1958), S&H in Wiener Schwachstromwerke (1965).

Bei der Reprivatisierung des Siemens-Komplexes sollte der 1939 formal ausgegliederten WKM eine bedeutende Rolle zukommen. Die WKM wird nach Abschluß des Staatsvertrages als Fünfte Kolonne für den Ausbau der westdeut-

schen Siemens-Position in Österreich benutzt. Ohne mit den Bestimmungen des Staatsvertrages, die eine neuerliche Übermacht des deutschen Kapitals in Österreich hintan halten sollten, in Konflikt zu geraten, kann Siemens über seine Luxemburger Tochter Emcolux 1958 60% an der WKM übernehmen. Darüber hinaus werden der WKM die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse des deutschen Stammhauses zur Verfügung gestellt - ein enormer Wettbewerbsvorteil gegenüber der verstaatlichten Elektroindustrie.

Die sogenannte „Siemens-Lösung" erfährt nach den 1963 öffentlich gewordenen und gescheiterten Reprivatisierungsverhandlungen 1967 einen entscheidenden Impuls: Anfang Juli gründet die mehrheitlich im deutschen Eigentum befindliche WKM die Siemens Ges.m.b.H., die zentrale Geschäftsbereiche der Wiener Starkstromwerke übernimmt. Die im staatlichen Besitz verbliebenen Bereiche werden mit der Elin-Union AG fusioniert, welche wiederum zu 25% an der WKM beteiligt und in Kooperationsverträgen im Starkstrombereich an Siemens/BRD gekettet wird.

1969 tragen schließlich die WKM (49%) und die staatlichen Wiener Schwachstromwerke (48%) die Nachrichtentechnischen Werke AG (NTW) als Neugründung ein. 90% der Unternehmensaktivitäten der Schwachstromwerke gehen an die NTW über, die verbleibenden Reste werden nach der Gründung der Siemens Österreich AG 1971 an die Elin-Union AG angeschlossen.

Siemens AG Österreich

Am 1. Juli 1971 wird die Siemens AG Österreich als ein Zusammenschluß von NTW, Siemens Ges.m.b.H. und weiteren Siemens-Töchtern gegründet. 43,6% der Anteile gehen an die Republik (via Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG)), 56,4% an das BRD-Stammhaus (via Siemens Beteiligungen AG, Zürich). Dies ist das Ergebnis jahrzehntelanger Anstrengungen, einen deutschen Konzern unter Umgehung des Staatsvertrages wieder in Österreich zu etablieren. Gleichzeitig festigen aktualisierte Produktionsabstimmungsverträge zwischen Siemens und Elin die Unterordnung der verstaatlichten Elektroindustrie unter Siemens weiter.

Nach der Gründung der Siemens AG Österreich setzt die Konzernleitung ihre Interessen auch innerhalb der ÖIAG durch. Dies wird zum einen ermöglicht durch die Umorientierung der Verstaatlichtenpolitik der SPÖ auf das westeuropäische, insbesondere deutsche Monopolkapital, zum anderen durch die personellen Verflechtungen zwischen Siemens-Konzern bzw. Deutsche Bank und ÖIAG-Führungsetage. Während bspw. Siemens im Verbund mit der Republik ein Hochtechnologiezentrum in Villach eröffnet, wird der Rückstand von Elin bei Forschung und Entwicklung durch staatliche Untätigkeit fortgeschrieben. Mitte der 80er Jahre „verbietet" die ÖIAG darüber hinaus der Elin-Union AG den Kauf des Elektro-Großunternehmens Felten & Guillaume, wodurch der staatliche Betrieb seinen Marktanteil in den Bereichen Kabel und Elektromotoren schlagartig erweitern hätte können und so zum ernsthaften Konkurrenten von Siemens geworden wäre.

Auch im Zuge der Privatisierung von Teilen der Elin-Union AG setzen sich die Siemens-Interessen durch: Während die SPÖ ab 1986 zunächst den Verkauf an den deutschen Konkurrenten AEG forciert, macht sich Siemens für eine „österreichische Lösung" stark. Diese hat sich - wenig überraschend - durchgesetzt und bedeutete die stückweise Veräußerung von Elin (17,6% etwa an Siemens).

Heute ist Siemens-Österreich, das mehr als 11000 Menschen beschäftigt und rund 3,4% zum weltweiten Umsatzes des Siemens-Konzerns beiträgt, zu 74% im Besitz der Siemens Beteiligungen AG Zürich; die restlichen 26% hält weiterhin die staatliche ÖIAG, welche heute Austrian Industries heißt.

Staat und Monopol

Mehr als ein Viertel des Umsatzes werden jeweils in den Geschäftsbereichen 1 (Kommunikationswesen) und 2 (Anlagen-/Verkehrstechnik, Energieerzeugung/-übertragung/-verteilung, Bau-/Anlagenplanung) erwirtschaftet. Der Anteil der Bereiche 3 (Programm- und Systementwicklung) und 4 (Medizinische Technik, Bauelemente, Antriebs-/Schalttechnik) am Umsatz beläuft sich jeweils auf ca. 20% und in den Bereichen Elektrogeräten und Audio-/Videosysteme je auf ca. 5%. Aus dieser Geschäftsstruktur geht bereits die Bedeutung des öffentlichen Konsums für die Siemens AG Österreich hervor. Entsprechend ihrer Interessenlage verfügt die Konzernleitung über eine enge Anbindung an staatliche Instanzen. Dort wird Lobbying in Reinkultur betrieben: So kann Siemens einerseits die kapitalintensive Forschungs- und Entwicklung teilweise zunächst (über Drittmittelfinazierung der Technischen Universität bzw. den Technologiepark Villach) an den Staat delegieren und dann über deren Resultate verfügen. Andererseits hat der Konzern im institutionellen Zentrum des Staates Zugriff auf die Rosinen im vormaligen Verstaatlichten-Kuchen. So hat Siemens bspw. im Bereich Verkehrstechnik mit der im Dezember 1993 erfolgten Ausweitung der Beteiligung an der Simmering-Graz-Pauker Verkehrstechnik Ges.m.b.H. (SGP) von 26 auf 74% weitere Positionen gewonnen und damit den Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs praktisch monopolisiert. Das aus der quasi Monopolstellung der SGP herrührende Preisdiktat veranlaßte den damaligen Verkehrsminister Rudolf Streicher zur resignierenden Bemerkung „Die Gewinne der SGP kann ich in den Bilanzen der ÖBB als Verluste wiederfinden."

Die staatsmonopolistische Verschmelzung erfuhr unter dem neuen Kanzler **Klima** einen qualitativen Sprung: Dieser berief ausgerechnet den Siemens-Generaldirektor Albert **Hochleitner** in eine „Projektgruppe Technologie", welche die Bundesregierung beraten soll. Mensch braucht nicht viel Phantasie, um zu erahnen, wohin diese Gruppe unter der Ägide von Siemens-Österreich bis 1999 insgesamt drei Milliarden Schilling aus dem öffentlichen Haushalt schaufeln wird. ●

Literatur:

Atzenhofer Rosmarie: Wie das Deutsche Eigentum wieder „deutsch" wurde. In: Scherb, M./Morawetz, I. (Hg.): In deutscher Hand? Österreich und sein großer Nachbar. Wien 1990

Hofbauer, Hannes: Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien 1992

Karazman-Morawetz, Inge: Wirtschaftsmacht und politischer Einfluß. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 19922

Meth-Cohn, Delia: Der Abbau der Verstaatlichungsidee in der SPÖ und der Labour Party: Eine vergleichende Analyse. In: ÖZP 3/1988

Morawetz, Inge: Personelle Verflechtungen der Verstaatlichten Industrie mit der Privatindustrie. Zur Geschichte einer personalpolitischen Konstante. In: Scherb, M./Morawetz, I. (Hg.): Stahl und Eisen bricht... Industrie und staatliche Politik in Österreich. Wien 1986

dies.: Privatisierungspolitik in Österreich: Entstaatlichung als Umstrukturierung des Verhältnisses von staatlichem und privatem Wirtschaftseigentum. In: ÖZP 4/1988

dies.: Schwellenland Österreich? Aktuelle Veränderungen der österreichischen Eigentumsstrukturen im Sog der Internationalisierungsstrategien der Bundesrepublik Deutschland. In: Scherb, M./Morawetz, I. (Hg.): In deutscher Hand? Österreich und sein großer Nachbar. Wien 1990

Scherb, Margit: SPÖ und Verstaatlichte Industrie oder: Die Angst vor dem Fliegen. In: Scherb, M./Morawetz, I. (Hg.): Stahl und Eisen bricht... Industrie und staatliche Politik in Österreich. Wien 1986

52. Jahrestag der Befreiung
des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück

Am 27. April 1945 wurde das KZ von der SS geräumt und 15.000 Häftlinge in Todesmärschen weggetrieben. 3000 kranke Häftlinge blieben zurück. Das Lager wurde am 30. April 1945 von sowjetischen Soldaten befreit.

Pressemitteilung der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. (Stuttgart) aus Anlaß der Gedenkfeier zum 52. Jahrestag der Befreiung am 27. April 1997

Wir haben die „Hölle von Ravensbrück" überlebt und würden unsere Erfahrungen gerne mit den jungen Menschen teilen. Umso bedauerlicher finden wir es, daß finanzielle Mittel in Höhe von 3 Mio. DM, die für den Bau einer Jugendbegegnungsstätte in Häusern der ehemaligen „SS-Haus-Siedlung" Ravensbrück zur Verfügung standen, von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten anscheinend nicht beantragt worden sind. Wir finden das skandalös und fordern, daß die Angelegenheit untersucht wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

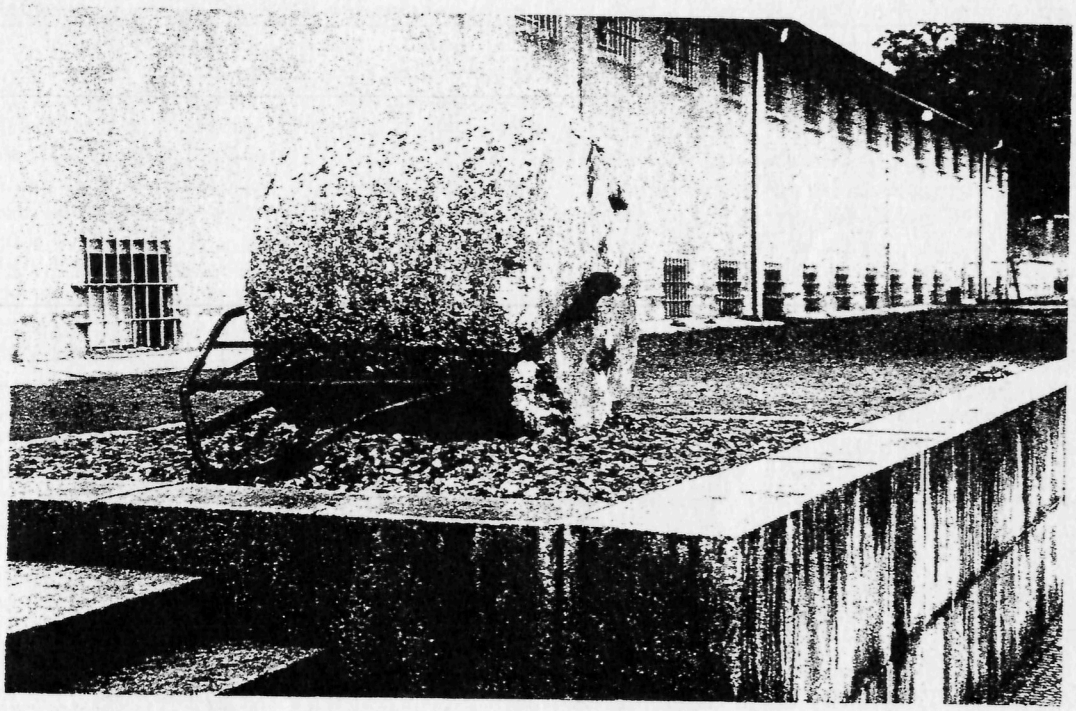
Zur Neugestaltung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück: Wir akzeptieren nicht die von der Stiftung geplante Begrenzung der Gedenkstätte auf das sogenannte Stammlager. Das gesamte Gelände des früheren KZ Ravensbrück, das Stammlager, das Siemenslager und das Jugend-KZ und spätere Vernichtungslager Uckermark, muß Teil der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück werden. Das räumliche Ausmaß des KZ-Geländes, auf dem Zehntausende von Frauen und Kindern gequält und ermordet wurden, ist von der Geschichte vorgegeben. Diese Tatsache darf bei der Erweiterung der Gedenkstätte nicht ökonomischen Gründen untergeordnet werden.

Die SS-Siedlung ist ebenfalls einzubeziehen, denn nur so kann dauerhaft verhindert werden, daß Einzelhäuser der SS-Siedlung, die von KZ-Häftlingen unter menschenunwürdigen Bedingungen erbaut wurden, an Privatpersonen verkauft werden. Es ist uns nicht entgangen, daß solche Begehrlichkeiten bereits massiv geäußert und vertreten werden.

Wir sind nicht einverstanden, wenn das Jugend-KZ Uckermark und das Siemenslager lediglich unter Landschaftsschutz statt unter Denkmalschutz gestellt werden. Hier gilt es nicht in erster Linie die Natur, sondern das Andenken der Opfer zu schützen, wegen der Greuel, die sie auf diesem Gelände erleiden mußten. Die Täter haben so gut wie alle belastenden Spuren beseitigt, bevor sie sich davonmachten, und sie haben bis heute geschwiegen. Lediglich die Fundamentreste in der Erde bezeugen, daß es überhaupt ein Siemenslager gab, und unsere Behauptungen nicht völlig aus der Luft gegriffen sind.

Beharrlich hat sich die Firma Siemens bis heute geweigert, das Recht der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen auf Entschädigung anzuerkennen. Statt dessen begeht man mit großem Pomp ein 150jähriges Jubiläum und entblödet sich nicht, für mehr als 50.000 DM ein Denkmal zu stiften, das „der vielen Mitmenschen gedenken soll, die in den Jahren des Zweiten Weltkrieges gegen ihren Willen in unserem Unternehmen arbeiten mußten". Diese Erklärung ist nicht nur eine Verharmlosung historischer Tatsachen, sondern eine krasse Verhöhnung der Opfer, auch der Frauen und Kinder aus dem sogenannten Jugendschutzlager Uckermark, die hier im Siemens-Arbeitslager Ravensbrück in 12-Stunden-Schichten buchstäblich zu Tode geschunden wurden.

Wir brauchen kein Denkmal von Siemens, sondern Denkmalschutz für die historischen Überreste im Boden des authentischen Ortes!



Ravensbrück 1988: Planierrolle vor dem Zellenbau des ehemaligen Lagers

Letzte Klarheit

Nachdruck aus „Der Standard" vom 31.5.1997

Von GÜNTER TRAXLER

„Es gibt Situationen, in denen kann nicht einmal die Staatspolizei verhindern, daß Licht ins Dunkel kommt. In einer solchen könnten wir uns zur Zeit befinden. Vielleicht aber auch nicht. Alles ist möglich. Und das kam so:

Im September 1995 traf sich ein Journalist, der jahrelang gegen Neonazis recherchierte und daher folgerichtig von einem anderen Journalisten, mit dem er längere Zeit in dieser Sache zusammenarbeitete, anderthalb Jahre später angezeigt wurde, weil er angeblich das Russendenkmal am Schwarzenbergplatz sprengen wollte, worauf der, der das Russendenkmal nicht gesprengt wissen wollte, Jahre später vom Presserat verurteilt wurde - also im September 1995 traf sich besagter Journalist mit einem Gerhart P. (voller Name in NEWS), dem 62jährigen Inhaber stechend blauer Augen und eines alten deutsch- polnischen Adels, beim Heurigen in Stammersdorf.

Es hatte ihm nämlich im Cafe Westend jemand erzählt, daß es sich bei P. um den „Kopf der Bajuwarischen Befreiungsarmee" handle. Der angebliche Bajuwarenkopf äußerte sich dort „im typischen Stil eines rechtsextremen Intellektuellen", ein stilistisches Massenphänomen bei Wiener Heurigen, worauf der Journalist ganz gegen seinen angeblichen Plan, das Russendenkmal zu sprengen, statt dessen die Tonbänder mit der Stimme des Blauäugigen, der auch Karatekämpfer, Computerexperte und gerichtlich beeideter Sachverständiger für zwölf Fachgebiete ist, soweit sie ihm nicht vorher ausgegangen waren, nebst einem Gedächtnisprotokoll dem damaligen Stapo- Chef übergab.

Bei der Stapo schöpfte man erstens Verdacht, es könnte sich bei dem angeblichen Kopf der Bajuwarischen Befreiungsarmee tatsächlich um den Kopf der Bajuwarischen Befreiungsarmee handeln, und zweitens Hoffnung, die Politiker endlich von der Notwendigkeit von Lauschangriff und Rasterfahndung zu überzeugen, um der Polizei künftig die Peinlichkeit zu ersparen, sich journalistischer Fahnder bedienen zu müssen. Die Hoffnung lebt, der Verdacht scheint vorerst gestorben, kann aber jederzeit wieder aufleben, denn wie beruhigte uns der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit „nach langem Überlegen" (NEWS): „Zu 97,5 Prozent würde ich sagen, er ist sicher nicht das Briefbombenhirn. Es sei denn, wir finden beim Durchforsten der sichergestellten Disketten gegenteilige Informationen . . ." Vielleicht sollte die Polizei nun Förster zuziehen, nachdem die Arbeit der Journalisten schon so schöne Ergebnisse zutage gefördert hat.

Immerhin, kaum anderthalb Jahre hatte die Polizei P. im Visier, und schon kann sie, vorbehaltlich eventueller anderer Erkenntnisse, bestätigen, daß er ein 97,5prozentiger Trittbrettfahrer ist. Mehr kann man unter rechtsstaatlich erschwerten Fahndungsbedingungen von der Obrigkeit nicht verlangen. Unter Metternich, als Vereine sorgfältig observiert wurden, wäre es freilich etwas schneller gegangen. Denn wie so vieles, begann auch diese Geschichte eigentlich im unbelauschten Wildwuchs des österreichischen Vereinslebens, und das kam so:

P. verlor mit seiner Scheidung auch seine Tochter, ein herbes Schicksal, das ihn in den Verein „Aktion Recht des Kindes auf beide Eltern" trieb. Leider zerstritt er sich dort bald mit anderen Funktionären (vielleicht war einmal das Weihnachtsgansl nicht da), worauf ihn einer von denen - und hier schließt sich der Kreis, in dem die Polizei geht - vor oben genanntem Journalisten - dem angeblichen Russendenkmalsprenger - im Cafe Westend beschuldigte, Kopf der Bajuwarischen Befreiungsarmee zu sein.

Hier weht uns das Schicksal an. Denn wäre P. nicht geschieden worden, hätte er sich nie in den Elternverein verirrt und die Polizei wüßte heute noch nicht fast sicher, daß er nur Trittbrettfahrer sei. Eines macht ihn freilich verdächtig. Er soll auch ein leidenschaftlicher Gegner des Überwachungsstaates sein. Ziemlich blauäugig. ●

Ein an.schläge-abo, *bitte!*

- ❑ **Schnupperabo (3 Hefte/ÖS 100,–)**
- ❑ **Jahresabo** (10 Hefte/ÖS 380,–)
- ❑ **für Erwerbslose** (10 Hefte/ÖS 300,–)
- ❑ **ins Ausland** (10 Hefte/ÖS 500,–)

Absenderin

Geschenk-Abo an

Abo-Angebote gelten, wenn nicht anders angegeben, nur in Österreich. Das Abo kann bis 4 Wochen vor Ablauf problemlos gekündigt werden. Erhalten wir bis dahin keine Nachricht, verlängert sich Dein Abo automatisch um ein Jahr zum jeweils gültigen Abo-Preis.

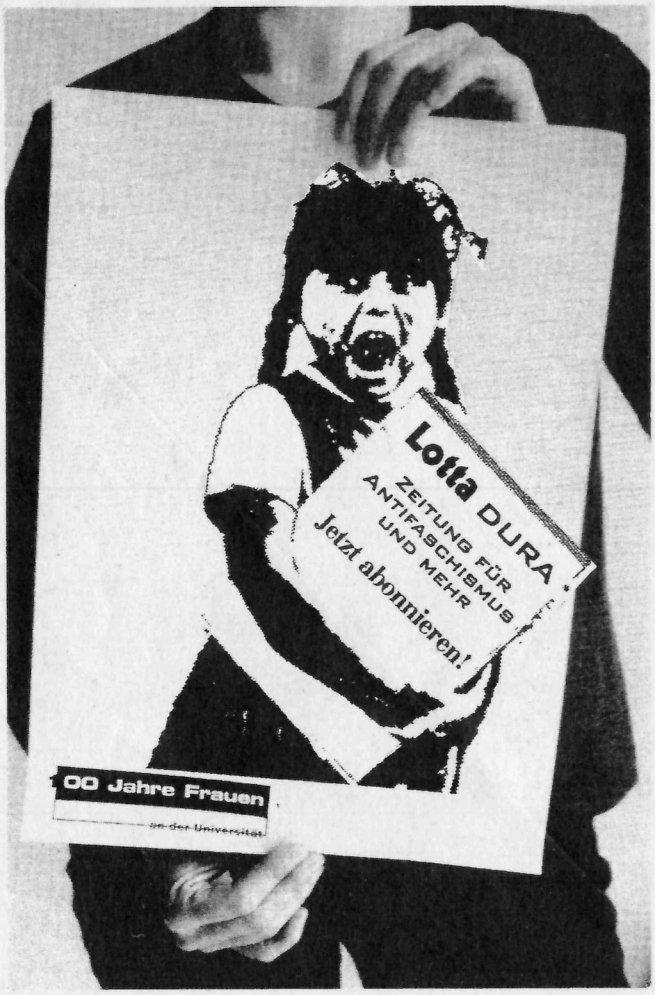
Abo-Telefon (0222) 715 98 89/13 Fax DW 20 (7-8/97)

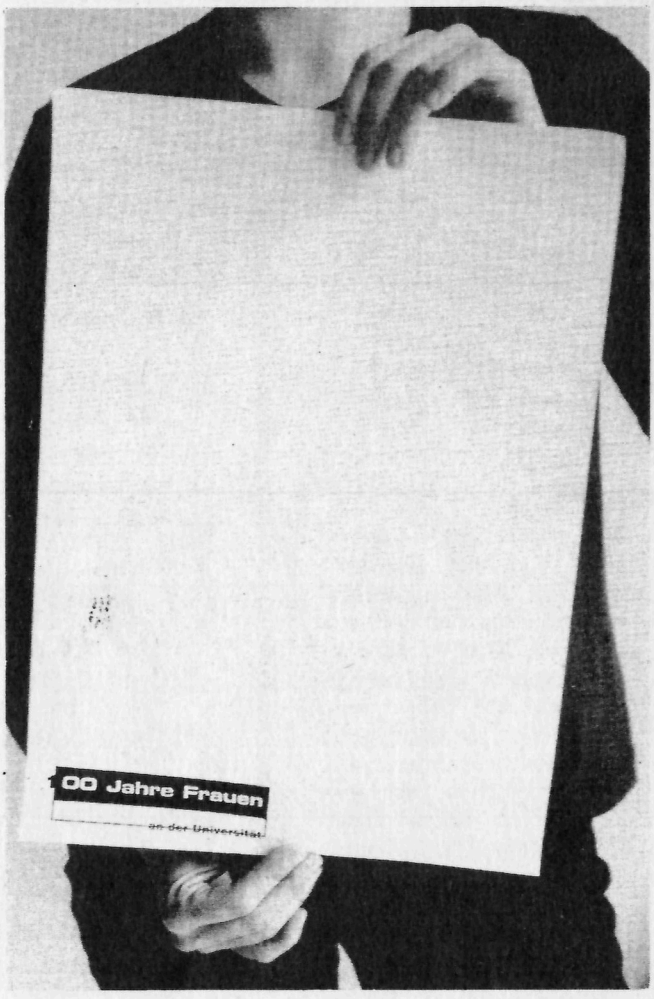
An die Redaktion

an.schläge

Feministisches Magazin
für Politik, Arbeit und Kultur

Hetzgasse 42/1
1030 Wien





Variationen zum Plakat „100 Jahre Frauen an der Universität" der Freien Klasse Wien, Hochschule für angewandte Kunst, Wien 1